PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753
Diese Zeitung wurde am Sonntag, dem 21.12.1975 fertiggestellt.

23. Dezember 1975 Jg. 3 Nr. 51-52 50 Pfennig

Die Gewerkschaftsvorstände haben Forderungen beschlossen

Die Forderung nach 135 DM im öffentlichen Dienst schmerzt die Kapitalisten

Letzten Donnerstag sind die Vorstände der Gewerkschaften ÖTV, DPG (Post) und GdED (Bahn) mit ihren Vorstellungen zu den Forderungen der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst an die Öffentlichkeit gegangen. Diese Vorschläge sind alternativ, was es noch nie gegeben hat.

Sie belaufen sich auf entweder 45 DM plus 5 % oder auf 135 DM für alle gleich. Am Freitag reagiert die Bourgeoispresse darauf. Merkwürdig ruhig. Die FAZ gibt sich vornehm. Über „zu hoch oder nicht" verliert sie gar kein Wort. Sie weicht aus und bemerkt in einem länglichen Kommentar, daß es falsch sei, zu glauben, die Lohnforderungen wären für die Kapitalisten etwas Gutes.

Die „Welt" wittert Unrat. „Maihofer wird auf das Glatteis gelockt" und „muß der ehemalige Eiskunstläufer widerwillig den Paarlauf mit der ÖTV üben", und dann ein dunkles Schlußwort. „Es ist nun Maihofers Aufgabe, zu beweisen, daß es noch ein Gleichgewicht der Sozialpartner gibt.„

Man sieht, sie drücken sich. Gesagt wird höchstens, daß ein Volumen von 7,5 % indiskutabel sei.

Diese Vorsicht der Bourgeois-Presse ist erklärlich. Sie merken jetzt mit einem Schlag, daß sie aufs Glatteis gegangen sind, als sie ein Jahr lang versucht haben, die Kritik der Volksmassen am bürgerlichen Staatsapparat und seinen höheren Beamten, die etwas Fortschrittliches ist, zu wenden gegen den Lohnkampf der Beschäftigten, was etwas Reaktionäres ist.

Seitdem die Forderung von 135 DM steht, sind sie hilflos. Die „Welt" bemerkt, daß Spitzenbeamte
135 DM steht, sind sie hilflos. Die „Welt" bemerkt, daß Spitzenbeamte
mit 2 % nach Hause gehen würden. Spitzenbeamte, mit denen man hier Mitleid haben soll, sind also Leut, die 6 750 DM verdienen. Hingegen würden die unteren Lohngruppen auf 15 % kommen. Sagt die „Welt" und meint mit unteren Lohngruppen, über deren Maßlosigkeit man sich aufregen soll, Leute, die 900 DM brutto verdienen, was ein Hungerlohn ist.

Man sieht es gleich, damit werden die Bourgeoisblätter ihre Schwierigkeiten haben. Das „Handelsblatt" stellt fest: „Kluncker will die Löhne einplanieren." Man vergleiche das mit der Spannweite, die in der „Welt" angegeben wird. Die Einplanierung würde immerhin einen Unterschied von 5 850 DM noch beinhalten. „Planierung"? Das ganze zieht nicht. Genauer, es zieht in eine entgegengesetzte Richtung. „Der öffentliche Dienst", der ja dauernd als etwas Einheitliches hingestellt wird, gliedert sich auf in „Spitzenbeamte" und andere.

Das muß die Bourgeoispresse jetzt selber zugeben. Wenn man die Sache richtig anpackt, dann kann man den ganzen Haß gegen den öffentlichen Dienst, den die Bourgeoispresse unvorsichtigerweise geschürt hat, jetzt drehen auf die „Spitzenbeamten", wo er auch hingehört.

Als „Klunckers Rache" bezeichnet die „Welt" die 135 DM-Forderung. Sie tut dem Guten unrecht. Wenn man je einen zum Jagen hat tragen müssen, dann den Hauptvorstand der ÖTV.

Die 135 DM-Forderung, die jetzt zur Sprache gebracht wird, und vor der die Bourgeoispresse zittert, ist nicht Ergebnis von Klunckers Rachegefühlen. Sie ist Ergebnis der Tatsache, daß die Mitgliedschaft der Gewerkschaften ÖTV, DPG und GdED es nicht erdulden wollten, daß sie abermals von einem langweiligen Professor abgehäutet werden wie letztes Jahr von Maihofer.

Daher hat das ganze Mühen des Hauptvorstandes, die Diskussion in den Belegschaften abzustumpfen, nicht gefruchtet.

Als Anfang Dezember die Große Tarifkommission zu einer Besprechung zusammentrat, stand eine Front in Richtung Festgeldforderung. Diese war in den Betrieben errichtet worden, man konnte nicht an ihr vorbei.



Der Maulkorbparagraf 130 a (88 a) muß fallen. Diskussion auf der Straße.
Der Maulkorbparagraf 130 a (88 a) muß fallen. Diskussion auf der Straße.

Dies zu verhindern, war allerhand unternommen worden. Einerseits wurde gesagt, überhaupt nichts dürfe beschlossen weden. Andererseits wurde mehrfach versucht, dort, wo Beschlüsse nicht zu verhindern waren, unsinnig hohe Festgeldbeschlüsse durchzusetzen.

So daß man diejenigen, die Festgeldforderungen aufstellen, als Leute bezeichnen kann, die sozusagen überhaupt keine Ahnung haben, weil sie noch nicht einmal wissen, daß man im Kampf auf die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse wird angewiesen sein. Und daß man die Sympathie der Arbeiter nicht gewinnen wird, wenn man in einem Bereich, wo die Tariflöhne relativ hoch sind, mit einer Forderung in die Auseinandersetzung geht, die entschieden höher ist als das, was in der Industrie gegenwärtig durchgesetzt werden kann.

Im großen und ganzen hat sich aber herausgestellt, daß die selbständige Bewegung in diese Falle nicht getreten ist. Die meisten Forderungen waren unter 150 DM und um die 130/140 DM. Dieser Bewegung und der Klugheit, durch die sich Massenbewegungen der Arbeiter regelmäßig auszeichnen im frappanten Unterschied zur Politik der Sozialdemokraten, ist es gedankt, daß jetzt mit den 135 DM eine Forderung steht, die die Beschäftigten zusammenschweißt, indem sie den einfachen Gedanken, daß die Arbeiterbewegung nicht zusehen kann, wie ganze Teile der Klasse in das Elend geschleudert werden, das 900 DM brutto bedeutet, zum Grundgedanken dieser Lohnbewegung macht.

Diese Forderung ist eine ideologische Falle für die Bourgeoispresse. Die Zeitung „Die Welt" ist schon hineingetappt. Andere Zeitungen schleichen sich noch drum herum. Durch diese schlichte Methode der für alle gleichen Forderung gelingt es mit einm Schlag, die Behauptung, es gäbe Gemeinsamkeiten zwischen dem armen Luder, das seine Arbeitskraft für 900 DM brutto verkaufen muß, und dem Spitzenbeamten, der 6 750 DM einschiebt als Entgelt für politische Treue gegenüber der herrschenden Klasse und Sold für die Volksunterdrückung, die er betreibt, zu widerlegen.

Diese Forderung wird im Kampf durchgesetzt werden müssen. Sie kann durchgesetzt werden, weil sie die Einheit der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst stärkt, weil sie die Solidarität der ganzen Arbeiterklasse gewinnen kann und weil sie die Reihen der Gegner auseinanderscheucht und sie, die Springer-Zeitung „Welt" sieht es ganz richtig, „aufs Glatteis" lockt. Die 135 DM müssen aufgestellt werden, die Arbeiterbewegung kann sich durchsetzen. Die Reaktionäre aber müssen einbrechen. – **(mf)**

siehe auch Seite 7

Hammer oder Amboß?

Wer in Kiel, Hamburg, Dortmund, Hildesheim oder Karlsruhe an Neujahr mit der Straßenbahn zu Verwandten oder Bekannten fahren will, bekommt gleich den richtigen Geschmack auf das neue Jahr: Für eine Fahrkarte wird er in diesen und etlichen anderen Städten bis zu 20 % mehr zahlen müssen.

Von jedem Stundenlohn, jedem Gehalt werden ab 1. Januar ein halbes Prozent mehr für die Arbeitslosenversicherung abgezogen. Dafür hat die Bundesregierung mit ihrem Haushaltssicherungsgesetz gesorgt. Gleichzeitig werden die Leistungen der Arbeitslosenversicherung drastisch verschlechtert. Ähnlich geht es mit den Krankenkassen. Anfang 1976 wird der durchschnittliche Beitragssatz der Ortskrankenkassen bei 11,3 % liegen. Die Kehrseite der Beitragserhöhung sind nicht verbesserte Leistungen. Die werden sich im Gegenteil weiter verschlechtern. Am ersten Januar fängt das Jahr erst an. Es hat 365 Tage und kein Tag wird vergehen, an dem die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat nicht den Druck auf die Arbeiterklasse und die Volksmassen verschärft. So war es 75, so wird es 76 erst recht sein. An Sylvester aber halten Bundespräsident und Kanzler ihre Reden, versäumen nicht, die Härte der Zeiten zu betonen, behaupten, daß wir alle im gleichen Boot sitzen und daß es bald wieder aufwärts gehen wird, wenn wir nur alle zusammenstehen. Die Radikalen, die es nicht glauben wollen, müsse man isolieren. Tatsache ist, daß es dieses "wir" nicht gibt. Tatsache ist, daß die Arbeiter, die nächstes Jahr noch
Arbeiter, die nächstes Jahr noch
mehr ausgebeutet werden sollen wie dieses Jahr, mit den Kapitalisten nicht mehr gemeinsam haben als den Kalender, daß aber jeder Tag für sie ganz anders aussieht wie für die Kapitalisten. Tatsache ist, daß die Volksmassen 1976 weiter ausgeplündert werden sollen. Die Bourgeoisie und ihr Staat werden mehr ausplündern. Was kann es da für Gemeinsamkeiten geben? Und wen können die feierlichen Reden noch täuschen?

Bundesregierung und Parlament verlassen sich jedenfalls nicht darauf, daß die Täuschung noch lange verfängt. Für nächstes Jahr planen sie einen neuen Maulkorbparagrafen. Wer sagt: Rebellion ist gerechtfertigt, soll ins Gefängnis bis zu drei Jahren. Das hat das Parlament noch dieses Jahr verabschieden wollen. Dann ist es aufgekommen. Jetzt werden sie alles daransetzen, den neuen Paragrafen wenigstens noch vor den Bundestagswahlen unter Dach und Fach zu bekommen. Das gleiche mit dem § 218 in neuer Fassung. Geht es nach der Kapitalistenklasse, dann ist die Arbeiterklasse Amboß. Noch mehr Schweißauspressen als letztes Jahr, noch mehr schröpfen und treten als bisher und sich in den Bundestagswahlen bestätigen lassen, daß es sein soll, wie es ist, das ist der Plan der Bourgeoisie für 76. Darauf stoßen sie an, die Kapitalisten und das bürgerliche Politikerpack.

An diesem Plan können die Massen nichts ändern. Er steht fest. Da läßt sich nichts machen.

Was sich machen läßt: Die Massen können einen eigenen Plan aufstellen. Statt sich an einzelnen Punkten schlecht und recht zu wehren, kann man sich zusammenschließen im Kampf gegen Ausbeutung, Ausplünderung, Unterdrückung und Reaktion. Statt sich niederhalten zu lassen, kann man sich erheben. Unvermeidlich wird das Jahr 1976 eine Verschärfung des Klassenkampfes bringen. Vermeiden läßt sich, daß man vom Feind überrascht und übertölpelt wird, vermeiden läßt sich, daß man vom Feind geschlagen wird. Auf jeden Fall kann die Arbeiterklasse er-
jeden Fall kann die Arbeiterklasse er-
reichen, daß sie sich in den unvermeidlichen Kämpfen immer fester zusammenschließt, daß sie die Volksmassen um sich sammelt, um so bald wie möglich die verrottete Ausbeuterordnung zu stürzen und die Herrschaft der produzierenden Klasse an Stelle der Herrschaft der aneignenden Klasse zu errichten.

Die Arbeiterklasse braucht nicht Amboß zu sein. Sie schafft alles. Warum soll sie die Ausbeuterherrschaft nicht zerschlagen können?

Zwei sehr verschiedene Konferenzen

Im Zehnerclub der Imperialisten wird der Betrug vorbereitet

Lezte Woche fanden in Paris zwei bedeutsame Konferenzen statt, die beide die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung betreffen. Am Freitag ging die Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu Ende (Nord-Süd-Konferenz). Die westlichen imperialistischen Länder verhandelten dort mit den Entwicklungsländern. Ebenfalls am Freitag tagten die Finanzminister der Imperialisten im sogenannten "Zehnerclub" unter sich. Über dieses Treffen wurde in der bürgerlichen Presse nur versteckt auf den Wirtschaftsseiten berichtet. Denn dort wurde versucht, klammheimlich die Konferenz mit der Dritten Welt zu hintergehen.

Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte der Nord-Süd-Konferenz läßt die verschiedenen Interessen und Ziele der Beteiligten erkennen. Sie geht zurück auf einen Vorschlag Frankreichs, die EG-Länder sollten mit den arabischen Erdölländern über die Austauschbedingungen von Öl und Industriewaren zu Tische kommen. Gegen diesen Vorschlag traten die USA auf, die erstens verhindern wollten, daß die EG Vereinbarungen mit den Erdölländern gegen die Interessen der USA und ohne ihre Beteiligung trifft. Zweitens wollten sie im offenen Konfrontationskurs den Zusammenschluß der OPEC und das Beispiel, das diese gesetzt hatte, zerstören. Es ist noch gut im Gedächtnis, wie US-Präsident Ford im Chor

Fortsetzung S. 2

Die nächste Nummer erscheint am 8.1.1976

Fortsetzung von S. 1

Im Zehnerclub der Imperialisten wird der Betrug vorbereitet

mit den Sozialimperialisten der Sowjetunion äußerte, über das Öl könnten die Ölförderstaaten nicht allein verfügen und es sei vielleicht ungerecht, wenn eine Supermacht andere Länder militärisch besetze, aber oft notwendig.

Die Ölstaaten selbst wandten sich gegen eine isolierte Behandlung der Ölfrage, weil dies einer Abspaltung der Ölländer von der Dritten Welt Vorschub geleistet hätte. Sie setzten ihrerseits durch, daß eine Konferenz mit den westlichen imperialistischen Staaten und der Dritten Welt insgesamt alle Fragen der internationalen Wirtschaftsordnung behandeln müsse. Die Ölwaffe hat überhaupt nur Bedeutung, wenn sie als Waffe aller unterdrückten Länder eingesetzt wird. Die Ölländer haben mit diesem Verhalten gezeigt, daß sie sich als Vorkämpfer der Interessen der Dritten Welt verstehen, sich nicht abspalten lassen und auf dem Nord-Süd-Dialog die Umsetzung der Beschlüsse der UNO zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zur Richtschnur machen.

Imperialisten: Angriff aus der Defensive

Die imperialistischen Länder dagegen versuchen auf dem Nord-Süd-Dialog die UNO-Beschlüsse auszuhöhlen, ihre Durchführung auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben und eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu verhindern.

Während die Dritte Welt in einem gerechten Kampf in der Offensive ist, sind die Imperialisten in dem ungerechten Bestreben, die imperialistischen Ausbeutungsbedingungen aufrechtzuerhalten in der Defensive. Innerhalb dieser Defensive aber gibt es heftige Widersprüche zwischen den Imperialisten. Die Supermacht USA versucht in ihrem Bestreben nach Weltherrschaft die anderen imperialistischen Länder auf ihren Konfrontationskurs zu bringen. Die europäischen imperialistischen Länder versuchen ihre eigene Position zu stärken durch Kooperationsangebote an die Dritte Welt. Der westdeutsche Imperialismus, der gerne die EG beherrschen möchte, versucht dies, indem er einerseits in die Fußstapfen des US-Imperialismus tritt, wo dieser Terrain verloren hat, andererseits gegenüber den anderen EG-Ländern sich bei jedem Schritt der Unterstützung des US-Imperialismus versichert, und diesen wieder ins Geschäft zu bringen sucht. Die USA nahmen die Vermittlung an, nachdem sie sehen mußten, daß sonst die Konferenz ohne sie zustande gekommen wäre.

US-Imperialismus auf Konfrontationskurs

Auf der Konferenz setzte Außenminister Kissinger den Konfrontationskurs der USA fort unter dem Schlachtruf: "Das Öl muß billiger werden." Die USA würden keine Kredite mehr an die Länder der von den Imperialisten erfundenen "Vierten Welt" zahlen, wenn sie nicht Front gegen die Ölländer machen würden. Denn diese seien daran schuld, daß die Entwicklungsländer, die kein Öl besitzen, ein hohes Zahlungsbilanzdefizit von etwa 35 Mrd. Dollar haben. Das ist eine freche Lüge. Erstens war die Erhöhung des Ölpreises lediglich eine Angleichung an die seit Jahrzehnten betriebene Verteuerung der Waren aus den imperialistischen Ländern. Zweitens haben die Erdölkonzerne, die die Versorgung der ganzen Welt in der Hand haben, bekanntlich die höchsten Profitraten aller Kapitalisten überhaupt. Und die hohen Steuern auf Mineralölprodukten zeigen, daß die Rohölpreise immer noch weit unter dem möglichen Marktpreis liegen. Drittens haben die Preise für Nahrungsmittel, Düngemittel und Industriewaren, die sich in kurzer Zeit vervielfacht haben, für die Entwicklungsländer wesentlich größeres Gewicht als die Öleinfuhren. Viertens konnten die Ölländer ihre Einnahmen nutzen, um die anderen Entwicklungsländer durch billige Kredite zu unterstützen. Die tatsächlich geleisteten Zahlungen betrugen 1,9 % des Bruttosozialproduktes der OPEC-Länder gegenüber 0,33 % der "Entwicklungshilfe" der imperialistischen Länder. Für 1975 wurden Verpflichtungen von 21 Mrd. Dollar eingegangen, 25 % davon als Geschenke.

Weiter: Mindestens 26 Länder – soweit bekannt – mußten 1973 mehr als 10 % ihrer Exporterlöse für die Bezahlung von Schulden, die immer größer werden, aufwenden. Hinzu kommen die Rücküberweisungen der Profite, die die großen Monopole aus der Ausbeutung der Arbeitskraft in den Ländern der Dritten Welt erzielen. All das vergrößert das Zahlungsbilanzdefizit der Dritten Welt chronisch und progressiv.

Die USA erhielten für ihren demagogischen Spaltungsversuch indirekte Unterstützung durch das Auftreten der Delegation von Großbritannien. Großbritannien trat als künftiges Ölerzeugerland auf. Die britische Regierung behauptet kühn, 1980 mit der Erdölgewinnung aus der Nordsee 90 % des europäischen Bedarfs liefern zu können. Damit die hohen Investitionen, die dazu nötig seien, auch Profit bringen, verlangt Großbritannien einen dauerhaft garantierten Mindestpreis für Rohöl.

Diese Forderung ist nicht neu. Sie wurde zuerst von Kissinger in seiner "Energie-Rede" vor dem "National Press Club" am 2. Februar dieses Jahres formuliert. Scheinheilig wird sie damit begründet, die Rentabilität von Investitionen für neue Energiegewinnungsverfahren müßten gewährleistet werden. In Wirklichkeit sind es Versuche, den von der OPEC festgesetzten Preis zu unterlaufen. So soll denn auch dieser sogenannte "Mindestpreis" um ca. 40 % unter den OPEC-Preisen liegen.

Gern hätten es die Imperialisten gehabt, wenn von ihren Räubereien abgelenkt und die neue Weltwirtschaftsordnung in langen Kommissionssitzungen zerredet würde. Dagegen beharrte der algerische Außenminister darauf, daß auf diesem ersten Treffen der Außenminister den Kommissionen klare politische Aufträge aufgrund der UNO-Resolutionen erteilen müsse. Dies haben die Imperialisten abgelehnt. Ein zweites Treffen wurde für Ende Januar ausgemacht.

Imperialistischer Coup zur Beibehaltung des Währungsbetrugs

Was hat nun damit die Sitzung des Zehnerclubs zu tun?

Entscheidendes Instrument der Imperialisten, um die Länder der Dritten Welt wirtschaftlich zu knebeln, ist das Weltwährungssystem. Seit der Dollarkrise 1971 existiert jedoch keine bindende Übereinkunft über die Weltwährungsordnung.

Schon auf der Konferenz von Rambouillet hatten die Imperialisten eine dreimal tägliche telefonische Konferenzschaltung zwischen den Zentralbanken ausgemacht, um ihre Interventionen am Devisenmarkt abzustimmen. Das ist nichts anderes als ein permamenter Krisenstab zur Abwehr eines zu befürchtenden Ausbrechens der Währungskrise. Auf der Sitzung des Zehnerclubs wurden nun Beschlüsse gefaßt, wie man die Dritte Welt bei der Neuordnung des Weltwährungssystems ausschalten und zugleich weiter ausplündern kann. Auf der Tagung des Internationalen Währungsfonds im Januar sollen diese Beschlüsse dann abgesegnet werden, denn der Zehnerclub hat dort die absolute Mehrheit der Stimmen.

Der bedeutendste Beschluß erlaubt den Zentralbanken den freien An- und Verkauf von Gold. Bisher wurde durch einen niedrigen Goldpreis der Banken der Kurs des Dollars künstlich hochgehalten. Auf dem freien Markt bildete sich dadurch ein Goldpreis, der fast das Vierfache des künstlichen Goldpreises der Banken ausmacht. Untereinander handelten die Banken eine Unze Gold für 44 Dollar, am freien Markt für 150 Dollar. Wenn die Zentralbanken nun ihre Goldreserven für 150 Dollar je Unze handeln können, machen sie einen gewaltigen Profit. Diesen Profit machen die "entwickelten Länder", die nach der UNO-Statistik (Monthly Bulletin of Statistics 12/74) Goldbestände von 36 Mrd. Dollar haben, die durch die Neubewertung von einem Tag auf den anderen um 94 Mrd. Dollar steigen. Die "Entwicklungsländer" verfügen dagegen nur über geringe Goldreserven, die bei Neuberwertung lediglich um 9 Mrd. steigen. Sie sind die Beschissenen. Ihre Reserven werden dann nur zu 14 % aus Gold bestehen und sonst aus Papierdollars, die sie für ihre Rohstoffe erhalten haben, während die Reserven der Imperialisten zu 54 % Goldreserven sind.

Wenn in wenigen Jahren der Goldpreis von 44 Dollar auf 150 Dollar gestiegen ist, kann man ermessen, in welch ungeheurem Ausmaß die Ausplünderung der Entwicklungsländer über das Weltwährungssystem betrieben worden ist. Im Tausch Ware gegen Ware bzw. Ware gegen Gold hätten sie ungefähr das Vierfache beim Handel erlösen können gegenüber dem derzeit üblichen Rohstoffe gegen Dollars.

Den Entwicklungsländern soll geholfen werden, sagen die Imperialisten, und zu diesem Zweck wollen sie ein Sechstel der Goldbestände des Internationalen Währungsfonds gegen Dollar verkaufen, die sie für Kredite an die Dritte Welt verwenden wollen (etwa 2,5 Mrd. Dollar). Dieser Tropfen auf den heißen Stein ist eine Frechheit angesichts der Milliardenschieberei mit Gold und Dollar. Es ist zugleich der Versuch, den alten Beschiß mit den Papierdollars fortzuführen und die Notlage der ärmsten Entwicklungsländer auszunutzen, um das alte Weltwährungssystem aufrechtzuerhalten, in dem die Imperialisten mit ihren Währungen die internationalen Austauschbedingungen einseitig manipulieren können. Noch bevor die Nord-Süd-Konferenz dazu kommt, diese Fragen zu befassen, wollen die Imperialisten hier vollendete Tatsachen schaffen und den Nord-Süd-Dialog hintergehen. – **(fb/bb)**

Die Justiz will die Haftstrafen unbegrenzt verlängern
Freilassung von J. Noth und D. Hildebrandt!

Am 2. Dezember hat der Ständige Ausschuß des ZK des KBW aufgerufen, für die Freilassung der beiden Mitglieder des KBW, Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt, einzutreten. Beide werden seit dem 23. Juni in Haft gehalten wegen Beteiligung an der Demonstration gegen die Weltbankkonferenz im Sommer 1970 in Heidelberg, auf der unter Vorsitz des Kriegsverbrechers Mc Namara über den Bau des Cabora Bassa Staudamms als Bollwerk gegen den Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika verhandelt werden sollte. Dem Genossen J. Noth, Mitglied des ZK des KBW und Sekretär der Ortsleitung Heidelberg, wird seit dem 2. Dezember die übliche Aussetzung des letzten Drittels seiner Haftstrafe auf Bewährung verweigert unter dem Vorwand weiterer gegen ihn anhängiger Strafverfahren. Der Genosse Hildebrandt wurde zu 12 Monaten Haft verurteilt.

Die jüngsten Maßnahmen der Justizbehörden lassen keinen Zweifel an ihren Absichten, die Genossen weiter inhaftiert zu lassen, und unterstreichen die Notwendigkeit, für die Freilassung der inhaftierten Kommunisten einzutreten:

Der Genosse Hildebrandt stand in der vergangenen Woche erneut vor Gericht, angeklagt wegen Teilnahme am Kampf der Heidelberger Studenten gegen Vetternwirtschaft und Korruption und für freie politische Betätigung an der Universität. Verurteilt wurde er zu weiteren sechs Monaten Haftstrafe, die nach dem ausdrücklichen Beschluß des Gerichts nicht zusammengezogen werden dürfen mit den gegenwärtigen.

Aus dem politischen Ziel, das mit diesem Urteil verfolgt wird, hat das Gericht in seiner Begründung keinen Zweifel gelassen: Genosse Hildebrandt stände für eine Bewegung der Studenten unter Losung: „Wir verteidigen unsere Rechte, indem wir sie uns nehmen", und an seinem Verhalten hätten sich viele ein Beispiel genommen.

Gegen den Genossen Noth wurde jetzt Anklage erhoben, weil er zu den Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhung bei der Heidelberger Straßenbahn im Sommer aufgerufen hat. Vorgeworfen wird ihm von dem gleichen Staatsanwalt, der auch seine Freilassung hintertreibt: „Die von dem Angeschuldigten in der Arbeiterzeitung veröffentlichten Aufrufe hatten zwei Zweckrichtungen. Einerseits sollten sie die Massen mobilisieren und auf die Straße bringen, zum anderen sollte der Gemeinderat unter Druck gesetzt werden. Die Aufrufe stellen daher sowohl eine öffentliche Aufforderung zu Straftaten als auch eine in Tateinheit hiermit stehende versuchte Nötigung des Gemeinderats dar."

Die politische Absicht der herrschenden Klasse ist klar. Mit der Verweigerung der Aussetzung der Haftstrafe nach zwei Dritteln zur Bewährung und zusätzlicher Gefängnisstrafe werden zwei Kommunisten, die in den Kämpfen der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat hervorgetreten sind und Anerkennung als führende Kräfte gefunden haben, in Haft gehalten, um weitere Prozesse nachschieben und sie auf Jahre hinaus im Gefängnis halten zu können.

Die gerechten Forderungen, für die Tausende in Heidelberg auf die Straße gegangen sind; das Eintreten auf der Straße für diese Forderungen und das Auftreten gegenüber dem Gemeinderat – diese Schritte und Forderungen des gerechten Kampfes gegen den bürgerlichen Staat will die herrschende Klasse mit der Verurteilung und Inhaftierung der Kommunisten für ungerecht und zu Straftaten erklären, in der Hoffnung, dadurch die Kämpfe der Volksmassen verhindern und die Kommunisten von den Volksmassen isolieren zu können. Diese Hoffnung ist vergebens.

Im Gegenteil beweist die Unterstützung, die die Forderung „Freilassung von Dietrich Hildebrandt und Jochen Noth!" bereits gefunden hat, daß die Volksmassen sich nicht von den Justizbehörden ihre gerechten Forderungen für Unrecht erklären lassen und sie nicht bereit sind, die weitere Inhaftierung von J. Noth und D. Hildebrandt hinzunehmen. Ein Rechtsbeistand aus Heidelberg z. B. sandte der Redaktion zur Kenntnis ein Schreiben an das Innenministerium, in dem er in Begründung der Forderung nach Freilassung der beiden Genossen unter anderem schreibt: „Ich bin ein Bürger von 55 Jahren, der die Aktivitäten der obengenannten aufmerksam verfolgt hat. Daß die Proteste berechtigt waren, zeigte sich überdeutlich dadurch, daß am Tage des Haftantrittes, als ich den diesbezüglichen Bericht in der Rhein-Neckar-Zeitung las, zur gleichen Zeit über den Südfunk Stuttgart die Nachricht kam, daß Mc Namara zu politischen Morden aufgefordert hat. Am Abend des gleichen Tages kam dann noch eine Sendung im Fernsehen über den Cabora Bassa Staudamm und die Entlassung von Mozambique in dieFreiheit ... Nach dem Kriege waren wir alle begeistert von der in den USA praktizierten Form der Demokratie, wie man sie uns hier schilderte. Da wir aber als denkende Menschen die Sache bald durchschauten, war die Enttäuschung groß."

Die auf der Allgemeinen Studentenvollversammlung der Pädagogischen Hochschule Freiburg am 11.12. versammelten 50 Studenten erklärten einstimmig: „Im Augenblick wird von den zuständigen Stellen versucht – unter dem Vorwand weiterer Strafverfahren –, Jochen Noth und Dietrich Hildebrandt weiter in Haft zu halten, ohne daß ein Ende absehbar wäre, denn es ist nach § 57 StGB üblich, daß Inhaftierte nach spätestens 2/3 ihrer Haftzeit entlassen werden. Dies wird aber jetzt schon im Falle von Jochen Noth verhindert. Wir fordern ihre Freilassung, weil beide, wie einige Tausend andere Menschen, am 19. Juni 1970 für eine gerechte Sache eingetreten sind." Weitere Resolutionen und Protesterklärungen haben die Redaktion erreicht von politischen Veranstaltungen aus Bremen, Oldenburg, Freiburg, Düsseldorf, Nordenham, Westberlin und Frankenthal. In Heidelberg wird eine Unterschriftensammlung zur Freilassung der Genossen betrieben, die breite Unterstützung findet. Wir fordern auf, die Forderung nach Freilassung in Briefen und Resolutionen an das Justizministerium Baden-Württemberg sowie an die Vollzugsanstalten Rottenburg und Heilbronn zu richten, und bitten, eine Kopie jeweils an die Inhaftierten und an die Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung zu schicken.

Redaktion

Anklage wegen „Wehrkraftzersetzung"

Braunschweig. Am 6. Januar beginnt beim Landgericht Braunschweig vor der Staatsschutzkammer gegen den Reservisten U.Probst ein Prozeß wegen „Wehrkraftzersetzung". Probst war vom 1. Juli 1974 bis zum 31. Oktober 1975 Soldat in der Braunschweiger Leutnant-Müller-Kaserne, zuletzt in der 3./25. Die Anklage stützt sich auf seine Beteiligung an der Gründungsversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees (SRK) Braunschweig am 24.10.1974. Probst habe dort ein Referat über die Zustände in der Bundeswehr gehalten. Außerdem habe er innerhalb der Kaserne zum Besuch der Veranstaltung aufgefordert. Ferner wird ihm vorgeworfen, am 28.9.1975 einem Soldaten die „Militärzeitung" (Organ des Soldaten- und Reservistenkomitees) gegeben zu haben. Das sei planmäßige Einwirkung auf einen Angehörigen der Bundeswehr, um dessen pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der BRD oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben und habe zum Ziel Bestrebungen gegen die Sicherheit der BRD oder gegen die Verfassungsgrundsätze.

Die Begründung der Anklage zeigt, daß es offenbar der Bundeswehrführung und dem Staat darum geht, einen Prozeß gegen die Soldatenkomitees zu führen und ein Urteil zu fällen, das die Komitees der Soldaten sowie die Versuche, sich gegen die Kasernenunterdrückung zusammenzuschließen, kriminalisiert. Ein ähnlicher Prozeß wegen „Wehrkraftzersetzung" wird gegenwärtig auch in Koblenz gegen den Pionier G.Bayha vorbereitet. – (nach einer Korrespondenz aus Braunschweig)

Familienstreit im Hause Sachs: Wem gehören 10 000 Arbeiter?

Eine halbe Milliarde wollen die Brüder Sachs dafür einstreichen, daß sie die Aktienmehrheit der Fichtel und Sachs AG in Schweinfurt an den englischen Konzern Guest, Keen & Nettlefoods verkaufen.Dabei ist ihnen jetzt die geschiedene Ehefrau eines der Sachs-Brüder dazwischen gekommen, die fürchtet, daß der Ehemalige mit seinen Millionen verschwindet und für sie und ihre Kinder von dem Riesenvermögen nicht genügend übrigbleibt. Die beiden Brüder, die geschiedene Ehefrau, der englische Konzern liegen seitdem in erbitterter Fehde vor den Erbschaftsgerichten. Worum geht es: um den Besitz der 10 000 Arbeiter und Angestellten der Fichtel und Sachs AG, denn diese Belegschaft, wel-
AG, denn diese Belegschaft, wel-
che die Sachs-Erben für sich schaffen lassen, das ist ihr eigentlicher Reichtum, und wer die Früchte der Arbeit so vieler Tausend fleißiger Hände verjubeln darf, darum geht der Streit der ehrenwerten Gesellschaft.

Kennedy unterhielt Verbindungen zur Mafia

US-Präsident Kennedy hat Verbindungen zur Mafia unterhalten. Bei der Untersuchung der Geheimdienstaktivitäten stieß der Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats auf Kennedys Verbindung mit Judith Campbell-Exner. Die Dame war nicht nur Geliebte des Präsidenten, sondern von ihrem Zuhälter, dem Schauspieler Frank Sinatra, zugleich an den Mafia-Boss Sam Giancana vermittelt worden, der mit dem Mafioso John Roselli Kontaktmann des CIA war bei dem Plan, Fidel Castro ermorden zu lassen.Der Vorsitzende des Senatsausschusses, Church, ist ein Freund der Kennedy-Familie und behandelt die Angelegenheit schonend: Das Privatleben eines Präsidenten müsse geschützt werden. Dieser Schutz wird ziemlich umfassend angelegt: Sam Giancana wurde kurz vor seiner Aussage vor dem Senatsausschuß erschossen. Die Dame, die der Präsident der Vereinigten Staaten mit der Mafia teilte, behauptet seitdem steif und fest, nicht als Mittlerin zwischen Mafia und Weißem Haus gedient zu haben. Vielleicht sagt sie die Wahrheit und hat das Weiße Haus gar keine Vermittlung zur Mafia nötig, sondern hat von dort Gefälligkeiten erhalten. Nicht selten ist die Warnung zu hören: So wie der kleine Max sich das vorstelle, ginge es in der Politik nun auch wieder nicht zu. Es geht schlimmer zu, als der kleine Max sich träumen läßt. (nach Frankfurter Allgemeine und Bild-Zeitung)

Portugal:

Die Großgrundbesitzer führen die Bauern ins Feld

Am Vortag des 25. November waren in der kleinen Stadt Rio Maior, zirka 100 Kilometer nördlich von Lissabon, etwa 20 000 kleine und mittlere Bauern zusammengekommen. Organisatoren dieser Plenarversammlung waren Faschisten und Großgrundbesitzer, die einige berechtigte Forderungen der Bauern aufgriffen, um Rückendeckung für den Schlag gegen die demokratische Bewegung der Soldaten zu erhalten, zu dem sie gerade ausholten. Es kam den Reaktionären darauf an, die Bauern gegen die Arbeiter und Soldaten in Lissabon und die Landarbeiter im Alentejo, die „illegale Besetzungen" von Ländereien durchgeführt hatten, aufzuhetzen.

Am 14. Dezember kam es zu der „II. Plenarversammlung kleiner und mittlerer Bauern". Wieder in Rio Maior. Wieder waren einige Zehntausend kleine und mittlere Bauern versammelt. Die Reaktion hatte nach dem 24. November die demokratische Soldatenbewegung niedergeschlagen und war jetzt Herr der Armee. Die Lage hatte sich verändert. Das schlug sich im Ergebnis der II. Plenarversammlung nieder. Die UDP schreibt dazu in ihrer Zeitung „Voz do povo" vom 16.12.75: „In der Resolution, die am 14. Dezember angenommen wurde, sind einige der Forderungen, die am 24. November beschlossen wurden, schon nicht mehr enthalten. Es sind das unter anderem diejenigen, die eine gerechte Bezahlung der landwirtschaftlichen Produkte und die Bezahlung der Unterstützungen einfordern. Warum? Weil das schon nicht mehr nötig war. Am 24. November waren die kleinen und mittleren Landwirte notwendig, um die Operationen einzuleiten, die zum reaktionären Putsch vom 25. November führten. Am 14. Dezember hatten die Bauern ihre Rolle schon gespielt, die ihnen die Großgrundbesitzer zugedacht hatten. Die Forderungen der Bauern interessierten die Faschisten schon nicht mehr. Was die Großgrundbesitzer je tzt wollten, war, daß die Bauern passiv einen Nationalen Landwirtschaftsverband auffüllen sollten, der auf der Plenarversammlung eilig gebildet wurde."

Die Forderungen der Bauern werden von der Reaktion unter den Tisch gekehrt

Am 24. November hatten die Faschisten sich noch eine der demokratischen Forderungen der Bauern zu eigen gemacht: Die Resolution vom 24. November fordert die Auflösung der staatlich und von oben eingesetzten Agrarreform- und Berufsgenossenschafts-Kommissionen und ihre Neuwahl durch die Bauern selber.

Auch dies fällt am 14. Dezember unter den Tisch. Stattdessen wird der Aufbau eines nationalen Landwirte-Verbands abgestimmt, in dem natürlich auch die Großgrundbesitzer ihren festen Platz haben werden. Von der Auflösung der staatlich eingesetzten Kommissionen redet die Versammlungsleitung nicht mehr, denn die Faschisten und Großgrundbesitzer sitzen jetzt wieder in wichtigen Positionen eben dieses Staatsapparates drin.

Am 14. Dezember wurden zwar kleine und mittlere Bauern zusammengerufen, aber ihre Forderungen kamen nicht mehr zur Sprache. Als ein Bauer auf der Versammlung am Mikrofon von der Notwendigkeit zu reden begann, die Milchpreise für die kleinen Milchproduzenten anzuheben, da wurde er von der Versammlungsleitung unterbrochen mit dem Hinweis, das „stehe nicht auf der Tagesordnung".

Die Großgrundbesitzer wollen das Land zurück

Die Resolution vom 24. November greift ausdrücklich die PCP und die von ihr beherrschten Organisationen an. Wenn aber die Großgrundbesitzer von der PCP reden, dann meinen sie die Landarbeiter, die ihre weiten Ländereien besetzt haben. Am 14. Dezember wird die PCP kaum noch erwähnt. Dagegen gerät die PS und der ihr angehörende Landwirtschaftsminister ins Schußfeld; Lopes Cardoso ist der am meisten beschimpfte Mann. Für die großbürgerliche Zeitung „Expresso" ist klar: „Wer in Rio Maior verloren hat, war die PD (man spürte, daß die PCP als gestorben angesehen wurde) und Melo Antunes und seine Anhänger. Gewonnen haben Sa Carneiro und seine PPF und die MDLP konnte viele Punkte verzeichnen." (Expresso, 17.12.)

Daß die Faschisten der MDLP ehemals auf die PS, jetzt auf die PPD setzen, sagte ein Mitglied dieser Organisation ganz offen dem Expresso-Journalisten:

„Keiner wird glauben, daß die Frau X. (es wurde hier eine Dame der hohen Gesellschaft aus einer der superreichen portugiesischen Familien genannt) die Sozialistische Partei gewählt hat, weil sie Sozialistin ist. Sie hat die Sozialistische Partei aus taktischen Gründen gewählt. Denn damals war das die Partei, die die besten Garantien gegen den Kommunismus bot und die man bequem wählen konnte, ohne gleich als Reaktionär verschrien zu sein. Heute ist die Partei, die unterstützt werden muß, die PPD. Die PPD von Sa Carneiro ist die einzige, die den Mut gehabt hat, sich offen antimarxistisch zu erklären und damit vorwärtszugehen." (Expresso, 17.12.)

Daß bezüglich der Taktik unter den Großgrundbesitzern und Reaktionären zwei Linien bestehen, das kam auf der Plenarversammlung am 14. Dezember ebenfalls zum Ausdruck. Allerdings hatten die Organisatoren diese Absicht nicht.

Ihre Absicht war und ist, die alten halbfeudalen Verhältnisse auf dem Land wieder herzustellen. Die Agrarreform muß weg. Die Ländereien müssen den Eigentümern wieder übergeben werden.

Eine Partei wie die PPD will dies Ziel auf „kaltem Wege" – durch Beschlüsse im Parlament, zunächst gegen die „wilden und illegalen" Besetzungen, dann für eine Rückerstattung des Besitzes insgesamt – erreichen.

So wollte das Sekretariat es beschließen lassen: „Illegal" besetzte Ländereien müßten sofort geräumt werden. Einer der „Delegierten" (wer da delegierte, ist unbekannt!) hatte verkündet: „Das, was wir in Portugal erlebt haben, ist keinerlei Agrarreform, sondern ein Bauernaufstand, dem die sechste Regierung mit den ihr jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln ein Ende machen muß." Die Armee kann wieder gegen die Landarbeiter eingesetzt werden. Die Regierung soll es nun auch tun. Einigen Reaktionären ist das zu lasch und zu langwierig. Sie traten hervor und beantragten, über die „Räumung aller Ländereien" zu beschließen. Außerdem solle gegen Besetzer fremden Eigentums und gegen Landarbeiterorganisationen gerichtlich vorgegangen werden. Das wurde angenommen. Das Organisations-Sekretariat kam dadurch in Verlegenheit. Der Presse teilte es anschließend mit, es werde diesen von „eingeschleusten Großgrundbesitzern" durchgebrachten Zusatz trotz mehrheitlicher Abstimmung der Regierung nicht vorlegen. (O Dia, 15.12.)

Dieser „Abstimmungszwischenfall" blieb nicht der einzige Anhaltspunkt, der die Differenzen im Lager der Reaktion sichtbar machte.

Drohungen gegen die bürgerlichen Regierungsparteien

Ein „Delegierter" aus Viseu drohte allen Regierungsparteien damit, die Landwirte könnten zu den nächsten Wahlen eine Bauernpartei ins Feld führen. Der Redner war sich sicher, daß diese Partei über vier Millionen Stimmen erhalten würde. Diese Überlegungen sind bei den Großgrundbesitzern in Gang, aber sie sollten nicht zur Sprache kommen; jedenfalls wurde dem Redner das Wort abgeschnitten mit der Begründung: „Politik gehöre nicht hierher."

Und während das Organisationssekretariat lediglich die Regierung unter Druck bringen wollte, nutzte ein „Delegierter" aus Braga die Gelegenheit, um in bezug auf künftige Besetzungsaktionen die „Bildung einer bewaffneten Miliz" vorzuschlagen – was ntürlich gar nicht im Sinne der jetzigen Regierungsparteien liegt. Sehr wohl liegt das aber auf der Linie einiger Großgrundbesitzer, die zwar in Brasilien oder Spanien leben, aber neuerdings im Süden Portugals Söldner anheuern, um ihre Ländereien zurückzuerobern.

Auf der Plenarversammlung am 14. Dezember versuchten die Großgrundbesitzer die Bauern für ihre weitere Politik einzuspannen. In Gang gebracht haben sie diese Plenarversammlungen, um sich Positionen im Staatsapparat zu erobern, die sie verloren hatten. Dienlich war ihnen dabei, gegen die bürokratischen Agrar-„Reformler" der PCP zu hetzen, die gerade in der Gegend von Rio Maior für einen PCP-beherrschten Bauernverband das Fleischaufkaufs- und -verkaufsmonopol eingerichtet hatten und den Bauern damit nichts als Verlustgeschäfte gebracht haben.

Heute lassen die Großgrundbesitzer die Forderungen der kleinen und mittleren Bauern, die sie eine Zeitlang mitgetragen haben, fallen , um einen Bauernverband zu gründen, der die Verhältnisse auf dem Land unter Kontrolle halten soll. Dazu mußten sie die Bauern aber in Bewegung setzen. Und das kann ihre Pläne durchaus vereiteln, denn der portugiesische Bauer ist nicht dumm und Kanonenfutter will er auch nicht sein. – **(kkw)**

Angola

Schlachtfeld der Supermächte im Ringen um die Weltherrschaft

Der amerikanische Senat hat beschlossen, daß die US-Regierung ihre Waffen- und Geldhilfe an die angolanischen Befreiungsorganisationen FNLA und UNITA einstellen soll. Vor diesem Beschluß hat es in aller Öffentlichkeit ein verbissenes Gerangel innerhalb der US-Imperialisten gegeben. Die US-Regierung mit Präsident Ford und Außenminister Kissinger an der Spitze hat darauf bestanden, daß die Waffenlieferungen weitergehen sollen. Die derzeitige Führung der Supermacht ist gewillt, über Angola eine erneute Machtprobe mit der anderen Supermacht im Kampf um die Weltherrschaft auszutragen.

Neben der Einmischung in Angola werden auch direkte Gegenschläge unter Ausnutzung der Wirtschaftskrise des Rivalen diskutiert: "Washington soll drohen, daß die amerikanischen Weizenlieferungen an die Sowjetunion eingestellt werden. Washington soll die westlichen Staaten zu wirtschaftlichen Sanktionen gegen alle 'Aggressoren' aufrufen." (Resolutionsvorschlag von Adlai Stevenson III; Welt, 19.12.)

Diese Kräfte erwägen also eine offene Auseinandersetzung um Angola mit der anderen Supermacht, genauso wie sie letztes Jahr ein Kräftemessen über Zypern veranstaltet haben, dieses Jahr ständig im Nahen Osten. All diese Auseinandersetzungen sind Kraftproben im Kampf um die Weltherrschaft, die Völker haben darunter nur zu leiden.

Die Opposition im Senat ist in dem Augenblick offen hervorgetreten, als es vorübergehend schien, daß die MPLA im Bürgerkrieg in Angola erhebliche Fortschritte gemacht habe. Sie hat die Taktik der Regierung – offene Einmischung in Angola, offene Zusammenarbeit mit Südafrika – angegriffen und einen Pferdewechsel vorgeschlagen. Sie will derzeit keine Kraftprobe mit der anderen Supermacht, sie will nicht erneut in eine militärische Auseinandersetzung verwickelt werden. Statt auf die Waffen setzen diese Imperialisten auf die Überredungskunst des Geldes. Sie wollen sich einkaufen. Da die MPLA in Cabinda, dessen Ölvorkommen die Gulf Oil ausplündert, vorherrschende Organisation ist, eben bei dieser: "Die amerikanische Ölgesellschaft Gulf Oil hat zugegeben, daß sie für ihre Bohrtätigkeit in der Angola-Enklave Cabinda Pachtgelder und Steuern an die 'Finanzbehörde' in Luanda abgeführt habe. Die letzte Zahlung in Höhe von 100 Millionen Dollar sei im September geleistet und von MPLA-Finanzminister Saydi Mingas quittiert worden" (Süddeutsche Zeitung, 18.12.). Darüber findet eine Auseinandersetzung mit der Regierung statt: "Das US-Außenministerium versuchte bisher vergeblich, den Ölkonzern dazu zu bewegen, die nächste Ende Dezember fällige Millionenzahlung an die prosojwetische Gruppe (gemeint ist die Befreiungsorganisation MPLA) wenigstens auf ein Sperrkonto zu überweisen." (Stuttgarter Zeitung, 20.12.)

Die andere Supermacht, die Sowjetunion, wittert eine Schwäche des Rivalen. Sofort hetzt sie gegen seine Einmischung, feiert die eigene, läßt sich diese vom Warschauer Pakt absegnen und - dessen kann man sich gewiß sein - dreht den Waffenhahn weiter auf. Für beide Supermächte ist der Kampf um die Beherrschung Angolas zu einem Prüfstein ihres Kräftemessens und Ringens um Weltherrschaft geworden. Die aufstrebende Supermacht, die Sowjetunion, muß die andere an jedem Punkt schwächen, ihre Einflußgebiete abjagen und sich erst Kolonien erobern. Deshalb geht sie rücksichtslos vor und will unbedingt erreichen, daß die MPLA den Bürgerkrieg fortsetzt und die anderen Befreiungsorganisationen vernichtet. Die andere Supermacht, geschwächt, will ihr Einflußgebiet verteidigen und in Angola weiter den Fuß drin halten. Deshalb wollen sie einen Sieg der MPLA verhindern, und, wie der stellvertretende US-Außenminister erklärte, "mit ihrer Waffenhilfe in Angola nur ein Patt herbeiführen" (Welt, 19.12.).

Bei ihrem Kampf um Angola, um Afrika, bedienen sich beide Supermächte in unterschiedlicher Weise des südafrikanischen Rassistenregimes. Für die USA ist das südafrikanische Rassistenregime letzter direkter Stützpunkt auf dem afrikanischen Kontinent. Für die andere Supermacht ist seine Existenz ebenfalls erfreulich. Sie schafft ihr die Möglichkeit, in Afrika ins Geschäft zu kommen und sich unter dem Vorwand einzumischen, die nationale Befreiung Afrikas zu unterstützen. Es spielt für die beiden Supermächte diesselbe Rolle wie Israel im Nahen Osten.

Die südafrikanische Aggression verstärkt sich

Das südafrikanische Rassistenregime nutzt die Schwächung Angolas, um seine Aggression fortzusetzen und zu verstärken. "Nach Angaben der MPLA wurden die vier südafrikanischen Soldaten bei Cela und Quibala gefangen, also 750 Kilometer Luftlinie vangolanisch-südwestafrikanischen Grenze entfernt" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.). Offiziell hat Südafrika zugegeben, daß seine Truppen bis zu 25 Meilen auf angolanischem Territorium stehen (Times, 17.12.). Am späten Mittwochabend "versetzte Botha eine unbekannte Anzahl ziviler Einheiten in Alarmbereitschaft" (Stuttgarter Zeitung, 19.12.). Der Kriegshaushalt soll um 50 % erhöht werden. "Botha kündigte an, im Laufe des kommenden Jahres würde eine Anzahl von Einheiten der sogenannten 'Bürgerwehr' (Reservisten-Einheiten) ins 'Operationsgebiet' entsandt werden" (Stuttgarter Zeitung, 18.12.). "Der südafrikanische Außenminister Hilgard Muller verteidigte die südafrikanischen Interventionen in Angola mit der Pflicht seines Landes, die Grenze zwischen Namibia und Angola zu schützen" (Süddeutsche Zeitung, 20.12.). Offen lassen sie ihre Absichten heraus: Namibia, das Südafrika seit langem widerrechtlich besetzt hält und dessen Widerstand erwacht, wieder fester zu unterwerfen sowie sich Teile Angolas, die sie inzwischen als 'Operationsgebiet' bezeichnen, unter den Nagel zu reißen.

Allerdings: die direkte Aggression Südafrikas gegen Angola hat die Entschlossenheit ganz Afrikas gestärkt und vorangetrieben, dieses Regime zu bekämpfen und Afrika von ihm zu befreien. Besorgt schreibt die "Süddeutsche Zeitung": "Aber die Regierung spielt mit Sicherheit ein äußerst gefährliches Spiel, das schädliche Auswirkungen auf sie selbst und auf ihre allgemeine Entspannungspolitik im südlichen Afrika haben könnte. Es ist viel leichter, in einen solchen Krieg verwickelt zu werden, als sicher zu sein, ihn zu gewinnen." (19.12.)

Die Imperialisten fürchten zu Recht die Folgen der südafrikanischen Aggression gegen Angola. Gegenwärtig bereiten die afrikanischen Staaten und ihre Organisation, die OAU, eine Gipfelkonferenz für Januar vor. "Eteki (Generalsekretär der OAU) gab auf der Pressekonferenz einen Vorgeschmack auf die kommende Gipfelkonferenz, indem er in scharfen Worten die Intervention Südafrikas in Angola verurteilte. Die militärische Parteinahme Pretorias stelle einen Versuch Südafrikas dar, dieses reiche westafrikanische Land neu zu kolonialisieren." (Neue Zürcher Zeitung, 18.12.) "Dadurch entstehe nicht nur eine Gefahr für Angola, sondern für ganz Afrika" (Süddeutsche Zeitung, 18.12.). Eteki hat erklärt, daß ein militärischer Gegenangriff Afrikas auf Südafrika unter diesen Umständen möglich ist. Die bürgerliche Pressemeute zetert. Sie fürchtet die Einheit Afrikas. Die südafrikanische Aggression muß zurückgeschlagen werden! Ein solcher militärischer Gegenangriff gegen die südafrikanische Aggression wäre nichts anderes als ein nationaler Befreiungskrieg ganz Afrikas gegen dies verhaßte Rassistenregime, das einen Teil afrikanischen Territoriums besetzt hält, das azanische Brudervolk unterjocht und jetzt sogar gegen Angola Aggressionen durchführt, dessen Existenz den beiden Supermächten ständig die Einmischung in Afrika ermöglicht.

Die Außenministerkonferenz und die Gipfelkonferenz der OAU Anfang Januar sollen der Organisierung des Kampfes gegen die südafrikanische Aggression, der Beendigung der ausländischen Einmischung in Angola, der Herstellung der nationalen Einheit in Angola dienen. Die Kräfte der Spaltung und Aggression, vor allem die beiden Supermächte, haben die jetzige komplizierte Lage geschaffen, um im Trüben fischen zu können. Sie werden ihre Anstrengungen verstärken. Das Wasser beginnt sich jedoch zu klären, die Machenschaften werden durchsichtig. Der OAU-Gipfelkonferenz deshalb viel Erfolg! – **(hjh)**

Gespräch mit Soldaten

Von Ruhe in der Armee kann keine Rede sein

Die Bundeswehrsoldaten seien gerade beängstigend brav, hat kürzlich der Wehrbeauftragte Berkhahn geäußert. Der "Spiegel" berichtete über die "Zuflucht Bundeswehr", und in der "Frankfurter Allgemeinen" wird der Militärberichterstatter Weinstein nicht müde, alle paar Wochen über die rundum gesunde Bundeswehr zu jubilieren, wobei er seinem Bourgeois-Publikum zu verstehen gibt, eine so gute Armee hätte man seit 1945 nicht mehr gehabt. Die KVZ ist der Frage nachgegangen und hat sie dort untersucht, wo sie untersucht werden muß, nämlich unten in der Armee, bei den Soldaten. Über die gegenwärtige Lage in der Armee führten wir ein längeres Gespräch mit Mitgliedern und Freunden des Koblenzer Soldaten- und Reservistenkomitees, aus dem wir im folgenden wichtige Auszüge veröffentlichen.

Die Soldaten, mit denen wir sprachen, sind Wehrpflichtige (W 15) aus Pioniereinheiten, aus einem Instandsetzungsbataillon, aus einer Stabs- und Versorgungskompanie.

An dem Gespräch haben weiter teilgenommen zwei Reservisten aus Artillerie- bzw. Panzereinheiten. In Koblenz liegt eine der größten Garnisonen der Bundeswehr, etwa 16 000 Soldaten vom 3. Korps mit der 5. Panzerdivision und Territorialtruppen. Das Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz besteht seit etwa einem halben Jahr und gibt monatlich eine eigene Zeitung, die Koblenzer Militärzeitung, heraus.

Zur Erklärung des Wehrbeauftragten, die Soldaten seien „braver" geworden, äußerte sich ein Pionier:

„Von der Anzahl der Disziplinarstrafen her, die ausgesprochen werden, kann man eigentlich nicht von Ruhe sprechen. Im Gegenteil, in der letzten Zeit ist es verstärkt vorgekommen, daß Leute zivil bestraft worden sind, also mit 11 Monaten Gefängnis, 18 Monaten usw. Wie unser Kompaniechef so sagte: Es soll wieder etwas straffer zugehen. Wobei sich diese Bestrafungen bei uns bisher nicht auf politischem Gebiet bewegt haben, sondern immer wegen unerlaubter Abwesenheit oder sonstigen Sachen."

KVZ: Ist das eine neuere Entwicklung, daß häufiger Zivilstrafen verhängt werden?

„Soweit mir bekannt, ist es in den letzten vier bis fünf Monaten so gelaufen, daß die Sachen nach dem dritten Mal schon an den Staatsanwalt abgegeben werden, während bisher man sieben bis acht Mal von der Kompanie mit Geldstrafen und Bau bestraft wurde. Der Wehrbeauftragte kann da leicht äußern, daß Ruhe da ist, weil diese Zivilsachen nicht an die Öffentlichkeit kommen. Es ist sogar sehr selten, daß wir das als Kameraden erfahren, wenn einer bestraft worden ist."



Koblenzer Militär Zeitung

Aus dem Inhalt:
- Soldaten gegen § 218 - für Volksentscheid
- 20 Jahre Bundeswehr 1. Teil
- Berichte aus der Gneisenau-, Falckenstein-, Rhein- und Pionierkaserne
- Zuschrift aus der Falckensteinkaserne
- Angola und die BW
- Jugendarbeitslosigkeit - ein Segen für die Bw

Nr. 6/7 75 Herausgeber: Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz

Pionierkaserne Metternich:

SCHMIERENKOMÖDIE IN DER 850

- Ein Soldat bei Gegenüberstellung herausgegriffen
- Einschüchterung ist der Zweck

Die sechs Soldaten, die der Militärische Abschirmdienst nach langer Wühlarbeit, als Teilnehmer der Demonstration am 21. September in Bonn gegen den §218 herausgefunden hatte, wurden am Do., den 6.11. morgens in der Pionierkaserne versammelt. Alle im kleinen Dienstanzug, den sie auch bei der Demonstration getragen hatten. Jedem waren zwei Mannschaftsdienstgrade als Begleitung mitgegeben worden, die ebenfalls den kleinen Dienstanzug tragen mußten.
Im U-Raum 2 wurden sie vom Bataillonskommandeur des sPiBtl 850 Oberstleutnant Michel empfangen. Er eröffnete: " Es handelt sich hier um die Aufdeckung eines schweren Dienstvergehens, das acht Soldaten am 21. Sept. morgens auf dem Koblenzer Bahnhof begangen haben."
Worum handelt es sich?
Vor der Abfahrt des Sonderzuges am Sonntag morgen nach Bonn, versuchten zwei Feldjäger die dortigen Soldaten an der Teilnahme der Demonstration zu hindern. Da die anderen Demonstrationsteilnehmer die Soldaten in ihre Mitte nahmen, kamen die Feldjäger nicht an sie heran und ernteten für ihre Befehle: " Wir wollen die Personalien der Soldaten. Die Soldaten sind verhaftet." nur lauten Gelächter

Fortsetzung Seite 2

Gneisenau-Kaserne:
Bericht aus der 4./142

WALDKAMPF AM WOCHENENDE

Der Kp-Chef Hptm. Krupp hat vor, in der nächsten Zeit zum Major befördert zu werden. Um diesen Vorgang zu beschleunigen, greift er in letzter Zeit zu extrem säuischen Mitteln. Er betreibt in der Kompanie die reinste psychologische Kampfesführung. Er ließ einen Soldaten, der auf dem Weg zum Mittagessen ohne Kopfbedekkung (Schiffchen) ca. 30m zurückgelegt hatte, zur Vernehmung, die er vor der Kompanie ankündigte, erscheinen. Außerdem ließ er denselben Soldaten, der sich eine Badehose von einem Kameraden geliehen hatte und diese nicht umgehend zurückgegeben hatte, zur Sache vernehmen. Durch die Art und Weise wie er so aus einer Mücke einen Elefanten macht, erzeugt er in der Kp also eine allgegenwärtige Angst, die sich überall breit macht.

Fortsetzung Seite 2

-1-

NICHT ABNEHMEN LASSEN! PERS. EIGENTUM!

Mehr Zivilstrafen: Nach dem dritten Mal den Staatsanwalt

Ein anderer Pionier ergänzt ihn:

„Das ist ja nicht nur bei den Zivilstrafen so, sondern prinzipiell jede Bestrafung in der Bundeswehr, seien es jetzt „erzieherische Maßnahmen" oder Disziplinarmaßnahmen, soll nicht nach außen dringen. Bei den Aktionen, die die Bundeswehr an der Öffentlichkeit macht, die ganzen Ausstellungen „Unser Heer", „Unsere
Ausstellungen „Unser Heer", „Unsere
Marine" usw., laufen die Vorbereitungen unter unheimlichem Druck auf die Kameraden, daß sie sich da ja ordentlich zu benehmen haben. An die Öffentlichkeit dringt da ein Bild, das in der Wirklichkeit überhaupt nicht existiert.

Es gibt allerdings ziemliche Unterschiede.

Wir sind hier in Koblenz beim Heer, und ein Großteil von uns ist bei den Pionieren, also das ist die Dreck- und Rödelgattung bei der Bundeswehr, wo der Dienst unheimlich hart ist und für die Soldaten ziemliche Anstrengungen bedeutet. Das heißt, daß bei den Pionieren unheimlich viel los ist und auch der Widerstand ziemlich groß ist. Das ist bei anderen Waffengattungen anders. Ich kann berichten von anderen Leuten, die bei der Luftwaffe sind, die einen Dienst haben, lockerer können sie ihn sich überhaupt nicht mehr vorstellen. Da ist natürlich der Widerstand der Soldaten weitaus geringer."

Der Soldat aus der Stabseinheit, wo „der Druck nicht so groß ist" und „eigenmächtige Abwesenheit" seltener vorkommt, meinte: „Bei uns ist zur Zeit niemand im Bau, das ist aber reiner Zufall." Und die Berkhan'sche Behauptung von größerer Ruhe in der Bundeswehr erklärte er so:

„Das haut in dieselbe Kerbe wie wenn man sagt, die Bundeswehr wird immer beliebter, die Verpflichtungen steigen. Das muß man im Zusammenhang damit sehen, daß natürlich die Zeitsoldaten jetzt mehr unter Druck zu setzen sind, weil immer mehr die Möglichkeit sehen, solche Probleme wie Arbeitslosigkeit oder daß sie nicht übernommen werden nach der Lehre dadurch lösen zu können. In Wirklichkeit verschweigt man also die soziale Ursache dafür, warum die Bundeswehr „immer beliebter" wird, daß es eigentlich eine Grabesruhe ist. Mit der Ruhe unter den Mannschaften, das ist also nicht so, daß es Ruhe unter den Mannschaften gibt. Es ist eben so, daß man die Ruhe immer wieder erzwingen muß durch sich verschärfende disziplinare Maßnahmen."

Die Spaltung zu den Zeitsoldaten ist nicht unüberwindlich

Die Frage nach dem Verhalten der Zeitsoldaten und speziell der Unteroffiziere wurde dann weiterverfolgt.

Einer der Reservisten berichtete:

„Früher war es bei uns häufig so, daß wenn die Geschützstaffel mit dem Panzer rausgezogen ist, daß der Panzerkommandant, das war ein Unteroffizier, daß der gesagt hat: Kommt Leute, wir geben jetzt unsere Meldung an die Feuerleitstelle weiter wie die Vorschrift ist, und ansonsten, da machen wir Pause. Und das war nur möglich, weil damals viele Unteroffiziere selber Wehrpflichtige waren, und die hatten wenig Interesse daran, Druck zu geben. Bei der Grundausbildung ist es auch vorgekommen, daß mein Gruppenführer, wenn wir Übung hatten, „tiefste Gangart im Gelände", und der Zugführer nicht da war, daß er gesagt hat: Gut, Leute, jetzt legen wir uns ins Gebüsch, einer schiebt Wache; wenn dann der Zugführer, der Leutnant, kommt, dann machen wir so, als würden wir was machen. Das gab es damals ziemlich oft."

Auch heute könne man nicht von einer unüberwindlichen Spaltung zwischen Z-lern und Mannschaften sprechen, meint ein Soldat:

„Bei uns im Zug sind über die Hälfte Z-ler, ich bin in der Instandsetzung. Bei uns ist es lockerer, unwahrscheinlich lockerer gegenüber denen, obwohl es gegenüber der Luftwaffe auch noch wieder Scheiße ist.

Zwischen den Z-lern, die Mannschaftsdienstgrade sind, und den Wehrpflichtigen ist eine Einheit da. Es wirkt sich halt oft so aus, daß wir langsam oder gar nichts schaffen. Das ist ziemlich breit. Immer kommt ein Unteroffizier: Nun, jetzt tu mal was! Oder sie befehlen was und man sagt Nein und macht es nicht. Und da sind immer ein paar dabei, und da findet man Unterstützung.

Bei uns speziell fühlen sich alle noch als Arbeiter. Bei uns sind alles Maschinenschlosser, Kfz-Mechaniker, arbeiten da voll wie sie draußen im Beruf arbeiten. Das ist praktisch für die nichts anderes, bloß der Druck ist halt noch größer da, indem da 10 Unteroffiziere jeden Furzer befehlen können. Und die sagen den Unteroffizieren halt: Du bist ein Arschloch, du blickst nicht durch. Das macht man anders, so geht's schon.

Von daher werden die Gruppenführer halt oft übergangen und haben halt nicht soviel zu sagen und haben halt nicht die Position, die sie eigentlich haben sollten. Das ist so."

Viele Unteroffiziere haben die Armee satt

Ein Pionier ergänzt ihn und berichtet, daß auch bei den Unteroffizieren unter den Z-lern die Liebe zur Bundeswehr nicht groß ist:

„Die Unteroffiziere, die bei uns in der nächsten Zeit entlassen werden, die haben alle 'nen Meter. D.h. für die letzten 150 Tage kauft man sich so ein Maßband von 150 Zentimetern, und bei jedem Tag schneidet man einen ab. Das ist so ein Reservistenklüngel. Unter den Mannschaftsdienstgraden hat jeder einen Meter, das ist ein ungeschriebenes Gesetz bei der Bundeswehr. An sich sind die auch verboten.

Da waren wir nun im Unterricht, die ganze Mannschaft und vorne der Kompaniechef. Und während des Unterrichts durch den Kompaniechef zieht der eine Unteroffizier sein Meter raus und fängt an, sein Meter zu schwingen. Man muß sich vorstellen: als Unteroffizier! Mannschaftsdienstgrade machen das beim Unterricht sowieso immer. Wenn der Kompaniechef dich anfrägt, dann ziehst du einfach dein Meter raus, um ihm zu zeigen: Du kannst mich mal am Arsch lecken."

Kampf gegen § 218 in der Kaserne

In der Bundeswehr gibt es aber nicht nur spontane Rebellion gegen Kasernenunterdrückung und Schikane. Soldaten nehmen teil an den Klassenkämpfen und treten ein gegen die politische Reaktion. Das Soldaten- und Reservistenkomitee hat den Kampf gegen den § 218 zu seiner Sache gemacht und zur Teilnahme an der Demonstration in Bonn am 21. September aufgerufen, an der etwa 200 Soldaten in Uniform teilnahmen, aus Koblenz etwa 10. Mit Disziplinarstrafen gegen einige Soldaten und mit Anklagen wegen Meuterei und Zersetzung der Bundeswehr hat die Bundeswehrführung reagiert.

Ein Pionier sah die Lage in seiner Kompanie skeptisch:

„Aus unserer Kompanie war keiner auf der Demonstration. Bei mir haben sie es wahrscheinlich gerochen und haben kurzfristig Bereitschaft gegeben, so daß ich nicht konnte. Erreicht habe ich in der Verfügungsstunde Vertrauensmann und in der aktuellen Information, daß wir die Demonstration gegen den § 218 und die Disziplinarstrafen diskutierten. Das Problem lag nicht bei der Frage, ob das richtig ist, in Uniform zu demonstrieren, sondern beim § 218. Da standen sie in meiner Kompanie nicht hinter der Forderung, weswegen sie natürlich auch kein großes Verständnis für die Demonstration hatten."

In der Grundausbildung, da waren 80 Prozent Abiturienten da, da habe ich mit Leichtigkeit zwei Drittel Unterschriften bei mir im Zug gesammelt. Und jetzt hier, da sind sehr wenig Abiturienten, da ist es sehr, sehr schwierig, Unterschriften zu sammeln. Ich hab's bei mir im Zimmer versucht, ich hab' bis jetzt noch keine einzige bekommen."

Ist das bei den anderen auch so?

„Ich kann das nicht bestätigen. Ich bin im gleichen Bataillon in einer anderen Kompanie. Es ist zwar nicht gelungen, die Mehrheit dafür zu gewinnen. Es hat aber jetzt ein Drittel unterschrieben. Vor der Demonstration hab' ich es mit den Leuten diskutiert, daß es richtig ist, dahin zu gehen. Wir haben z.B. bei uns in der Stube ein Plakat aufgehängt gegen den § 218, das auch relativ lange gehangen hat. Die Sache war also halbwegs bekannt. Die Demonstrationsbeteiligung war besonders erfolgreich, weil die Sache mit dem § 218 bekannter geworden ist. Das war die Grundlage dafür, daß man mit den Leuten wesentlich besser hat diskutieren können. Am Anfang haben sie das getrennt und gesagt: Okay, auf der einen Seite § 218, auf der anderen Seite deine Bestrafung, das ist das andere Problem.

Die Leute sind nun dadurch alle betroffen, daß ich Vertrauensmann bin von der Kompanie. Die Mannschaften gehen davon aus: Der Vertrauens-
gehen davon aus: Der Vertrauens-
mann ist ihr Sprecher und ist nicht Vermittler zwischen Offizier und Mannschaften, also sie gehen nicht von der Funktion aus, die er laut Soldatengesetz hat. Man kann sagen, daß die Leute das schon begreifen, wenn ein Schlag gegen mich geführt wird, dann ist das auch ein Schlag gegen sie. Das ist ziemlich leicht begreiflich zu machen dadurch: Ich bin gewählt von den Mannschaften und werde von irgendjemand anderem abgesetzt. Das wird in jedem Fall als Unrecht begriffen, wo sich die Leute dann dagegen wehren. Im Moment sieht es so aus, daß die Hauptseite der Bewegung gegen meine Absetzung geht, die Ursache dafür geht mal zeitweise in den Hintergrund, der Hauptwiderstand geht also jetzt gegen meine Absetzung als Vertrauensmann und nicht gegen den § 218.

Wir haben es aber immer so begriffen, daß es in unserer ganzen Arbeit darum geht, den Meinungskampf gegen den § 218 weiterzuführen, und daß unsere einzige Möglichkeit ist, breite Solidarität zustandezubringen gegen unsere Bestrafung.

Bei uns war der Kompaniechef gezwungen, den § 218 in der Truppeninformation zu besprechen. Und der ist da offen für den § 218 aufgetreten. Insofern gelang es ganz gut, den Nachweis zu führen, daß es eine politische Bestrafung war und nicht einfach von so einem komischen Paragrafen vom Soldatengesetz hergekommen ist."

Welchen Ausdruck hat die Unterstützung durch die Soldaten gefunden?

„Wir haben eine Unterschriftensammlung gemacht bei uns gegen die Disziplinierung. Zwei Drittel von der Kompanie haben das unterschrieben, und das können im Prinzip noch mehr werden, weil man noch nicht alle erreicht hat. Die Unterstützung war ziemlich groß. Mir haben sie dann die Disziplinierung bekanntgegeben, kurz bevor wir ins Manöver gefahren sind, wo es für mich ziemlich schwer war, die Leute nochmal zusammenzufassen. In den knapp zwei Wochen hat dann organisiert nichts gemacht werden können. Jetzt haben wir uns vorgenommen, eine Mannschaftsversammlung zu machen. Dienstag ist eine Koblenzer Militärzeitung verteilt worden, wo nochmal auf die Mannschaftsversammlung hingewiesen wurde und daß da eine Resolution verabschiedet werden würde. Die Kompanieführung hat die Mannschaftsversammlung abgewiegelt. Stattdessen wird morgen eine Diskussion darum laufen, warum ich abgesetzt worden bin.

Der Kompaniechef und ich werden da nochmal die Möglichkeit haben, darüber unsere Meinung zu sagen. Es geht jetzt natürlich darum, die Sache zu nutzen. Die Schwierigkeit ist, daß ich nächsten Freitag aus der Bundeswehr entlassen werde. Deswegen haben sie die Sache auch möglichst weit verzögert. Bei uns gibt es verschiedene Meinungen, wie man dem begegnen kann. Einzelne sind der Meinung, daß man die nächste Wahl zum Vertrauensmann boykottieren soll. Es gibt Bestrebungen, alle Namen durchzustreichen und meinen Namen hinzuschreiben. Wir haben das jetzt aber anders diskutiert, und das ist auch meine Meinung, daß es richtig ist, jetzt eben einen Vertrauensmann zu wählen, der die gleiche Einstellung zu seinen Aufgaben hat wie ich das gehabt habe und daß man das auf der Grundlage eines Programms macht, auf das sich dann die Kandidaten stellen sollten."

KVZ: Könnte man auf so ein Programm die Forderung "Weg mit dem § 218" schon mit draufnehmen?

„Ich schätz' das nicht so ein."

KVZ: Haben Z-ler unterschrieben gegen den § 218?

„Aber extrem wenig. Bei der Unterschriftensammlung war das so, daß da einige gesagt haben: Okay, das ist vielleicht nicht alles so verkehrt. Manche haben auch gesagt: Das ist richtig. Aber sie haben dann nicht unterschrieben, eben aus Angst vor dem Druck. Genau das gleiche war mit der Unterschriftensammlung jetzt zum Vertrauensmann, daß viele eben sagen: Gut, das geht uns nichts an, Unteroffiziere oder Unteroffiziersanwärter und die stellen sich aus Angst vor dem Druck nicht offen auf die Seite der Mannschaften."

KVZ: Aber sie stellen sich auch nicht dagegen, halten sich neutral?

„Auf jeden Fall kann man das sagen bei den Unteroffizieren ohne Portepee, da ist das anders als bei solchen mit. So ab Feldwebel sind das meist Leute, die sich für 8 oder 12 Jahre verkauft haben; die treten dann relativ offen gegenüber den Leuten auf und versuchen die Bewegung zu kriminalisieren und treten auch dagegen auf. Die machen das deswegen, erstens, weil sie es befohlen gekriegt haben. Sie würden es aber vermutlich auch so machen, nur nicht so bewußt."

Der Soldat von der Instandsetzungseinheit berichtet:

„Beim Mittagsantreten, da hat der Spieß erzählt, daß der Chef jeden Tag Briefe kriegen würde von allen möglichen Leuten wegen § 218 und daß das eigentlich nur von Kommunisten gelenkt wär' und daß wir in der Kompanie auch einen hätten und daß da immer so eine Zeitung kommen würde und daß er die Leute zwar nicht zwingen könnte, die Zeitung abzugeben, aber daß sie sie doch ihm bringen sollten, wenn sie eine kriegen. Na ja, die Leute, die haben nichts gesagt, aber ich verteil' ihnen weiter die Koblenzer Militärzeitung, und die geben's nicht dem Spieß und sagen: Laß ihn schwätzen.

Aus dem Offizierskasino hab' ich erfahren, daß mein Kompaniechef, wenn er Briefe kriegt, Solidaritätsadressen, daß er die mitnimmt zum Essen und dann meint er, er hat wieder Feldpost gekriegt, und liest vor. Und da soll der Bataillonskommandeur mal folgenden Spruch losgelassen haben: Die jungen Leute mögen ja recht haben, aber nicht in Uniform."

Fortsetzung des Gesprächs auf Seite 11, der regelmäßigen Militärseite in der Kommunistischen Volkszeitung, u.a. zu dem Thema: Politische Agitation in der Kaserne, Ausrichtung der Bundeswehr, Vaterlandsverteidigung und Einsatz beim Manöver.

IGM-Tarifauseinandersetzung

Den Kampf gegen die Verelendung aufnehmen!

Kirchner, Präsident von Gesamtmetall hat gefordert, daß die Lohnerhöhungen auf keinen Fall 2 % überschreiten dürfen, weil sonst die Industrie zu stark belastet werde. Wie stark die Arbeiterhaushalte dadurch belastet würden, hat er nicht gefragt. Das kann man auch nicht verlangen, er ist Kapitalist und für ihn gilt nur der Profit.

Die Tarifkommission der IG Metall hat die Forderung um 8 % aufgestellt. Das 2 % Angebot ist Reaktion auf die Forderungen. Eine solche Provokation anzubieten, konnte Kirchner sich nur erlauben, weil der Kapitalist den spalterischen Charakter der Forderung erkannt hat, er konnte so darauf setzen, daß unter dieser Forderung kein einheitlicher Lohnkampf geführt werden kann. Wie es von einem Kapitalisten nicht anders zu erwarten ist, nutzte er eine schwache Stelle in den Reihen der Metallarbeiter, aufgerissen durch den Hauptvorstand der IGM. Das Manöver des Hauptvorstandes und der Vorstoß von Gesamtmetall hat zu recht eine Protestwelle in der IG Metall und in den Metallbetrieben hervorgerufen. Vielfach wird gefordert, daß die Forderung wieder verschwinden muß, oder daß zusätzlich ein Mindestforderung in Mark und Pfennig aufgestellt werden muß.

Dieser Protest zeigt, daß die Führung der IGM sich schwer tut mit ihrer Forderung durchzukommen. Sie hat sich darauf auch schon vorbereitet. Der Hauptvorstand hat seinen Bezirksleitern auf der Klausurtagung mitgeteilt, daß jede Forderung, die über dem 8,5 % Volumen liegt, annuliert wird, daß die Bezirke dann keine Unterstützung durch den Hauptvorstand erhalten. In der Kriminalistik und im bürgerlichen Strafrecht nennt man so einen Vorgang Erpressung. Aber der Hauptvorstand fällt nicht unter das Strafrecht, wenn er so vorgeht, er hat das satzungsmäßige Recht dazu.

Dieses Vorgehen der Sozialdemokraten im Hauptvorstand zeigt mit aller Deutlichkeit, wie wild sie entschlossen sind, den Kurs der Auffütterung der Kapitalisten durch sozialdemokratische Lohnpolitik fortzusetzen.

Will man in dieser Lage den Weg in die Niederlage abwenden, so muß man überlegen, was zu tun ist angesichts einer vom Hauptvorstand mit aller Macht durchgedrückten Forderung, welche die Metallarbeiter direkt spaltet in eine große Masse, die weiterem Reallohnabbau und damit drückendem Elend preisgegeben werden und höherbezahlten Facharbeitern, denen die Forderung hilft, ihren Reallohn etwa zu halten.

8,4 % der Arbeiterhaushalte, das sind insgesamt 2,2 Millionen Menschen, lagen 1974 schon unterhalb der Bedarfssätze der Sozialhilfe. Der Anteil dürfte sich im Krisenjahr 1975 eher noch gesteigert haben. Natürlich finden die Kapitalisten daran großen Gefallen: Erstens bringt es ihnen zusätzlichen Profit. Zweitens bringt es eine bedeutende Schwächung der Arbeiterbewegung insgesamt, wenn ein Teil der Klasse ins Elend gedrückt wird.

Der Hauptvorstand der IG Metall spielt diesen Kapitalistenplänen mit seiner spaltenden 8 Prozent Forderung direkt in die Hände und entwaffnet die Arbeiterbewegung. Wir unterstützen dieser Politik gegenüber die breite Strömung für eine Festgeldforderung bzw. für einen Mindestbetrag. Auch nach Aufstellung der spaltenden 8 Prozent Forderung und dem Spruch der Tarifkommission muß in dieser Richtung die Lösung gesucht werden.

Was ist also zu tun? Unbedingt muß verhindert werden, daß ein wachsender Teil der Arbeiterklasse der blanken Willkür der Kapitalisten und den staatlichen Wohlfahrtsämtern ausgeliefert wird. Ein Mittel der Gegenwehr ist von vielen Gewerkschaftstagen immer wieder beschlossen worden: die Streichung der unteren Lohngruppen 1 bis 3. Diese Forderung gewinnt wachsende aktuelle Bedeutung, nicht nur weil sie den gedrücktesten Teil der Arbeiterklasse hebt, sondern auch weil sie den Kapitalisten den Spielraum für alle möglichen Manöver mit Umsetzungen und niedrigeren Eingruppierungen einengt. Sie kann in dieser Tarifrunde erhoben und bekräftigt werden. Unbestreitbar steht der Wille der Mitgliedschaft dahinter. Und sie ist geeignet, dem Hauptvorstand den eingeschlagenen Weg zur Kapitulation vor den Kapitalisten und in einem demütigenden Abschluß von Kirchners Gnaden zu versperren.

Proteste gegen 8 Prozent-Forderung der IGM

Köln. Als die Kollegen von der Schleppermontage in Köln von Klöckner-Humboldt-Deutz die Forderungen der Großen Tarifkommission der IG Metall für Nordrhein-Westfalen hörten, sammelten sie spontan Unterschriften für einen Brief an die Tarifkommission. 64 Kollegen unterschrieben. Eine Woche vorher hatten die Kollegen mit großer Mehrheit eine Forderung von 140 DM an die Tarifkommission geschickt. In dem jetzigen Brief stellten sie fest, daß die 8-Prozent-Forderung nicht ausreicht, um die steigenden Verteuerungen und finanzielle Mehrbelastung aufzufangen. Bei den unteren Lohngruppen würde die 8-Prozent-Forderung Lohnabbau bedeuten

Heidelberg. Bei den Firmen Harvester und Teldix wurden auf den letzten Betriebsversammlungen die 8,3 % der baden-württembergischen Tarifkommission unter dem Beifall der Belegschaft scharf kritisiert. In beiden Betrieben waren zahlreiche Unterschriften für eine 140 DM Forderung gesammelt worden. Bei Teldix hatte der Vertrauensleutekörper die Forderung übernommen.

Berichtigung

In der letzten KVZ Seite 5 war das Ergebnis bei der Abstimmung der Tarifkommission für das Gebiet Unterweser mit 17 zu 15 angegeben worden. **Richtig muß es heißen: 77 zu 15.**

VW-Wolfsburg

Schmücker musste zurückweichen

Wolfsburg. Am letzten Donnerstag fand im Volkswagenwerk Wolfsburg eine Betriebsversammlung statt. Hauptthema der Debatte waren die kommenden Tarifauseinandersetzungen. Der Vorstandsvorsitzende Schmücker versuchte in seiner Rede erneut die Arbeiter und Angestellten für seine Pläne zu gewinnen. Im Jahr 1976 käme es darauf an, alles zu tun, die Kosten weiter zu senken. Sonst könne die Aufwärtsentwicklung des VW-Konzerns abbrechen. Das würde eine neue Gefahr für die Arbeitsplätze bedeuten. Bereits bei seiner Rede zeigte sich, daß es Schmücker nicht mehr so einfach gelingt, die Arbeiter zu beschwatzen, Angriffe auf den Lohn hinzunehmen. Trotz dauernder Danksagungen für die Belegschaft für ihren Einsatz bekam er keinen Beifall.

Die Arbeiter sprachen sich für den Kampf für den Erhalt des Reallohns aus. Gleich der erste Kollege sagte, daß man so einen *"Scherz von Lohnerhöhung"* wie im letzten Jahr nicht wieder hinnehmen könne (5,5 Prozent). *"Diese Lohnerhöhung hat sich der Vorstand leicht zurückgeholt. Bei mir betrug die Erhöhung der Miete der Werkswohnungen mehr als die Lohnerhöhung."* Ein zweiter Kollege sagte, daß man nicht mehr darauf reinfallen dürfe, daß die Löhne die Preise der VW's in die Höhe treiben würden. VW hat in den letzten zwei Jahren siebenmal die Preise erhöht. Es gab aber nur zwei Lohnerhöhungen.

Dann enthüllten zwei Kollegen anhand des Schmücker-Interviews in der DGB-Zeitung "Welt der Arbeit" (siehe KVZ Nr. 49), wie Schmücker vorhat, den Tariflohn abzubauen, den Haustarif zu senken, und legten dar, daß es überhaupt keinen Grund gibt, sich das Fell über die Ohren ziehen zu lassen.

Schmücker wich zurück und verleugnete sein eigenes Interview. Er erklärte, er habe nicht gesagt, daß der VW-Lohn um zwei bis drei Prozent runter müsse, sondern nur den VW-Lohn mit Löhnen bei anderen Automobilfirmen verglichen.

Dann beschwor Schmücker die Belegschaft, keinen Graben ziehen zu lassen zwischen Vorstand und Belegschaft.

Anders als die Kollegen sah Walter Kaufmann, der 1. Bevollmächtigte der IG Metall, die Tarifverhandlungen. Die IG Metall werde wie immer eine Forderung "mit Verantwortungsbewußtsein und Augenmaß" aufstellen. Weiter ging sogar noch der Versammlungsleiter. Er bezeichnete einen Redner, der gesagt hatte, wir müssen für die Sicherung des Reallohns kämpfen, als verantwortungslosen Utopisten. Der Kollege hatte dargelegt, daß eine Lohnerhöhung von 150 DM gerade dazu ausreichen würde, den Reallohn zu sichern. – (h., Betriebszelle VW)

Streik bei VW Lagos

Lagos. Die Arbeiter des VW-Werkes in der Hauptstadt Nigerias sind in einen unbefristeten Streik getreten. Die Betriebsleitung hat die Forderungen der 1200 Beschäftigten nach Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen abgelehnt. Gefordert wird ebenfalls die Ablösung leitender Angestellter.

50 DM-Forderung kritisiert

Jugendversammlung bei Daimler-Benz Mannheim

Mannheim. *"50 Mark sind zu wenig, selbst bei voller Durchsetzung werden die gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht aufgefangen. Bei einer solchen Forderung kommen wir wieder zu einem Abschluß wie in der letzten Tarifrunde, der zwischen 26 und 35 Mark brutto lag. Deswegen hatten ja auch die jugendlichen Vertrauensleute einstimmig nach Diskussion mit den Jugendlichen die Forderung 100 Mark mehr für alle Lehrlinge aufgestellt."* Das erklärte Jugendvertreter Ilbig in der letzten Jugendversammlung bei Daimler-Benz Mannheim am 17. Dezember. Er brachte eine Resolution ein, in der die Tarifkommission wegen ihrer aufgestellten 50-DM-Forderung kritisiert wurde.

Sofort wurde der Kollege von dem Betriebsrat Feuerstein, der Mitglied in der Tarifkommission ist, und dem Vorsitzenden der Jugendvertretung und SPD-Jungkarrieristen Liebitz angegriffen. Die Sache sei gelaufen. Man müsse die gewerkschaftliche Hierarchie anerkennen. Die Große Tarifkommission habe nun einmal beschlossen, da sei nun nichts mehr zu ändern. "Die Kollegen sollen durch die Resolution nur verunsichert werden." Mit solcher Argumentation versuchten sie das Aufstellen der Forderung so hinzustellen, als wäre es gar nicht möglich, daran Kritik zu üben. Als sich Jugendvertreter Ilbig nochmal zu Wort meldete, wurde er "übersehen" und die Abstimmung über die Resolution schnell durchgezogen. Mit 33 Ja- und etwa 50 bis 60 Nein-Stimmen wurde die Resolution abgelehnt. Nach der Jugendversammlung meinten Kollegen: *"Was ist denn das für ein Betriebsrat, der jegliche Kritik verhindern will?" "Die wollen uns wie im letzten Jahr reinlegen." "Wir haben gesehen, wer unsere Interessen vertritt und wer nicht."*

(Benz-Zelle Mannheim)



"Hände weg von den Arbeitsplätzen bei VFW" forderten die VFW-Kollegen auf der Demonstration am 12.12.

VFW-Speyer:

Demontage nicht zugelassen

Speyer. Die VFW-Geschäftsleitung plant, Vorrichtungen in Speyer abzubauen. Das soll der erste Schritt zur Stillegung sein. Die Belegschaft hat dagegen mit Streiks und Demonstrationen den Widerstand organisiert.

Am vergangenen Donnerstag, 18. Dezember, erschienen am Werkstor in Speyer vier Kollegen aus Bremen. Sie sagten, daß sie hierher geschickt worden seien, um den Abbau der Vorrichtungen für das MRCA-Flugzeug vorzubereiten. Daraufhin hat die Torwache sofort den Betriebsrat verständigt, weil es sich nämlich um die Maschinen handelt, die die Belegschaft auf keinen Fall von Speyer abtransportieren lassen will.

Der Betriebsrat eilte sofort zum Tor, um die Kollegen entsprechend zu empfangen. Ihnen wurde vom Betriebsrat klargemacht, daß sie das Betriebsgelände auf keinen Fall betreten könnten, da „sonst der Betriebsfriede nicht mehr gewährleistet sei". Die Kollegen zogen ohne weitere Diskussion wieder ab. Auch für den Fall, daß zwischen Weihnachten und Neujahr ein Versuch unternommen werden soll, die MRCA-Vorrichtungen abzutransportieren, sind die Speyerer VFW-ler gerüstet. – (k., Ortsgruppe Speyer)

„Redet wie ein Kapitalist"

Benz-Kollegen nach dem Auftritt von Bundeskanzler Schmidt

Mannheim. Nachdem ein Kollege nach der letzten Betriebsversammlung bei Daimler-Benz Mannheim den Bundeskanzler Schmidt durch mehrere Fragen in arge Schwierigkeiten gebracht hatte (wir berichteten in der letzten KVZ darüber), gab es überall im Betrieb die ganze letzte Woche Diskussionen.

Als am nächsten Morgen der "Mannheimer Morgen" aufgeschlagen wurde, entstand große Verärgerung unter den Kollegen, als sie einen Artikel zur Betriebsversammlung lasen. Was stand drin?

Schlecht macht es sich für einen Bundeskanzler, wenn in der Zeitung zu lesen ist, daß er vor 8000 Benz-Arbeitern in seinem Schlußwort auf die kritischen Fragen eines Kollegen nur noch herumlavieren konnte. Besser hört sich da an: "Dem Bundeskanzler dankte übrigens auch ein Türke dafür, daß er und seine Landsleute hier noch gesicherte Arbeitsplätze hätten. Danach ging der Türke auf den Bundeskanzler zu, drückte ihm die Hand und winkte dem Werbefotografen zu." (Mannheimer Morgen, 17. Dezember)

"Da sieht man es wieder, die schreiben wie sie es brauchen", meinten viele Kollegen. *"Das mit dem Ausländer bringen sie, die Kritik am Bundeskanzler lassen sie weg. Die schaffen doch alle zusammen."*

Ein Kollege fragte: *"Ich möchte mal wissen, wie sie den gekauft haben, daß der sowas macht?"* Ein anderer Kollege berichtete dazu: *"Als unser Abteilungsleiter vorbeikam, fragte ich ihn: 'Sag mal, den Ausländer habt ihr hochgeschickt?' Sonst ist der Betriebsrat ja immer zu kleinen Schwätzchen bereit, diesmal aber drehte er sich mit rotem Kopf um und ging wortlos weiter."* So wird es sicher mehreren Betriebsräten gegangen sein.

Hatten sich die Kollegen anfangs einfach darüber gefreut, daß *"es der Schmidt endlich einmal gesagt gekriegt hat"*, so gingen dann die Diskussionen weiter. Oft war von Kollegen zu hören: *"Wenn einer von den Schwarzen, der Kohl oder der Strauß, aufs Rednerpult gegangen wäre und hätte das gesagt, was Schmidt sagte ('Wir werden an der Steuerschraube drehen'), dann wäre nicht bloß gemurrt worden, der wäre runtergeholt worden!"*

"Der Schmidt hat ja genauso geredet wie ein Kapitalist. Na ja, der wird selber drinhocken mit Aktien und so Zeug." Ich habe den Kollegen in der Diskussion gesagt, daß man daran sieht, wie nützlich den Kapitalisten ein Kanzler einer Partei ist, die bei den Arbeitern noch ein gewisses Vertrauen besitzt. Nur ein SPD-Kanzler kann gegenwärtig die Ausplünderungspolitik gegen die Volksmassen durchsetzen. Die Kollegen meinten: *"Das stimmt, aber wen sollen wir denn wählen? Den Schwarzen kann man die Stimme auch nicht geben."*

So kamen wir in der Diskussion zwangsläufig auf den Kommunismus und daß die Arbeiter die kapitalistischen Verhältnisse insgesamt abschaffen müssen. Auf jeden Fall hat der Auftritt des Bundeskanzlers vielen Kollegen die Augen geöffnet, was sich hinter den Sprüchen der SPD versteckt, daß sie nämlich genauso für die Kapitalisten schaffen wie die "Schwarzen". Sicher werden die meisten Kollegen in unserem Betrieb noch wieder die SPD wählen, aber in dem Vertrauen zur SPD und ihrer Politik ist ein tiefer Riß entstanden. – (Benz-Zelle Mannheim)

ELES-Streik gegen den Willen der Streikenden beendet

Das Ergebnis unterläuft die Tarifverträge

Wiesbaden. Der Streik der Arbeiter und Angestellten bei Eles ist beendet. Der hartnäckig geführte Streik hat den Textilkapitalisten Szor dazu gezwungen, die Tarifverträge der Gewerkschaft im Grundsatz anzuerkennen. Anerkennen mußte der Eles-Kapitalist die Lohn- und Gehaltstarifverträge der Gewerkschaft Textil und Bekleidung, sowie Teile des Manteltarifvertrages.

Die Anerkennung der Tariffähigkeit der Gewerkschaft durch den Kapitalisten ist notwendig, um der Willkür des Kapitalisten einen Riegel vorzuschieben und um die gesamte Schlagkraft aller Arbeiter und Angestellten der Textilbranche gegenüber den Kapitalisten in dieser Branche geltend zu machen. Erst durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß konnten die Arbeiter und Angestellten ihre Kraft organisieren und den Kapitalisten Szor dazu zwingen, die Tarife der Gewerkschaft grundsätzlich anzuerkennen. Deutlich wurde in diesem Kampf, daß die Einheit und Geschlossenheit der Streikenden zur Anerkennung der Tariffähigkeit der Gewerkschaft führte und den Kapitalisten zum Rückzug zwang. Zum Hindernis für einen erfolgreichen Kampf wurde die Position der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Diese Politik der Klassenversöhnung, die auf einen Ausgleich mit den Kapitalisten gerichtet ist, hat die Belegschaft um die vollständige Durchsetzung der Forderungen gebracht. Diese Position der Klassenversöhnung bestimmte auch die Verhandlungskommission.

Die Verhandlungskommission hat, nachdem der Kapitalist die Tariffähigkeit der Gewerkschaft anerkennen mußte, ein Ergebnis vereinbart, das Teile der Tarifvereinbarungen der Gewerkschaft außer Kraft setzt. Die Arbeitszeitregelung wurde z.B. nicht nach dem Manteltarifvertrag geregelt, sondern es gilt die 45-Stunden-Woche.

Das Urlaubszeit- und Urlaubsgeldabkommen werden nur stufenweise innerhalb von zwei bis drei Jahren eingeführt und vermögenswirksame Leistungen sowie Schicht- und Überstundenzschläge braucht Szor nicht zu zahlen. Diese Teile der geltenden Tarifverträge wurdem mit Zustimmung der Verhandlungskommission gestrichen. Dieses Verhandlungsergebnis entsprach nicht den Forderungen und wurde von den Streikenden abgelehnt. Dieses Ergebnis unterläuft, um des Ausgleichs willen mit den Kapitalisten, die Tarifverträge der Gewerkschaft Textil, bricht eine Bresche in die tarifvertraglichen Abschlüsse und bietet dem Kapitalisten Szor die Möglichkeit, die Tarifverträge weiter auszuhöhlen, und den anderen Kapitalisten eine offene Flanke, die sie ausnutzen werden. Die politische Position der Klassenversöhnung und des Ausgleichs, die sich in dem Ergebnis zeigt, verhinderte, daß die Kollegen ihre ganze Kraft entfalten konnten.

Deutlich kam das zum Ausdruck durch das Manöver des Bezirksvorstandes. Als klar war, daß 90 Prozent der Kollegen das Verhandlungsergebnis ablehnten und weiterstreiken wollten, ist die Urabstimmung abgesetzt worden. Von der hessischen Tarifkommission ist dann der Streik gegen den Willen der Kollegen für beendet erklärt worden.

Weiter haben die SPD-Gewerkschaftsführer dem Druck und der Erpressung durch die Polizei der bürgerlichen Klasse nachgegeben. In einem Kuhhandel haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit der Polizei vereinbart, die Streikbrecher durchzulassen und dafür sollte dann keine Polizei mehr eingesetzt werden gegen die Streikenden.

Das Fazit dieses Streiks: Im gewerkschaftlichen Kampf hat die Belegschaft die Anerkennung der Tarifverträge durch den Kapitalisten erzwungen, und die Gewerkschaftsführung hat zugleich dem Kapitalisten die Möglichkeit gegeben, Teile des Tarifvertrages nicht zu erfüllen, also entscheidende Teile des Tarifvertrages für die Eles-Belegschaft selbst außer Kraft gesetzt.

Die Kollegen hatten sich in der Gewerkschaft zusammengeschlossen, ihre Forderungen gegen den Kapitalisten durchzusetzen. Die Einheit, die zum Sieg führt, gibt es nur auf dem Boden des Klassenkampfes. Auf diesem Weg des Zusammenschlusses gegen die Kapitalisten müssen die Klassenversöhnler in den eigenen Reihen geschlagen werden. – (b., Wiesbaden / Red.)

Interview mit einem Mitglied der Streikleitung von ELES

„Warum konntet Ihr keinen vollen Erfolg erzielen?"

Am 16.12. haben alle Kollegen einen Brief von der Gewerkschaft Textil und Bekleidung bekommen, in dem der Streik für beendet erklärt wurde. Was habt ihr daraufhin gemacht? Hattet ihr noch eine Versammlung danach, was wurde auf ihr besprochen?

Am 19.12. hat die Gewerkschaft eine Versammlung organisiert. Auf dieser Versammlung wurde noch einmal über das Verhandlungsergebnis diskutiert. Wir haben darüber gesprochen, was wir im Streik erreicht haben, nämlich die Tariffähigkeit der Gewerkschaft in dem Betrieb gegenüber dem Szor. Kritisiert wurde jedoch auch die Gewerkschaftsführung. Die Kollegen meinten, daß sie die Kraft gehabt hätten, den vollen Sieg gegenüber dem Szor zu erzielen. Die Gewerkschaftsführung wurde kritisiert, daß sie nach dem Verhandlungsergebnis den Streik einfach ohne Urabstimmung abgebrochen hat.

Sind die Kollegen damit einverstanden, Anfang Januar wieder in den Betrieb zu gehen?

Ich meine, daß es schlecht war, daß auf der Versammlung nicht mehr über die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb nach der Arbeitsaufnahme diskutiert wurde. So kam es dazu, daß von den 100 Streikenden nur ca. 40 wieder in den Betrieb reingehen. Der Rest hat sich die Abfindung auszahlen lassen. Viele Kollegen waren sich unschlüssig, ob sie wieder in den Betrieb gehen sollen. Die Gewerkschaftsführung hat jede Diskussion darüber abgeblockt.

Was meinst du, wie der Kampf im Betrieb jetzt weitergeführt werden muß?

Die Kollegen, die in den Betrieb gehen, müssen den Kampf gegen den Kapitalisten fortsetzen. Sie müssen den Chef zwingen, die erkämpften Forderungen auch wirklich einzuhalten. Der Szor versucht nämlich schon wieder, den ausgehandelten Vertrag zu unterlaufen. Schon wieder will er die Kollegen, die bereits am Montag die Arbeit wiederaufnehmen mußten, zur Überstundenkloppereí anhalten. Dabei arbeitet er mit den übelsten Erpressermethoden. Ein Kollege hat eine Frau mit einem kleinen Baby, die früher Heimarbeiten gemacht hat, weil sie zuhause bleiben mußte, um auf das Kind aufzupassen. Diesem Kollegen hat der Szor gedroht, daß er seiner Frau keine Heimarbeit mehr gäbe, wenn er nicht zwölf Stunden am Tag arbeiten wolle. Solchen Manövern des Kapitalisten eine Abfuhr zu erteilen, müssen die Kollegen ihre Einheit, die sie in dem Streik geformt haben, jetzt nach der Arbeitsaufnahme weiter festigen, um die erkämpften Forderungen auch wirklich durchzusetzen. Dazu gilt es jetzt, einen neuen Betriebsrat zu wählen. Ein Großteil des alten Betriebsrates ist nicht wieder in den Betrieb zurückgegangen.



Die Arbeiter von ELES streikten hartnäckig für Anerkennung der Tarifverträge

Die Gewerkschaftsführung hat gesagt, in dem Streik wurde ein voller Erfolg erzielt. Stimmt das?

Das stimmt nicht, denn nicht alle unsere Forderungen sind erfüllt worden. Ich meine, daß es nicht unsere Schwäche war, denn wir hatten die Kraft und den Willen, den Streik bis zum vollständigen Sieg über den Szor weiterzuführen.

Warum konntet ihr keinen vollen Erfolg erzielen, obwohl ihr stark wart?

Die Gewerkschaftsführung wollte nicht, daß wir weiterkämpfen. Sie hat nicht zugelassen, daß wir zur Bekräftigung unserer Forderungen während der Verhandlungen Streikketten vor dem Betrieb machen.

Nach Aussagen der Gewerkschaftsführer sei dies taktisch ungeschickt gewesen. Wir meinen aber, daß durch Streikketten mehr Druck auf die Verhandlungen ausgeübt worden wäre, und nicht in aller Ruhe das jetzige Verhandlungsergebnis ausgehandelt worden wäre.

Außerdem war die Streikleitung bei den Verhandlungen nicht mit dabei.

Manche politischen Gruppen ziehen aus dem Ergebnis von dem Streik den Schluß, daß man jetzt dagegen arbeiten muß, daß sich die Kollegen gewerkschaftlich organisieren. Was meinst Du dazu?

Ich finde das nicht richtig. Denn nur, weil wir gewerkschaftlich organisiert sind, konnten wir den Streik führen. Ohne die Streikgelder hätten wir nicht so lange streiken können. Ich denke nur, daß man die Gewerkschaftsführung kritisieren muß, daß sie den Kampf nicht richtig organisiert haben.

Nicht alle eure aufgestellten Forderungen wurden erfüllt. Wie wollt ihr jetzt die restlichen Forderungen im Betrieb durchsetzen?

Dazu ist es zum einen notwendig, sofort einen neuen Betriebsrat zu wählen. Zum anderen müssen wir den gewerkschaftlichen Organisationsgrad im Betrieb stärken und festigen. Dazu müssen wir einen Vertrauensleutekörper aufbauen. Als wichtige Aufgabe wird dieser haben, mit den Kollegen die Tarifverträge zu diskutieren und Schritte anzugehen, um die Einhaltung der erkämpften Forderungen von dem Kapitalisten zu überwachen, die restlichen Forderungen durchzusetzen sowie die nächste Tarifrunde vorzubereiten. – (m., OG Wiesbaden)

Der Streik findet breite Unterstützung in der Klinikbelegschaft

380 Sitzwachen streiken an den Göttinger Universitätskliniken gegen Lohnkürzungen / Landesregierung stellt sich "ins Abseits jeder medizinischen Verantwortung"

Göttingen. Mit einem Federstrich meinte die niedersächsische Landesregierung eine dreißigprozentige Lohnkürzung bei den studentischen Sitzwachen, die als Tagelöhner bei den Göttinger Universitätskliniken beschäftigt sind, durchführen zu können. Der Tagelohn sollte von 70 DM auf 49 DM gekürzt werden. Die Sitzwachen drohten mit Streik. Die Landesregierung versuchte sich in Konpromissen. Sie bot an, der Tagelohn solle "nur" auf 54 DM reduziert werden. Entschieden werden solle darüber aber erst im März und erst dann solle eventuell eine rückwirkende Nachzahlung stattfinden. Darüberhinaus war dieser Kompromißvorschlag an die Bedingung geknüpft, daß der "Umfang der studentischen Sitzwachen um 10 bis 13 Prozent der bisherigen Sitzwachenstundenzahl reduziert" wird. Diesen Vorschlag haben die Sitzwachen einhellig abgelehnt, und seit Montag folgten über 90 % von 400 dem Streikaufruf.

Schon am zweiten Streiktag mußte sich die niedersächsische Landesregierung mit dem Streik befassen. Dabei kam nichts Gutes heraus. Ein neues Angebot: Diesmal 57 DM. Die studentischen Sitzwachen aber beharren konsequent auf ihren Forderungen: Keine Lohnkürzung, gleiche Entlohnung aller studentischer Sitzwachen, 70 DM pro Wache.

Die Lüge der Landesregierung

Nun versuchte die Landesregierung die Streikfront mit Lügen ins Wanken zu bringen.

Erste Lüge: Die studentischen Sitzwachen an der Medizinischen Hochschule Hannover würden auch nur einen Satz von 49 DM verdienen. Ein Aufruf an der medizinischen Hochschule in Hannover genügte, und die Lüge war geplatzt. An der Medizinischen Hochschule Hannover wird ein Tagelohn von 64 DM bezahlt, also immerhin noch sieben Mark mehr als das letzte Kompromißangebot der Landesregierung für Göttingen.

Zweite Lüge: Mit 70 DM pro Woche würden die studentischen Sitzwachen auf einen höheren Stundenlohn kommen als examiniertes Pflegepersonal. Tatsächlich liegen sie im Nettostundenlohn kaum höher als ein nichtexaminierter Krankenpflegehelfer. Und als Tagelöhner haben sie keinen Anspruch auf Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Lohnfortzahlung im Krankenhausfall usw. Übers Jahr gerechnet stehen sie also schlechter da.

Ein ganz neuer Zug der Landesregierung trat zutage. Die Regierung sorgt sich mit einem Mal um das Wohl der Patienten. Im "Göttinger Tageblatt" konnte man lesen: *"Im Ministerium gehe man jetzt davon aus, daß der Streik der studentischen Sitzwachen in Göttingen unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung gegenüber den Patienten beendet werden."*

Und im Radio erklärte Staatssekretär Wiechert, die Sitzwachen würden sich mit ihren Kampfmaßnahmen *"ins Abseits jeder medizinischen Verantwortung"* stellen.

Mit diesem Äußerungen will der staatliche Dienstherr gegen jegliche Art von Kampfmaßnahmen in öffentlichen Einrichtungen des Gesundheitswesens auftreten.

Solidarität der Belegschaft

Dagegen heißt es in einer Resolution des Pflegepersonals und der Ärzteschaft, von der Neurologischen Intensivstation: *"Wenn die Landesregierung versucht, bei einem kleinen abgesonderten Teil des Personals, den studentischen Sitzwachen, Lohnkürzungen durchzuführen, dann ist es notwendig, daß die Belegschaft der Unikliniken einheitlich dagegen auftritt. Alles andere wird die Landesregierung nur ermuntern, weitere Sparmaßnahmen einzuleiten. Deshalb unterstützen wir nach unseren Möglichkeiten alle Maßnahmen der Studenten, die die Durchsetzung ihrer Forderungen einleiten."*

In die Politik der Landesregierung ist kein großes Vertrauen mehr vorhanden. Seit Jahren fehlen an den Göttinger Uniklinien über 500 Planstellen allein im Pflegebereich. Ohne Druck hat die Landesregierung nicht eine einzige bewilligt. Seit November hat sie jetzt noch zusätzlich einen Einstellungsstopp über die Kliniken verhängt. Für 1976 sollen keine Vertretungs- und Aufsichtskräfte während der Urlaubsmonate eingestellt werden. Personallücken sollen "intern ausgeglichen" werden. Mit einem Wort, der Grad der Schweißauspressung soll erhöht werden.

Gleichzeitig verrottet die gesundheitliche Versorgung mehr und mehr. Jahr für Jahr mußten während der Urlaubsmonate Zimmer und ganze Stationen geschlossen werden, weil die Landesregierung nicht genügend Mittel für Vertretungs- und Aushilfsmittel zur Verfügung stellte. Die Raumaufteilung auf den Stationen wird so gehandhabt, daß z.B. das Badezimmer des Neurologischen Intensivstation gleichzeitig als Abstellkammer für schmutzige Wäsche und Müllcontainer mit z.T. infektiösem Material dienen.

Diesen Zuständen wurde erst kürzlich mit einem Rundschreiben die Krone aufgesetzt, in dem es heißt, daß die Patientenverpflegung drastisch reduziert werden müsse. Inzwischen ist jegliche Zusatzverpflegung für die Patienten gestrichen. Wer hier "im Abseits jeder medizinischen Verantwortung" steht, liegt auf der Hand. Deshalb ist es der Landesregierung bis heute nicht gelungen, mit ihren Lügen und ihrer Heuchelei den Streik der Sitzwachen zu isolieren. Besonders bei der Klinikbelegschaft findet er Unterstützung, denn gerade sie weiß, daß auch in den Einrichtungen des Gesundheitswesens Kampfmaßnahmen ergriffen werden müssen.

Die Pflegedienstleitung sucht jetzt dem Streik die Wirkung zu nehmen, indem sie Umbesetzungen durchführt. Pflegekräfte werden von Allgemeinstationen abgezogen, um auf Intensivstationen eingesetzt zu werden. Dies ist ihr vorläufig in der Neurologischen Klinik geglückt. In der Chirurgie ist sie aber auf massiven Widerstand gestoßen. Daraufhin hat sie einen Pflegeschüler versetzt. Die ganze Schulklasse hat geantwortet: "Wir erklären dazu: Erstens. Wir unterstützen den gerechtfertigten Streik der studentischen Sitzwachen und verurteilen den Einsatz von Pflegeschülern als Streikbrecher. Zweitens. Der Fall zeigt wieder einmal beispielhaft, daß der Einsatz der Pflegeschüler (innen) in den Kliniken nicht nach dem Gesichtspunkt der Ausbildung, sondern nach dem Gesichtspunkt ihrer Ausnutzung als billige und beliebig verfügbare Arbeitskräfte erfolgt. Wir nehmen den Fall zum Anlaß, eine systematisch aufgebaute, anhand von Ausbildungsplänen zu verfolgende Ausbildung und die vollständige Herausnahme der Pflegeschüler aus dem Stellenplan der Klinik zu fordern." Die Ärzteschaft an den Unikliniken ist gespalten. Professor Scheeler hat gedroht, daß Studenten, die gestreikt haben, Schwierigkeiten bekommen werden, wenn sie wieder arbeiten wollen. Auf der anderen Seite aber äußern Klinikdirektoren, wie z.B. Professor Pfeiffer von der Chirurgischen Klinik, daß die Landesregierung die alleinige Verantwortung trage, wenn die Versorgung der Notfälle an den Göttinger Unikliniken zusammenbricht. Oberärzte haben für die Streikkasse gespendet. In der ganzen Stadt stößt der Streik auf reges Interesse. In den ersten Tagen des Streiks wurden an die 5 000 Unterschriften für die Forderungen der studentischen Sitzwachen gesammelt. Und so mancher, der selber schon in der Klinik gelegen hat, gab Geld für die Streikkasse.

Öffentlicher Dienst: Das Manöver mit den "Alternativen" ist gefährlich

Die 135 DM Festgeld müssen erst noch durchgesetzt werden

Am Mittwoch wurde es in den Betrieben des öffentlichen Dienstes bekannt. Der Hauptvorstand der ÖTV hat zwei „alternative" Vorschläge für die Forderung, die die Lohnbewegung tragen muß, herausgebracht. Mit Erleichterung konnte man aus den Nachrichten vom Donnerstag erfahren, daß die Gewerkschaften DPG und GdED sich dem angeschlossen haben.

Die DAG grummelt im Hintergrund etwas von Prozentforderungen. Zwischen 6 und 7 Prozent und so. Die Gewerkschaft der Polizei hat die Forderung 7 Prozent, aber höchstens 170 DM aufgestellt.

Die Hauptvorstände der Gewerkschaften ÖTV, DPG und GdED schlagen der Mitgliedschaft vor, die Beratungen zu konzentrieren auf die Alternative 135 DM für alle gleich oder 5 Prozent plus 45 DM. Gleichzeitig wird behauptet, diese Forderung belaufe sich auf ein Volumen von 7,5 Prozent.

Beides ist wissenschaftlich betrachtet Schwindel. Die 5 Prozent plus 45 DM sind keine "Alternative", sondern vollständig falsch. Das Volumen der Forderungen beträgt nicht 7,5 Prozent, sondern ist bedeutend niedriger. Für die 5 Prozent und 45 DM-Forderung beträgt es etwa 6,6 Prozent. Für die 135-DM-Forderung beträgt es etwa 4,7 Prozent. Das Volumen beträgt also nicht nur nicht 7,5 Prozent, sondern ist auch gar nicht gleich. Zu diesen Zahlen kommt man, wenn man die Gesamtheit des öffentlichen Dienstes einschließlich der Beamten hinzurechnet. Das hat bislang immer die Dienstherrenseite vorgeschwafelt. Von 10 Milliarden Haushaltsbelastung geredet usw.

7,5 Prozent Volumen, das trifft vielleicht zu, wenn man die Mitgliedschaft der ÖTV zur Grundlage macht, die ja bedeutend schlechter verdient als Leute wie Maihofer.

Aber selbst da bleibt unumstößlich, das Volumen der 135-DM-Forderung ist bestimmt **niedriger** als das Volumen der 5 Prozent plus 45 DM-Forderung.

Wozu diese ganzen Schwindeleien? Was soll das für einen Zweck haben? Es soll den Zweck haben, die Mitgliedschaft in die schönsten Streitereien zu verwickeln. So daß der Hauptvorstand und die Große Tarifkommission die Sorge los sind, sie könnten es mit einer geschlossenen Front zu tun haben, die diesen Sozialdemokratenseelen aus „gesellschaftspolitischen Erwägungen" nicht gelegen kommt, für die Arbeiterbewegung aber notwendig ist.

7,5 Prozent bedeuten **beide** Forderungen bei einem Bruttoeinkommen von 1 800 DM. Bei höheren Einkommen wird dann die 5 Prozent plus 45 DM-Forderung „höher", bei geringeren wird die 135-DM-Forderung günstiger.

Ausgerechnet bei 1 800 DM, vielleicht ein bißchen niedriger, liegt nach unseren Untersuchungen der Scheitelpunkt der Lohn- und Gehaltsverteilungskurve.

Dieser Scheitelpunkt ist ziemlich flach. Das heißt, zwischen 1 500 und 2 300 DM liegt ein ganz erheblicher Prozentsatz der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Mitglieder der ÖTV.

Genau dort wird mit den "Alternativen" die Spaltung gesucht. Mittenmang durch, in zwei Hälften zerlegt. Hat man je schon so etwas Perfides gehört?

Durch diesen, man muß es sagen, tückischen "Alternativenschmarren" sollen dazu noch die Belegschaften in Pfennigfuchser sich verwandeln. Die womöglich über dem Streit, für wen welche Forderung dreißig Pfennig per Arbeitstag mehr einbringt, vergessen, daß sie zusammenstehen müssen, wenn sie überhaupt was kriegen wollen. Und dann kommt der Hauptvorstand, allem Anschein nach auch noch von links, und klärt die verworrene Lage auf.

So stellt man sich das vor. Nur diesen Zweck kann verfolgt haben, wer diese Alternativen in die Diskussion gebracht hat.

Außerdem gibt der Umstand, daß für eine ganze Reihe von Einkommen die 5 Prozent plus 45 DM-Forderung dem Anschein nach höher ist, noch Raum für eine interessante Argumentation. Man kann dann zum Beispiel sagen, man habe der Sockel- und Prozentforderung zugestimmt, weil die Festbetragsforderung zu niedrig gewesen sei und ein höherer Festbetrag nicht durchzusetzen.

Allerhand steht bevor. Man darf keinen Augenblick glauben, diese Angelegenheit wär' ausgestanden und die 135-DM-Forderung im wesentlichen durch.

Die Schere ist aufgeklappt, um die Solidarität in der Mitgliederwerbung zu zerschneiden.

Nach unserem Eindruck sind indessen diese Pläne zwar heimtückisch, aber doch auch wieder lächerlich.

Es müßte ein massenhaftes Vergessen der Erfahrungen vom Vorjahr eingesetzt haben, damit nicht erkannt wird: In der 5 Prozent plus 45 DM-Forderung lauert der 5-Prozent-Abschluß. Es gibt viele erfahrene Gewerkschafter im öffentlichen Dienst, die bereit wären, darauf die ganze "Lohnerhöhung" zu verwetten. In der 135-DM-Forderung hingegen steckt die Möglichkeit der Durchsetzung.

Nur wer sich vom Hauptvorstand auf das Gebiet des Pfennigfuchsens locken läßt und das Gebiet des Klassenkampfes verläßt, kann das übersehen.

Daher ist es in hohem Maße vernünftig, die 135-DM-Forderung gleich mit einer 5-Prozent-Forderung zu vergleichen. Dort kommt heraus, daß man bis zum Einkommen von 2 700 DM sich noch besser steht mit der 135-DM-Forderung.

Damit hat man dann die Masse der Lehrer, das heißt im wesentlichen mit Ausnahme der Dienstaufsichtskerle, und einen großen Teil der Ärzte am Krankenhaus noch in der Front. Die Schulräte, Oberärzte, Direktoren, Minister hat man freilich hoffnungslos draußen.

Aber die hat man sowieso gegen sich, da ist es direkt richtig, wenn man sie auch draußen hat.

An Streik wird nicht gedacht, hat Heinz Kluncker der Bild-Zeitung im September gesagt. Ja, er vielleicht nicht. In den Betrieben und Dienststellen wird gegenwärtig ziemlich **viel** an Streik gedacht. Auf jeden Fall spricht alles von dem Streik vor zwei Jahren. Man erinnert sich. Man weiß, damals ist die ganze Hetze gegen den Lohnkampf in sich zusammengebrochen. Hernach war Ruhe, und die Dienstherren waren geduckt, und ihre Presse hat nur ganz langsam die Hetzfront wieder aufgebaut.

Das war erfreulich. Gleich waren die Verbeamtungspläne weg. Gleich war das Gerede von dem unerhörten Rationalisierungsspielraum im öffentlichen Dienst erst mal weg.

Dann kam die finstere 75-er Niederlage. Dort war es schon so, daß innerhalb der Großen Tarifkommission ein großer Krach entstand um die Forderung. Die Bezirksvorstände von Hessen, Bremen, Hamburg, Westberlin gingen gleich nach dem Beschluß mit Rundschreiben an die Mitgliedschaft, daß sie auch gegen diese Forderungen gewesen wären, aber sich nicht hätten durchsetzen können, und jetzt sei es zu spät. Damals schon wurden aus vielen Betrieben und Dienststellen Pressetelegramme und Protestbriefe geschickt, weil jeder sehen konnte, daß man mit dieser Sockel- und Prozentforderung ins Unglück rennt.

So war es dann auch. Und das muß man sich merken. War es nicht so, daß die Bourgeoispresse diesen Sieg über eine Arbeiterbewegung ausgekostet hat? War es nicht so, daß sie umgehend die Stellenstreichungen vorangetrieben haben? Standen nicht in allen Zeitungen die Aufsätze, die scheinheilig an die Arbeiter appellieren wollten, daß die "Beamten den Staat auffressen"? War es nicht so, daß Heinz Kluncker zum Watschenmann drittklassiger Fernsehjournalisten gemacht wurde? Nicht weil er uns persönlich leid täte, sondern weil es schädlich ist, wenn Vertreter von Arbeiterorganisationen eine solche Figur machen. Und war es zum Schluß nicht so, daß sich der Bundestag erfrecht hat, Lohnbestandteile, die von der Sozialdemokratie unverantwortlicherweise an das Beamtenrecht gebunden worden waren, einfach wegzubeschließen, und hat sich nicht Maihofer zu jenem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit gewagt, die Regierungsseite hätte sich in der Tarifrunde gewundert, wie sie die Gewerkschaften drücken kann, und eigentlich mit einem höheren Abschluß gerechnet?

Das alles war so, und es war die Frucht der Niederlage. Wenn das nochmal passiert, dann gute Nacht.

Man muß diese „Alternative" mit einer großen Geschwindigkeit in Vergessenheit bringen. Das muß ganz schnell gehen. Es ist dies die Alternative zwischen einer Fallgrube und einem Schützengraben. Mit dem einen bekämpft man den Feind und in der anderen spießt man sich selber auf. – **(mf)**

Pinneberger Krankenhaus

Stechuhren am Arbeitsplatz

Belegschaft lehnte die Kontrolluhren einstimmig ab

Pinneberg. Ein bisher einmaliges Beispiel für Einsparungen im öffentlichen Dienst ist folgender Versuch des Amtes für Krankenhauswesen.

Es ist geplant, an jedem Arbeitsplatz bei uns im Pinneberger Krankenhaus Stechuhren aufzustellen. Will ein Kollege nun zum Essen gehen, einen anderen Kollegen etwas fragen oder irgendetwas holen, so muß er erst stechen, bevor er seinen Arbeitsplatz verläßt. Ein Computer registriert dadurch lückenlos zu jeder Zeit die Verteilung der Belegschaft. Ist nach seiner Anzeige irgendwo eine Pflegekraft zuviel, wird sie abberufen und woanders eingesetzt. Laut Vorschlag der Herstellerfirma, welche dieses System der Kreisverwaltung empfahl, ist es geplant, Springerkolononnen einzurichten, mit denen dann Personal kurzfristig und schnell an wechselnden Arbeitsplätzen eingesetzt werden kann.

Es liegt auf der Hand: Mit diesem System sollen die Kollegen noch direkter kontrolliert werden und ihre Arbeitskraft soll noch mehr ausgenutzt werden. Gleichzeitig soll dieses System dann aufzeigen, wo man noch Planstellen streichen kann.

Dies sogenannte Zeiterfassungssystem soll 400 000 DM kosten. Der zentrale Computer kommt noch extra. Dazu kommen noch die Kosten für Gutachten, die vorher erstellt worden sind. Außerdem muß eine Kontrollperson den Computer bedienen. Alle diese Ausgaben sollen natürlich dadurch wieder reingeholt werden, daß das Personal noch mehr schuftet.

Auf zwei Personalversammlungen, auf denen uns vom Amt für Krankenhauswesen weisgemacht werden sollte, welche Vorteile dieses System doch habe, lehnte die Belegschaft es einstimmig ab. Dies war ein Erfolg für die ganze Belegschaft. Die Einführung des Systems konnte vorläufig abgeblockt werden. Die Verwaltungsleitung versucht inzwischen, durch Rundbriefe an die Kollegen den Boden für eine Durchsetzung des Systems vorzubereiten, aber auch das wird von den Kollegen durchschaut. – (Sympathisantengruppe Pinneberg)

Kollektive Ablehnung der Lehraufträge beschlossen

Bad Homburg. Am 16. Dezember fand eine Personalversammlung der Studienreferendare im Hochtaunus-Kreis statt. Zur Debatte standen die Lehraufträge, die das hessische Kultusministerium allenthalben arbeitslosen Lehrern anbietet, um dadurch die Lücken zu stopfen, die durch die Nichteinstellung von Lehrern überall an den hessischen Schulen entstehen.

In der Diskussion wurde herausgearbeitet:

Die Vergabe von Lehraufträgen anstelle der Einstellung der ausgebildeten Lehrer ist ein Bestandteil der Rationalisierungen im öffentlichen Dienst. Im Vergleich zu ihrer Referendarzeit bedeutet ein Lehrauftrag, daß der Lehrer nur noch für die Hälfte des Geldes arbeiten muß, für das er bisher gearbeitet hat. Außerdem spart der Staat seinen Anteil an der Sozialversicherung. Lehraufträge, mit denen gegenwärtig um die 2000 Planstellen abgedeckt werden, bieten der Regierung weiter die Möglichkeit, diese Planstellen je nach Bedarf umzugruppieren, zu verschieben oder aufzulösen, denn Kündigungsschutz besteht überhaupt keiner. Den Lehrern an der Schule wird gezeigt, daß sie jederzeit durch billigere Kräfte ersetzbar sind.

Lehraufträge dienen schließlich als ein Mittel der Spaltung der arbeitslosen Lehrer.

Die anwesenden Referendare erklärten, daß sie sich darauf nicht einlassen werden. Ohne Gegenstimme und bei vier Enthaltungen verabschiedeten sie eine Resolution, in der die kollektive Ablehnung der Lehraufträge beschlossen und an der Forderung nach der Einstellung aller Lehrer festgehalten wurde.

In Frankfurt hat die Personalversammlung von 98 Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen mit 1200 Anwesenden einen Beschluß gefaßt, daß die Lehrer in Zukunft keine Lehraufträge mehr übernehmen und die vorhandenen Lehraufträge zum 31. Januar 1976 gekündigt werden sollen.

Mannheim

Der Vertrauensleutekörper der Mannheimer Verkehrsgesellschaft AG hat beschlossen, daß 150 DM als Tarifforderung vom Betrieb aufgestellt werden.

Die ÖTV-Mitgliederversammlung der **Stadtsparkasse Mannheim** hat beschlossen, daß 150 DM als Tarifforderung vom Betrieb aufgestellt werden. Darüberhinaus fordert die Mitgliederversammlung, daß alle Zulagen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst tarifrechtlich abgesichert werden. Diese Forderung ist insbesondere deswegen wichtig, weil die CDU-Landesregierung in Baden-Württemberg versucht hat, durch das "Haushaltssicherungsgesetz" alle Zulagen vom Tisch zu fegen. Infolge des breiten Widerstands der Kollegen mußte sie das Gesetz zwar zurückziehen, wird aber versuchen, auf dem Verordnungswege von Dienststelle zu Dienststelle ihr Vorhaben durchzusetzen.

Weiter wurde gefordert, daß alle Lehrlinge mit Abschluß des neuen Tarifvertrages in Anlehnung an die alte Existenlohn-Forderung der ÖTV für Lehrlinge mindestens 700 DM als Ausbildungsbeihilfe erhalten sollen.

Gemeinsame Mitgliederversammlung vom 10. Dezember der Fachgruppe Vorschulerziehung und Fachgruppe kirchliche Mitarbeiter: Festbetrag von 170 DM.

Freiburg

Mitgliederversammlung der Hauptabteilung Land am 18. Dezember: 150 DM. Anwesend waren etwa 40 Kollegen. Die Große Tarifkommission wird aufgefordert, eine Urabstimmung durchzuführen, falls das Ergebnis der Tarifverhandlungen kein Festbetrag von mindestens 135 DM ist.

Wiesbaden.

Die ÖTV-Mitgliederversammlung Sozialarbeit Wiesbaden hat die Forderung von 180 DM aufgestellt. Mitgliederversammlung ÖTV Landesvermessungsamt: 200 DM.

Braunschweig

ÖTV-Mitgliederversammlung der Technischen Universität Braunschweig: 180 DM.

Karlsruhe

ÖTV-Mitgliederversammlung Stadtamt Karlsruhe-Durlach: Arbeiter und Angestellte 140 DM.

Bremen

ÖTV-Betriebsgruppe Angestellte und Bedienstete der Justiz: 150 DM Festgeld plus 250 DM Urlaubsgeld.

Stuttgart

Die ÖTV-Mitgliederversammlung beim Regierungspräsidium hat eine Festgeldforderung von 140 DM gefordert.

Ravensburg

Die Mitglieder des Kreisvorstandes und die Mitglieder der Personengruppen-Ausschüsse der ÖTV-Kreisverwaltung Oberschwaben haben mehrheitlich den Festgeldbetrag von 135 DM beschlossen.

Der ÖTV-Kreisjugendausschuß fordert: 720 DM Ausbildungsvergütung für alle Lehrjahre gleich.

Frankfurt

Die Vertrauensleuteversammlung der Stadtverwaltung Frankfurt beschloß am 17. Dezember: Der am 5. Januar 1976 tagenden Kreisdelegiertenkonferenz werden folgende Forderungen zur Beschlußfassung vorgelegt: 180 DM Festgeld und 300 DM Urlaubsgeld, Erhöhung der Erschwerniszulagen entsprechend der Erhöhung des Grundlohns. Der Versammlung hatten aus 12 Betrieben Tarifforderungen von Mitgliederversammlungen vorgelegen, die zwischen 120 DM und 200 DM lagen. Die Kreisverwaltung soll, sobald die Kreisdelegiertenkonferenz eine Forderung aufgestellt hat, eine Presseerklärung herausgeben. Weiter sollen Flugblätter zur Information der Kollegen im öffentlichen Dienst und in anderen Branchen verteilt werden. Die ÖTV soll an andere Gewerkschaften herantreten, um gemeinsame Veranstaltungen zur Tarifrunde anzugehen.

ÖTV-Delegiertenkonferenz im Bereich Land des Kreisverbandes Frankfurt am 19. Dezember: 150 DM, anwesend 22 Delegierte.

Die Delegiertenkonferenz Land des Kreisverbandes Frankfurt beschloß am 19. Dezember zur Tarifrunde: 150 DM mehr

Bremen

Die ÖTV-Betriebsgruppe des Amts für Familienhilfe und Sozialdienst fordert: 150 DM für alle, 240 DM Urlaubsgeld. Dauer des Urlaubs nur nach Alter, nicht mehr an Besoldungsgruppen gebunden.

Ludwigsburg/Waiblingen

Auf der Vertrauensleutekonferenz der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigsburg/Waiblingen am 19. Dezember in Kornwestheim wurde von den Vertrauensleuten, die mehrheitlich den Auftrag hatten, einheitliche Beträge zu fordern, 140 DM mehr für alle aufgestellt, mit 62 gegen 5 Stimmen. Der Beschluß wurde an den Kreisvorstand zur Beschlußfassung überwiesen.

Hamburg

Die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Gerichtsreferendare der ÖTV hat einstimmig gefordert bei 30 Anwesenden: Erhöhung der Bezüge um einen Festbetrag von 150 DM.

Darmstadt

Mitgliederversammlung der Technischen Hochschule Darmstadt: 150 DM Festgeld, 600 DM für alle Lehrlinge.

Betriebsgruppe der ÖTV an den Städtischen Kliniken: 150 DM Festgeld.

Regierungspräsidium Darmstadt, ÖTV-Mitgliederversammlung: 190 DM Festgeld, 300 DM Urlaubsgeld, 13 DM vermögensbildende Leistungen.

Landratsamt Darmstadt: ÖTV-Mitgliederversammlung fordert 120 DM Festgeld.

Die Mitgliederversammlung der Technischen Hochschule fordert eine Gesamtmitgliederversammlung der ÖTV in Darmstadt.

Kiel

Mitgliederversammlung der Abteilung Justiz der ÖTV, 15 von 40 Organisierten anwesend: 150 DM.

Westberlin

Auf einer ÖTV-Versammlung der **Abteilung Bundesangestellte** (etwa 30 Teilnehmer) sprach sich die überwiegende Mehrheit der Anwesenden sowie der Abteilungsvorstand für einen einheitlichen Festbetrag in Höhe von 140 DM aus.

Friedberg

Die Beschäftigten des Landratsamtes Friedberg haben auf einer Personalversammlung am 17. Dezember eine Lohnerhöhung von 180 DM für alle gleich gefordert.

Bonn

Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz forderte in einem Antrag an den 8. Gewerkschaftstag, daß der Gewerkschaftstag von der Bundesregierung fordern soll: keine Unterstützung der chilenischen Junta durch Kredithilfe. Die Kreisdelegiertenkonferenz sprach sich dafür aus, daß am 1. Mai die Veranstaltung wieder als Demonstration mit anschließender Kundgebung unter freiem Himmel stattfindet.

GEW

Paderborn

Auf ihrer Kreisversammlung vom 9. Dezember verfaßte die GEW einen Beschluß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des Hauptvorstandes und des Landesvorstandes von Nordrhein-Westfalen.

Anlaß war die Verweigerung einer Aufnahme in die GEW des Kollegen Peters "wegen Mitgliedschaft im KBW" (Protokollnotiz einer Vorstandssitzung vom 22./23. November des Landesverbandes).

Personalrat gegen < 130 a

Frankfurt

Der Personalrat vom Studienseminar 10 der Lehramtsreferendare in Frankfurt hat am 19. Dezember den Beschluß gefaßt, die GEW-Resolution gegen den § 130 a zu unterstützen.

Hessische Personalrätekonferenz gegen Referendarentwurf

Am 14. Dezember hat eine Sitzung der hessischen Personalräte und des AjLE Hessen stattgefunden.

Beschlossen wurde ein "Aktionsmorgen" am Dienstag, 27. Januar, für alle Lehramtsreferendare. Am 5. Februar soll eine Veranstaltung oder Demonstration stattfinden gegen die Nichteinstellungen und die neue Prüfungsordung. Genauere Festlegungen werden getroffen am 12. Januar auf einem weiteren Treffen der Personalräte.

Landeskonferenz der hessischen Schülervertreter

Die hessische Schülerschaft nimmt Maulkorberlass nicht hin

Frankfurt/M. Nach einer Woche Streik an den Darmstädter Schulen gegen den Maulkorberlaß des hessischen Kultusministers Krollmann, mit dem die Vertretungsorgane der Schülerschaft an die Kette gelegt werden sollen, und nachdem in zahlreichen Schulen bereits Protestresolutionen gegen den Erlaß verabschiedet worden waren, fand am 18.12. die öffentliche Konferenz des Landesschülerrats in Frankfurt statt. Einhellig wurde der Angriff auf die Rechte der Schüler von den rund 500 versammelten Schülervertretern aus allen Landesteilen verurteilt und die geplante Rechtsverordnung abgelehnt.

Uneins waren sich die versammelten Schülervertreter dagegen in bezug auf die Linie, unter der der Kampf gegen den Maulkorberlaß zu führen ist und über die Kampfmaßnahmen, die notwendig sind, um die Rechtsverordnung zu Fall zu bringen. Hier standen sich von vornherein zwei Positionen gegenüber. Auf der einen Seite die Position, unter der Losung Mitbestimmung auf eine Übereinkunft mit dem bürgerlichen Staat und auf Petitionen an die bürgerlichen Parteien zu setzen. Auf der anderen die Position, daß die Schüler, wenn sie für ihre Rechte eintreten, unvermeidlich mit dem bürgerlichen Staat zusammenstoßen müssen, daß Rechte, die die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Schüler gewährleisten, dem bürgerlichen Staat abgetrotzt werden müssen und dazu entsprechende Kampfmaßnahmen notwendig sind.

Die Position, der Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat auszuweichen, wurde von der Mehrheit des Landesschülerrats, dem Landesverband der hessischen Schülervertretungen, und insbesondere von seinem Vorstand, der in den Händen der Revisionisten ist, hartnäckig vertreten. Diese Position konnte sich in der Schlußresolution der Versammlung noch mehrheitlich durchsetzen. Die Versammlung selbst hat aber das politische Kräfteverhältnis innerhalb der Schülerschaft ordentlich in Bewegung gesetzt. Der Landesverband mußte sehen, daß sein Einfluß stark abgenommen hat, und er war genötigt, der selbständigen Bewegung unter den Schülern für ihre Rechte teilweise Raum zu geben.

Schon bei der Tagesordnung kam der Landesvorstand mit seinem Plan, die Konferenz nach Ansprachen von Vertretern der verschiedenen Organisationen in Arbeitsgruppen zu teilen und für die Debatte über die Abschlußresolution nur eine kurze Debatte zuzulassen, nicht durch. Insbesondere die Darmstädter Delegation trat gegen diesen Plan auf und forderte eine ausführliche Debatte über die Rechtsverordnung und daß Kampfschritte festgelegt werden müßten. Die Arbeitsgruppen wurden abgesetzt.

Der Landesvorstand versuchte gleich zu Anfang an dem Streik der Darmstädter Schüler herumzumäkeln. Der Darmstädter Streik sei zwar eine tolle Sache, aber erstens sei diese Erfahrung nicht auf andere Städte übertragbar, zweitens habe man gesehen, daß in Darmstadt nicht genug inhaltliche Arbeit geleistet worden sei, die Schüler seien in den Streik hineingestürzt und die weitergehenden Ziele nicht genug verankert worden. Damit war die Forderung nach Mitwirkungsrechten gemeint. Auf der Abschlußdemonstration habe sich gezeigt, daß die Schüler nicht begriffen hätten, um was es geht, weil sie nämlich sonst den Redner des DGB hätten zu Wort kommen lassen.

Die Darmstädter Delegation, die im Laufe der Debatte von Rednern aus verschiedenen Städten unterstützt wurde (Frankfurt, Offenbach, Wiesbaden), ging in die Auseinandersetzung mit der Position:

– Die Landesregierung will die Entrechtung der Schuljugend durchsetzen, um ihre Maßnahmen, die die Lage der Schüler aller Schultypen weiter verschlechtern sollen, durchzudrücken. Ohne Unterdrückung kann dieser Staat sein Programm nämlich nicht durchsetzen, weil die Interessen des Kapitals, das dieser Staat vertritt, den Interessen der großen Mehrheit völlig entgegengesetzt sind. Demgegenüber müssen wir auf den Zusammenschluß der Schüler setzen und für unsere Rechte kämpfen. Wir Schüler brauchen für unseren Kampf unabhängige Schülervertretungen, wo wir uns nicht vom Kultusminister vorschreiben lassen, wie und was diese Schülervertretungen zu tun haben. Deshalb müssen die Schüler das Recht haben, die Satzungen ihrer Vertretungsorgane selbst zu bestimmen.

Der Kampf der Schüler in Darmstadt hat gezeigt, daß der Zusammenschluß für dieses Ziel möglich ist und zum Erfolg führen kann und daß dieser Kampf das einzige Mittel ist, dem bürgerlichen Staat die Anerkennung der Rechte der Schüler abzutrotzen.

Diese Position war festgehalten in der Resolution der Darmstädter Schülerkonferenz, die der Landesschülerkonferenz vorlag. Die Resolution schlug vor 1. Unterschriftensammlung gegen die Rechtsverordnung, 2. Landesweiter Streik, 3. Zentrale Demonstration in Wiesbaden.

Die Vertreter der Abwiegelei waren durch den Streik in Darmstadt in eine schwierige Lage gekommen. Es wurde daran erinnert, daß sie schon in Darmstadt gegen den Streik aufgetreten waren. Zum anderen wurde auf der Konferenz klar, daß sie nichts vorzuschlagen hatten, was zur Gegenwehr gegen den Rechtsverordnungs-Entwurf geeignet gewesen wäre.

Ihrem Argument von der mangelnden Reife der Darmstädter Schülerbewegung – die sich im Verhalten gegenüber dem DGB ausgedrückt habe – wurde erwidert daß die in der Darmstadt aktiven Schüler „sehr gut wissen, daß es darauf ankommt, in der Bewegung der Schüler klarzustellen, daß die Ziele der Arbeiterbewegung und die Ziele der Schülerbewegung dieselben sind, weil beide denselben Gegner haben, den Staat nämlich, der die Verhältnisse in allen Bereichen im Interesse einer Minderheit der Gesellschaft aufrechterhält." Das fand großen Beifall.

Daß die Erfahrungen der Schüler in Darmstadt nicht beliebig zu übertragen seien, sei selbstverständlich, aber überall seien die Verhältnisse an den Schulen so, daß sie die Schüler zwängen, sich zur Wehr zu setzen. „Jeder hier im Saal muß sich fragen, was er tatsächlich getan hat, um den Kampf für die Rechte der Schüler voranzubringen und diese Notwendigkeit den Schülern klar zu machen."

„Wer nicht für die Mitbestimmung ist, stellt sich gegen alle Errungenschaften, die die Schüler bis jetzt erkämpft haben", riefen die Landesvorständler. Die Forderung nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Schüler sei ziellos. Sie führten Beispiele an, „was wollt ihr den Schülern der Ernst Reuter Schule sagen, die für die Wiedereinstellung von zwei Lehrern gekämpft haben?".

Darauf wurde geantwortet: „Gerade in Darmstadt haben wir in der letzten Woche für die Weiterbeschäftigung einer Lehrerin an der AES gekämpft. Wir haben nicht dafür gekämpft, daß der Kultusminister es bestimmt, wer unterrichtet, oder wir etwas mit denen ausmauscheln, sondern daß **wir** entscheiden, daß diese Lehrerin unterrichtet und niemand anderes. Und das hat nichts mit Mitbestimmung zu tun."

Nach vier Stunden wurden die beiden vorliegenden Resolutionen zur Abstimmung gestellt, die Resolution der Darmstädter Delegation und die Resolution des Landesvorstands. Auch die Resolution des Landesvorstands lehnt die geplante Rechtsverordnung als Maulkorbverordnung ab, die den Schülervertretungen ihre Rechte nimmt. Vor allem beklagt sie sich aber über das Fehlen von Mitsprachemöglichkeiten in den Schulangelegenheiten. Durch die Debatte über die Notwendigkeit, Kampfschritte gegen die Rechtsverordnung zu beschließen, ins Schwitzen gekommen, hatte der Landesvorstand den Zusatz angefügt: „Durchführung von SV-Stunden, Klassensprechersitzungen und Vollversammlungen sowie Aktionstage, um über die Rechtsverordnung zu informieren."

In der Abstimmung unterlag der Darmstädter Antrag für landesweiten Streik. Er erhielt 183 Stimmen. Der Vorschlag des Landesvorstands kam mit 235 Stimmen durch.

Auch wenn der Beschluß selbst keineswegs ausreichend ist, bietet er doch Raum, die nötigen Kampfmaßnahmen an den einzelnen Orten vorzubereiten, Aktionen und Streiks einzuleiten und die hessische Schülerschaft gegen die Pläne des Kultusministeriums zusammenzuschließen. Die Gelegenheit dazu wird die Beratung im Landtag sein, denn die Landesregierung hat inzwischen verlauten lassen, daß sie die Verordnung doch nicht wie ursprünglich geplant im Kabinett durchziehen, sondern daß sie sie im Landtag beraten lassen wird. – (a., Darmstadt)

Repressalien nähren nur den Widerstand

Darmstadt. Nach einer Woche Streik von Tausenden von Schülern und nachdem dieser Streik am Samstag geordnet beendet wurde mit der Perspektive, ihn im Januar in ganz Hessen weiterzuführen, versuchen die Schulleitungen jetzt durch Verteilen von schlechten Noten, Eintragungen ins Klassenbuch und „Gesprächen" mit einzelnen Schülern die Front zu brechen und den Schülern den Gedanken an Kampf und Streik aus dem Kopfe zu treiben.

Nachdem der offene Druck auf einzelne Schüler, wie das Hausverbot gegen die Schüler Schülke an der H.-Emmanuel-Merck-Schule, öffentlich auf Druck der Schüler zurückgenommen werden mußte, ist nun folgendes seitens der Bürokratie in Arbeit:

Einmal ist geplant, die Disziplinarmaßnahmen zu verlegen auf Januar – da sollen Gesamtkonferenzen gegen einzelne Schüler durchgeführt werden, – und zum zweiten wird der seit dem Sommer 1975 in Kraft getretene „Leistungsnachweis-Erlaß" eingesetzt.

Dieser besagt, daß gegenüber Schülern bei „Leistungsverweigerung" Sechsen verteilt werden können, und war anfangs wohl mehr als Mittel gedacht, um einzelne Schüler zur Räson zu bringen oder auch Klassen, die kollektiv Arbeiten verweigern, unter Druck zu setzen.

Jetzt gab die Schulbürokratie die Parole aus: An alle streikenden Schüler Sechsen verteilen.

Das geschieht auch, aber es führt genau dazu, daß die Schüler diesen Erlaß, der, solange einzeln angewandt, auch schlecht gemeinsam zurückgeschlagen werden konnte, als ein Druckmittel der Schulleitungen gegen alle Schüler erkennen und notwendigerweise sich die Debatte entzündet, daß nicht nur die Rechtsverordnung weg muß, sondern auch solche Erlasse und der Willkür der Schulleitungen und der verschärften Konkurrenz ausgesetzt.

Sowohl die angestrebten Konferenzen zur Verhängung von Strafen gegen einzelne Schüler als auch die Anwendung des Leistungsnachweis-Erlasses sind in aller Munde – die Forderungen nach Zurücknahme der Disziplinarmaßnahmen (wie auch die teilweise geplante Streichung von BAFöG-Sätzen) und die Abschaffung des Leistungsnachweis-Erlasses wird weitere Sprengkraft für die notwendigen Kampfmaßnahmen im Januar bieten und den Kampf der Schüler um ihren Zusammenschluß voranbringen. – (a., Darmstadt)

Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven

SPDler prügelten auf Gegner der Tariferhöhung ein

Bremerhaven. "Kommunisten prügeln sich im Parlament" – mit dieser Schlagzeile auf der ersten Seite erschien die Bremer Ausgabe der "Bild"-Zeitung am 19.12.

Was geschah wirklich am 18.12. in der Aula der Schollschule, als die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung eine erneute Verteuerung der kommunalen Gebühren und Fahrpreise beschließen wollte?

Zum Tagesordnungspunkt Gebührenerhöhung waren die Stadtverordneten nicht unter sich. Im Zuschauerraum waren zahlreiche Gegner des erneuten Raubzuges gegen die arbeitende Bevölkerung in Bremerhaven erschienen. Waren doch schon zu Jahresanfang die Tarife für Gas, Wasser und Strom drastisch erhöht und im Sommer eine Erhöhung der Sozialmieten um 30 bis 40 DM beschlossen worden. Mit den neuen Verteuerungen sollen jetzt die Löcher im Haushalt gestopft werden, die ein paar Millionen- Subventionen an die Hafenkapitalisten gerissen haben.

Unter den Forderungen "Keine Erhöhung der kommunalen Gebühren" "Keine Erhöhung der Fahrpreise" begann sich der Widerstand gegen die Politik der Stadt zu sammeln. Mehrere Klassen an den Berufsschulen (Rohrbauer und Schiffbauer) und an allgemeinbildenden Schulen protestierten in Resolutionen und traten dafür ein, die Erhöhungen zu Fall zu bringen. Die Stadtverordneten wußten, daß sie bei ihrer Versammlung mit Gegnern ihrer Politik zu tun haben würden. "Laßt sie nur kommen, mit denen werden wir alleine fertig" hatte SPD-Fraktionssprecher Lenz als Parole ausgegeben.

In der Sitzung wurden dann im Hauruckverfahren die Erhöhungen durchgezogen. SPD, FDP und CDU waren sich einig, dem Volk erneut kräftig in die Taschen zu langen. Gestritten wurde nur bei der Frage, ob denn 25 000 DM für die Renovierung des Büros des Stadtverordneten nicht doch zu viel wären. Als dann die Erhöhungen auch noch als "zumutbar" hingestellt wurden, bekamen es die Stadtverordneten mit dem Zorn zahlreicher Zuschauer zu tun. Transparente mit der Aufschrift "Die Rohrbauerklasse RB 75 F 4 fordert: Keine Erhöhung der Fahrpreise! Keine Erhöhung der kommunalen Gebühren!" wurden den Verordneten entgegengehalten.

Diese Art Öffentlichkeit, die nicht ruhig zusieht, wenn ihr das Fell über die Ohren gezogen wird, war den Stadtverordneten zuwider. Jetzt zeigte sich, was die Parole der Sozialdemokraten zu bedeuten hatte. Eigens für diese Sitzung zusammengezogene parteitreue SPD-Funktionäre in den Zuschauerreihen betätigten sich als Prügelgarde der Fraktion. Ein paar SPD-Stadtverordnete mischten gleich mit, was ihnen anderen Tags die Schelte der Presse einbrachte, "sie hätten denen die "Gewalt" überlassen sollen, die "dafür ausgebildet sind" (Nordsee-Zeitung, 19.12.).

Die Polizei, im Nebenraum parat gehalten und in Zivil unter den Zuschauern verteilt, mußte dann auch das schmutzige Werk, den gerechten Widerstand gegen die Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung niederzu prügeln vollenden.

Dieser Widerstand war nämlich größer als die Sozialdemokraten erwartet hatten. Mit vereinten Kräften wurde auf die Gegner der Verteuerungen eingeprügelt. Ein Lehrling, der schon zu Boden geworfen war, wurde von einem Polizisten mit Stiefeln zusammengetreten, sodaß er das Bewußtsein verlor und mit Rippenprellungen ins Krankenhaus mußte.

Recht hat die "Nordsee-Zeitung", wenn sie feststellt, daß das Vorgehen der Sozialdemokraten den Gegner der Raubpolitik der Stadtverordnetenversammlung nur "weiteren Zulauf" schaffen wird. – (d., Bremerhaven)



In immer mehr Städten setzt sich die arbeitende Bevölkerung gegen die Ausplünderungspolitik der Stadtverordneten öffentlich zur Wehr. So gegenwärtig z.B. in Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Hildesheim, Braunschweig, Wuppertal, Krefeld, Dortmund, Essen, Bochum, Düsseldorf, Kassel und Karlsruhe. Fast überall sind die Städte stark verschuldet, vor allem weil sie den Kapitalisten Millionen in den Rachen geworfen haben, und überall wird jetzt versucht, durch Fahrpreiserhöhungen und Erhöhungen zahlreicher kommunaler Gebühren die Massen zur Kasse zu bitten. Das Bild zeigt eine Demonstration von 400 Menschen in Bremen gegen die Erhöhung der Kommunaltarife und der Fahrpreise.

„Älle Birgermoischter sind meineidige Hond"

CDU-Waiblingen: ". . . wenn's weniger Hunde gibt, muß die Stadt mehr Sozialarbeiter einstellen."

Waiblingen: Nachdem die letzte Gemeinderatssitzung am 27.11. die Beschlüsse über verschiedene Gebührenerhöhungen fassen sollte, unter der Einwirkung von Protesten im Sitzungssaal gegen die Erhöhungen geplatzt war, hatte sich der Gemeinderat in der neuen Sitzung am 18.12. besser vorbereitet. Die Polizei stand alarmbereit und nach den ersten Zwischenrufen der Gegner der Gebührenerhöhungen wurde einer der Zuschauer mit Polizeigewalt aus dem Saal geholt und für 1 1/2 Stunden in Verwahrhaft genommen. Als dann noch weitere Zuschauer abgeführt werden sollten, verließen die Demonstranten geschlossen den Saal.

Jetzt wurde die Gebührenerhöhung bei Wasser und Müllabfuhr und Kindergärten durchgepaukt. Um den "Volkszorn" zu besänftigen, wurde auf die Erhöhung der Freibadeintrittspreise verzichtet, die eh nur 27 000 DM gebracht hätten.

Als die Gemeinderäte mit dem Gröbsten durch waren, ließen sie's dann bei der Hundesteuer lockerer angehen und auch einige Hinterbänkler erwachten zum Leben. Die CDU entdeckte ihr "soziales" Herz sozusagen im Hund. Der Hund habe für alte Leute und Kinder insbesondere eine soziale Funktion. Einer der Ratsherren bestätigte das. Der Hund hielte sein Familienleben in Ordnung. Als die Sozialdemokraten dagegen am Hund nur die Straßenverschmutzung und nicht das "soziale Wesen" sehen wollten, meinte CDU-Vögele "...wenn's weniger Hunde gibt, muß die Stadt mehr Sozialarbeiter einstellen."

Unter dem Einsatz seiner Polizeigewalt hat der Gemeinderat die erneute Verteuerung der Gebühren noch einmal durchsetzen können, aber Grund zum Jubeln hat er keineswegs. Seit der letzten Sitzung (siehe KVZ Nr. 48) war die Ausplünderung durch den Gemeinderat Thema Nr. 1 in der Stadt und die Meinungen unter den Arbeitern, Rentnern und Hausfrauen war eindeutig: "Der Säubagage muß es mal richtig gezeigt werde." "Älle Birgermoischter send meineidige. Hond" und "Oiner von dr KPD ischt hondert mol besser wie das ganze Lompepack von Gmoinderat." Mit Stillhalten und Warten gegenüber der Raubpolitik des Gemeinderats ist es vorbei. – (s., Waiblingen)

Vom Gutachter in die Illegalität getrieben

Schikane und Korruption sind eng verschwistert

Frau B. hat im Jahr 1971 einen illegalen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen müssen, nachdem ihr Antrag auf legalen Schwangerschaftsabbruch von der Ärztekammer abgelehnt worden war.

Frau B, warum entschlossen Sie sich dazu, einen Antrag auf legalen Schwangerschaftsabbruch zu stellen?

"Ich war damals 25 Jahre alt und hatte bereits vier Kinder. Mein Mann mußte im Akkord arbeiten gehen, damit das Geld reichte. Er verdiente gerade 1 800 DM netto im Durchschnitt. Er konnte sich nicht viel um die Kinder kümmern, weil wenn er abends nach Hause kam, war er kaputt und ging in die Kneipe oder legte sich hin.

Den Haushalt und die Erziehung der Kinder hatte ich voll zu tragen. Diese Aufgabe beanspruchte mich den ganzen Tag über von morgens sechs bis abends acht Uhr.

Wir wohnen in einem kleinen Haus mit drei Zimmern, insgesamt ungefähr 60 Quadratmeter. Toilette ist über dem Hof, und fließend warm oder kalt Wasser hatten wir nicht. Das Schlimmste für uns war, daß wir einfach zu wenig Platz im Haus hatten.

Die Kleinste,R., damals fünf Monate alt, mußte schon bei meinem Mann und mir mit im Schlafzimmer schlafen. Meine anderen drei Kinder, N., achtund O.,sechs, und S. fünf Jahre alt, schliefen zusammen in einem 9 Quadratmeter großen Raum. Da paßte gerade ein Doppelbett und ein einfaches Bett hinein und ein kleines Schränkchen. Für einen Ofen war kein Platz mehr. Das Zimmer war sehr feucht. Im Sommer sehr warm und im Winter eiskalt.

So kam es, daß die Kinder oft krank waren und O. schon eine gefährliche Gehirnhautentzündung hatte. Unter diesen Umständen war es für uns ganz unmöglich, noch ein weiteres Kind zu bekommen. Zumal ich mit der Erziehung der Kinder nicht klar kam. Es gab oft Streit. Die ganzen Sorgen beanspruchten derart meine Nerven, so daß ich nur noch ein nervliches Wrack war.

Mein Arzt wollte mich zur Kur schicken. Das ging aber nicht, weil ich nicht wußte, wo ich mit den Kindern hin sollte.

Frau B., haben Sie schon einmal etwas mit den Behörden zu tun gehabt?

Ja, zweimal schon. Wir entschlossen uns, in eine andere Wohnung zu ziehen, weil das so nicht mehr weiter ging. In dem Dorf, wo wir wohnten, war sowieso nichts zu machen. Die Wohnung durfte ja auch nicht so teuer sein. Darum entschloß ich mich, nach einer Sozialwohnung zu suchen. Ich hatte gehört, daß es in Celle dafür ein Amt gibt. Zu diesem Amt bin ich hingegangen.

Dort mußte ich begründen, warum ich eine Sozialwohnung haben wollte. Der Mann fragte mich, wo ich jetzt wohnen würde. Als er hörte, daß ich im Landkreis wohnen würde, sagte er, „Tut mir leid, das geht sowieso nicht. Anspruch auf eine Sozialwohnung in Celle hat nur jemand, der schon in Celle wohnt." Das war's dann. Im Landkreis gab es keine Sozialwohnungen und so gab ich auf.

Das zweite Mal mit dem Jugendamt. Zwei meiner Kinder waren Bettnässer. Der Arzt sagte, dagegen könne man nichts machen.

Wenn ich mal krank war, dann kam öfter die Gemeindeschwester zu uns und machte die nötigsten Arbeiten. Sie sagte mir, ich sollte die Kinder doch mal zur Kur schicken. Dort könnte man ihnen bestimmt helfen, und bezahlt werden würde die Kur bestimmt vom Jugendamt. Ich war sehr froh über diesen Vorschlag und habe mich darauf verlassen. Die Kur kostete für die beiden 1 800 DM. Während die Kinder schon weg waren, ging ich zum Jugendamt, wo ich unter anderem die Verdienstbescheinigung meines Mannes vorlegen mußte. Man sagte mir: "So viel verdient Ihr Mann, und da sollen wir die Kur ihrer Kinder noch bezahlen. Das können Sie doch gut selbst bezahlen." Die haben überhaupt nicht berücksichtigt, daß die Maurer gerade in den Sommermonaten viel verdienen. Und so einen Monat hatten wir gerade erwischt. Muß man denn kurz vor dem Armenhaus sein, bevor man eine Unterstützung bekommt? Wir haben noch Glück gehabt und brauchten dann nur noch 500 DM bezahlen. Ich konnte das Geld in Monatsraten zu je 50 DM abzahlen.

Frau B., wie war das, als Sie feststellten, daß Sie ein fünftes Kind erwarteten?

Es war für mich unbegreiflich, als meine Regel ausblieb. Ich ging sofort zum Frauenarzt in Celle und ließ einen Urintest machen. Der Arzt konnte angeblich nichts feststellen. Ich war mißtrauisch und als im nächsten Monat meine Regel auch ausblieb, da stand für mich fest, daß ich im zweiten Monat schwanger war. Ich war ganz aufgelöst. Ein weiteres Kind kam für mich überhaupt nicht in Frage.

Ich suchte meinen Hausarzt auf, bei dem ich schon von klein auf in Behandlung bin. Er wußte, daß ich nervenkrank war und daß mich ein weiteres Kind unter diesen Umständen fertig machen mußte. So stellte er einen Antrag auf legale Schwangerschaftsunterbrechung, auf dem er noch dick draufschrieb: EILT!

Noch innerhalb einer Woche bekam ich den Bescheid von der Ärztekammer. Ich mußte zu den drei Ärzten, mich untersuchen lassen. Sofort fuhr ich nach Celle rein. Es gelang mir, in der nächsten Woche einen Termin mit allen drei Ärzten zu bekommen. Ich war ziemlich froh, aber auch mißtrauisch. Was würden die Ärzte von mir wissen wollen? Was würden sie mit mir machen?

Am Morgen, als ich zu der einen Ärztin mußte, war ich sehr aufgeregt. Diese Untersuchungen waren meine einzige Hoffnung. Sie alle mußten jetzt entscheiden. Ich konnte nichts weiter tun. Ziemlich klein und dumm kam ich mir vor.

Die Ärztin untersuchte mich und meinte dann ganz arrogant: "Wieso, Ihrem Antrag kann ich nicht zustimmen. Sie sind doch völlig gesund. Sie können ohne Schwierigkeiten noch ein paar Kinder bekommen." Ich war sprachlos und brachte kein Wort heraus. Ich traute mich nicht, etwas zu erwidern, was auch? Sollte ich sagen, ich bin aber doch krank? Oder sollte ich ihr sagen, daß ich gar nicht mehr weiß, wo ich das Kind lassen sollte? Ein großes Stück von meiner Hoffnung war abgebrochen. Noch am gleichen Tag mußte ich zu dem anderen Arzt.

Der Arzt untersuchte mich. Meinem Antrag wollte er zustimmen, weil ich ein ziemlich schwaches Herz habe und weil er einen Thromboseverdacht feststellte, der sich aufgrund meiner Schwangerschaft wahrscheinlich verschlimmern würde. Er sagte nichts weiter zu mir, nur das Nötigste. Jetzt steht's 1 : 1, dachte ich. Nun noch der dritte und letzte Arzt am Nachmittag. Von ihm hängt alles ab, dachte ich im Rausgehen.

Die Sprechstundenhilfe von diesem Arzt hatte mitbekommen, worum es hier geht. Sie sprach mich an und sagte: "Wenn Ihr Antrag abgelehnt wird, dann wüßte ich eine Adresse." Ich sollte sie anrufen.

Ich hatte vorher überhaupt noch nicht daran gedacht, eine Abtreibung illegal vornehmen zu lassen, sah aber jetzt noch eine Möglichkeit, wenn alles andere schief gehen würde.

Ich hatte mich wieder ziemlich beruhigt, doch was mir dann bei dem dritten Arzt passierte, das ließ mich überkochen.

Guten Tag sagte er überhaupt nicht. Während der Untersuchung fuhr er mich plötzlich an und meinte: "Was bilden Sie sich überhaupt ein, das macht doch sowieso kein Arzt in Celle. Und daß ich zustimme, damit brauchen Sie sowieso nicht zu rechnen. Sie sind doch gesund, und das ist die Hauptsache."

Mir fiel ein, daß ich ja das Angebot von der illegalen Abtreibung hatte. Nun war mir alles egal. Nicht eine Minute länger machst du das noch mit, sagte ich mir und schrie ihn an: "Und ich werde doch jemanden finden, ob Ihnen das paßt oder nicht!" Er dazwischen: "Aber nicht hier in Celle!" Ich wieder: "Aber doch in Celle. Ich habe nämlich schon einen in Celle!"-Da brüllte er los, so daß es das ganze Wartezimmer mithören konnte: "Sind Sie sich klar darüber, daß das Mord ist?" Ich schlug die Tür hinter mir zu und rannte raus.

Frau B., mittlerweile waren Sie schon Ende des dritten Monats schwanger. Haben Sie sofort von dem Angebot der Sprechstundenhilfe Gebrauch gemacht?

Nein. Ich weiß auch nicht, warum, aber ich hoffte doch immer noch auf einen positiven Bescheid von der Ärztekammer. Obwohl zwei Ärzte dagegen waren. Ich konnte mich nicht entschließen. Eine Woche verging, zwei Wochen vergingen, und noch immer nichts. Was sollte ich tun? Sollte ich das Angebot von der Sprechstundenhilfe annehmen? Nein, lieber noch ein wenig warten. Man weiß ja nicht, was damit ist, und verboten ist es auch. Ich war nur noch eine einzige Nervensäge.

Frau B. hat dann Kontakt aufgenommen zu der Arzthelferin, die, wie sich später herausstellte, mit dem Kurpfuscher zusammenarbeitete. Für die Vermittlung der Adresse erhielt sie 300 DM. Insgesamt mußte Frau M. 1 850 DM bezahlen. Gleich am nächsten Tag wurde dann der Eingriff vorgenommen irgendwo in Hannover. Daß Frau B. diesen Eingriff überlebt hat, war pures Glück. Durch Mund-zu-Mund-Beatmung wurde sie wieder ins Leben zurückgerufen, wie ihre Schwester, die sie nach Hannover begleitet hat, mir erzählte.

Nachdem Frau M. schon vierzehn Tage mit hohem Fieber und einer schweren Unterleibsinfektion im Bett lag, bekam sie den Bescheid von der Ärztekammer. Darin stand: "Sehr geehrte Frau B ! Ihrem Antrag kann nicht stattgegeben werden. Die Zeit für einen Eingriff ist mittlerweile überschritten." Das war alles. – **(wi., Komitee gegen den § 218 Celle)**



Neu erschienen 1,00 DM

Seit seinem Bestehen ist der Paragraf 218 den Volksmassen verhaßt

Vertrieb: Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218 c/o A.Bilger, 6800 Mannheim, Glasstr. 4

Italien: Parlamentsmanöverum Volksentscheid gegen Abtreibungsgesetz zu verhindern

In Italien hat die Bewegung für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsverbotes über eine halbe Million Unterschriften für einen Volksentscheid gesammelt. Nach dem Gesetz muß nun ein Volksentscheid durchgeführt werden. Um diesem Volksentscheid zuvorzukommen und um zu verhindern, daß das Volk das Recht auf Abtreibung durchsetzt, versucht das Parlament jetzt eiligst, eine Reform der bestehenden Gesetzgebung durchzuführen. Nach der Verfassung können bei Volksentscheiden nämlich nur negative Entscheidungen formuliert werden. Wird das alte Gesetz durch ein anderes ersetzt, ist der Volksentscheid nach der Verfassung hinfällig.

Zur Verhandlung standen im Parlament ein Gesetzentwurf, der eine Fristenlösung vorsieht, und ein anderer, der die Abtreibung nur bei bestimmten Indikationen zuläßt.

Die Fristenlösung ist inzwischen durch die revisionistische KP zu Fall gebracht worden. Gegen öffentliche Proteste aus der eigenen Mitgliedschaft, vor allem der Frauen, hat die KP in der schändlichsten Weise die Interessen der arbeitenden Massen an der Durchsetzung des Rechtes auf Abtreibung verraten und sich direkt der schwarzen Reaktion als Erfüllungsgehilfe angebiedert. Um des „historischen Kompromisses" mit den Christdemokraten willen, der ihnen den Weg in die Regierungssessel freimachen soll, liefern sie die Arbeiterfrauen weiter der Schikane und Demütigung durch Ärzte und Behörden aus.

Aber es ist anders gekommen, als die Revisionisten kalkuliert haben. Die italienischen Bischöfe haben scharf gegen die vorliegenden Gesetzentwürfe Stellung genommen und prompt haben die Christdemokraten gekuscht und auch die Indikationsregelung abgelehnt. Das Liebeswerben der Revisionisten ist also umsonst gewesen. Die bürgerliche Reaktion hat ihre Chance gewittert und die Revisionisten in die Scheiße fallen lassen.

Verfassungsurteil auf Zeit?

Quickborn. Um mit der Bewegung gegen den § 218 fertig zu werden, hat sich die schleswig-holsteinische SPD ein neues Akrobatenstückchen einfallen lassen. Wie der SPD-Bundestagskandidat Überhorst auf einer Veranstaltung in Quickborn mitteilte, hält die SPD in Schleswig-Holstein weiterhin an der Forderung nach einer Fristenlösung fest. Weil das nun nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Fristenlösung für verfassungswidrig erklärt hat, nicht ohne weiteres mehr möglich ist für eine verfassungsfromme Partei, hat sich die schleswig-holsteinische SPD desweiteren die Forderung ausgedacht, daß die Geltung von Bundesverfassungsgerichtsurteilen auf zehn Jahre begrenzt werden muß. So nach dem Motto: Warte, warte nur ein Weilchen ... Der Herr Überhorst hatte in der Veranstaltung bei diesem Punkt denn auch dieLacher auf seiner Seite.

Zusammenspiel von Kirche und bürgerlicher Justiz

Mönchengladbach. Mit einer einstweiligen Verfügung hat das Amtsgericht Mönchengladbach dem Komitee gegen den § 218 unter Androhung einer Geld- oder Haftstrafe verboten, den Sozialdienst Katholischer Frauen e. V. „oder für ihn tätige Personen – z. B. Frau Pauli – auf Ankündigungsplakaten als geladenen Gast im Hinblick auf öffentliche Erörterungen und Diskussionen betreffend § 218 StGB zu bezeichnen und ihm ferner untersagt, auf solchen Plakaten oder sonstigen öffentlichen Aushängen Bestandteile von Beratungsgesprächen ... abzudrucken." Der frommen Organisation hatte es nicht gefallen, daß auf den öffentlich angeschlagenen Plakaten Auszüge aus einem Beratungsgespräch abgedruckt waren, in dem einer jungen Frau der Gedanke an eine Abtreibung ausgetrieben werden sollte. „Man kann nach einer Abtreibung kein Kind mehr bekommen", hatte die Beraterin behauptet und die Frau aufgefordert, das Kind nach der Geburt adoptieren zu lassen. „Wir haben gute Adoptiveltern zur Hand." Dem arbeitslosen Vater wurde bedeutet, er solle sich endlich mal auf die „Hinterbeine setzen".

Man sieht, wenn die schwarzen Reaktionäre mal ertappt worden sind, schreien sie gleich nach der Staatsgewalt. Und die beeilt sich, prompt zu bedienen.

Resolution gegen Maulkorbgesetze

Hamburg. Die Hamburger Komitees gegen den § 218 haben eine Resolution gegen den § 130 a (88 a) verabschiedet. In der Resolution heißt es, gerade im Kampf gegen den § 218 habe sich gezeigt, wie unabdingbar die Beratung der Massen über die notwendigen Kampfschritte gegen den bürgerlichen Staat ist, die jetzt durch den § 130 a (88 a) unter Androhung langer Gefängnisstrafen verboten werden solle.

Gießen. Auf einer Versammlung, zu der das Gießener Komitee gegen den § 218 eingeladen hatte, verabschiedeten 150 Teilnehmer bei wenigen Enthaltungen eine Protestresolution gegen den geplanten § 130 a (88 a). "Wir sehen in dem geplanten Paragrafen den Versuch des Staates, Kampfaktionen der Volksmassen schon im Ansatz zu verhindern.

Dies hinzunehmen sind wir nicht bereit. Wir wenden uns gegen jede Einschränkung der politischen Rechte des Volkes und fordern: Kein § 130 a (88 a)! Weg mit den geplanten Maulkorbgesetzen, dem KPD-Verbot und dem Radikalenerlaß!"

CDU-MdB Müller-Hermann Ansichten eines „normalen" Parlamentariers

„Ich bin zu jeder Schandtat bereit" – auf die Frage, ob der Herr Bundestagsabgeordnete Müller-Hermann (CDU) aus Bremen bereit sei, auf einer Podiumsdiskussion zum § 218 Stellung zu beziehen.

„Die Abschaffung des § 218 ist völlig indiskutabel. Kein normaler Mensch ist für die ersatzlose Streichung, jedenfalls nicht im Bundestag."

„Die Leute sollen sich mehr vorsehen. Wir müssen eine Disziplin erreichen, wie es sich für Menschen, die im 20. Jahrhundert leben, gehört."

„Die Leute machen es sich sonst zu leicht. Die Entscheidung muß auf jeden Fall unter ärztliche Kontrolle gestellt werden."

„Die Ansichten der im Parlament vertretenen Parteien haben sich in dieser Frageschon sehr angenähertes geht eigentlich nur noch um die Prozedur. Wir sind alle der Meinung, daß das Thema nun bald vom Tisch muß."

„Ich glaube auch, daß sich die Diskussion dann sehr schnell beruhigen wird, wenn das Gesetz erst einmal verabschiedet wird. Das haben wir ja auch bei den Notstandsgesetzen gesehen, da ist es ja auch ruhig darum geworden."

„Sammeln Sie ruhig Ihre Unterschriften weiter, ich bin da sehr liberal. Die Hauptsache ist, daß das Thema bald vom Tisch kommt."

Universität Kiel

Kampf gegen Ordnungsverfahren fortgesetzt

In der letzten KVZ berichteten wir über den Polizei- und Knüppeleinsatz auf die Kieler Studenten, die sich gegen die Ordnungsverfahren an der Kieler Universität einsetzten. Für den letzten Dienstag waren erneut drei Ordnungsverfahren angesetzt.

Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität hat anläßlich dieser Polizeieinsätze und zunehmenden politischen Unterdrückung eine Vollversammlung angesetzt. Das Präsidium der Universität, das für die Polizeieinsätze verantwortlich zu machen ist, versucht die politische Auseinandersetzung unter den Studenten völlig zu unterbinden und die Organe der Verfaßten Studentenschaft abzuschaffen. So wurde auch diese zweite Vollversammlung in diesem Semester vom Präsidium verboten, der Raum wurde nicht genehmigt.

Gelang es dem Präsidenten bei der letzten Vollversammlung noch, die Räume abzusperren, so daß die Vollversammlung im Vorraum des Auditorium Maximum tagen mußte, besetzten diesmal Studenten das Auditorium Maximum vom frühen Morgen an, so daß die Vollversammlung mit 1 200 Teilnehmern ungehindert durchgeführt werden konnte. Auf dieser Vollversammlung wurde klar, daß die Studenten ihren Kampf gegen die Ordnungsverfahren nur im Zusammenhang mit den Kämpfen des ganzen Volkes gegen politische Unterdrückung angehen können. Der Vorschlag von Jusos, MSB Spartakus und LHV, eine langfristige Perspektive zu suchen und erst einmal gar nichts gegen die Ordnungsverfahren zu unternehmen und im Januar mal eine Veranstaltung mit Gewerkschaftsführern durchzuführen, wurde auch abgelehnt. Um die Einheit unter den Studenten zu vergrößern und um der Kieler Bevölkerung die Lage an der Universität zu erläutern, wurde beschlossen, am Nachmittag eine Kundgebung vor dem Ordnungsausschuß durchzuführen und anschließend geordnet als Demonstration in die Stadt zu ziehen, um dort mit Flugblättern und Ständen zu informieren. Den ganzen Dienstagmorgen wurde im Fakultätenblock ein Aktionszentrum errichtet, das die Stände erstellte und ein Flugblatt für die Polizisten erstellte. Dieses Flugblatt hat offensichtlich in der Polizei einige Verwirrung angerichtet, die meisten Polizisten, die auf die Studenten gehetzt worden sind, sind noch sehr jung und werden von den Polizeioffizieren auch oft mit falschen Informationen über den Kampf der Studenten aufgehetzt.

Auf der Demonstration, zu der etwa 400 Studenten gekommen waren, wurde eine Kundgebung gehalten und den "Kieler Nachrichten" eine Presseerklärung überreicht, weil die "Kieler Nachrichten" in der Vergangenheit besonders verlogen über die Studenten berichtet hatten.

Es ist dem Präsidium bisher nicht gelungen, Friedhofsruhe an der Kieler Universität zu schaffen, kein Ordnungsverfahren fand ohne den Protest der Studenten statt. Die Einheit und Kampfentschlossenheit gegen die Ordnungsverfahren an der Kieler Universität nimmt zu. – (h., Kiel)





Kiel: Auf der verbotenen Vollversammlung

Junge Polizeibeamte drohen mit Aktionen

Bad Segeberg (WS). Mit Protestaktionen wollen die jugendlichen Polizeibeamten reagieren, wenn sie weiter bei Demonstrationen sowie im Nachtdienst eingesetzt werden. Das kündigte die Junge Gruppe in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf einer Tagung in Bad Segeberg an. Ein weiteres Fortbestehen des derzeitigen Ausnahmezustandes zum Jugendarbeitsschutzgesetz für jugendliche Polizeibeamte, die nicht nur zu jeder Tages- und Nachtzeit, sondern auch rund um die Uhr eingesetzt werden können, führe nicht nur zu einer Überforderung der Jugendlichen, sondern auch zu einer Gefährdung der Bürger durch Fehlreaktionen dieser übermüdeten Jugendlichen, erklärte der Bundesvorsitzende der Jungen Gruppe Schäfer. (Nach: Kieler Nachrichten, 19. Dezember)

Streik der studentischen Hilfskräfte an der Kölner Universität

Köln. Vom Freitag, dem 12.12., bis zum Dienstag, dem 16.12., haben die studentischen Hilfskräfte der Universität Köln einen dreitägigen Warnstreik gegen die Kürzung ihrer Gehälter durchgeführt. Nachdem die Verhandlungen mit dem Ministerium nichts erreicht haben, beschlossen sie ihren dreitägigen Warnstreik. Der Streik konnte mit großer Geschlossenheit durchgeführt werden. Rund 80 Prozent der 500 Hilfskräfte beteiligten sich. An einigen Instituten, z. B. in Mathematik, war der halbe Lehrbetrieb lahmgelegt. Große Unterstützung fanden die Hilfskräfte bei den Studenten. Während der Streiktage haben rund 3 000 Studenten die Forderungen unterstützt. Im Januar soll der Kampf fortgesetzt werden durch einen landesweiten Streik aller studentischen Hilfskräfte.

Heidelberg:

Urteile im Rektoratsprozeß

Am Donnerstag, 18.12.1975, wurde vor der Großen Strafkammer des Landgerichts das Urteil im Rektoratsprozeß verkündet. 6 Monate für Dietrich Hildebrandt, 5 Monate für Rolf Lebert und 3 Monate für Ralf Fücks, alles ohne Bewährung.

Damit wurden die Urteile aus den ersten Instanzen bestätigt. Richter Gutmacher führte in seiner Urteilsbegründung aus, daß es hier nicht um die Aburteilung einer politischen Gesinnung gehe, sondern lediglich um einen „Fall mittlerer Kriminalität". Kriminell soll es also sein, wenn Studenten sich das notwendige Recht auf Diskussions- und Versammlungsfreiheit nehmen, wenn sie den Rektor in seinen Räumen aufsuchen, um von ihm diese Rechte zu fordern. Dies genau war das Verbrechen, was den Angeklagten zur Last gelegt worden war.

Den größten Raum der Urteilsbegründung nahm das Bedauern des Richters darüber ein, daß er die Angeklagten nicht länger hinter Gitter bringen könne. Allein das macht deutlich, daß hier nicht eine konkrete Tat abgeurteilt wurde, sondern die politische Überzeugung der Angeklagten. Zur Würdigung der Zeugenaussagen – geladen war die gesamte Universitätsspitze – führte der Richter aus, daß deren „Vergeßlichkeit" und die Widersprüchlichkeit ihrer Aussagen ein besonderer Beweis ihrer Glaubwürdigkeit sei.

Kann man es noch deutlicher sagen? Nach diesem skandalösen Urteil stimmten die Zuhörer den Gesang der Internationale an und zogen zu einer Versammlung auf den Bismarckplatz. Dort wurde auf einer kurzen Versammlung der Charakter dieses Schandurteils bloßgestellt und verurteilt. Es wurde deutlich gemacht, daß die herrschende Klasse damit ihr Ziel, die Studenten und die Volksmassen zum Schweigen zu bringen, nicht erreichen wird. Sie, die Arbeiter, Werktätigen, Schüler und Studenten werden auf jeden Fall das letzte Wort haben. – (rl) (Siehe auch letzte Seite)

DKP-Veranstaltungsreihe gegen den KBW

Revisionisten suchen Auseinandersetzung nicht freiwillig

Als Ende der sechziger Jahre sich in Westdeutschland und Westberlin eine radikaldemokratische Bewegung entwickelte und in dieser Bewegung der Marxismus-Leninismus Fuß faßte, reagierte die SPD mit Thesen zum Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Gefahr von links sollte isoliert und dadurch unschädlich gemacht werden. Damals wurde von der SPD zwischen den Revisionisten der neu gegründeten DKP und den marxistisch-leninistischen Organisationen noch nicht unterschieden. Zunächst wurde die Hauptgefahr auch von seiten der DKP erwartet, von der man befürchtete, sie könne über die eben eingeleitete "neue Ostpolitik" an Einfluß und Zustimmung gewinnen.

Bürgerliche Politiker müssen die Auseinandersetzung mit Revolutionären fürchten

Nur wenige Jahre später fühlte sich die DKP ebenfalls von links bedrängt durch die jungen kommunistischen Organisationen, die trotz ihrer Unerfahrenheit und Schwäche der DKP gleich zu schaffen machten, weil sie an der Revolution festhielten. Die DKP reagierte darauf wie die andere bürgerliche Partei auch: mit dem Isolierungsversuch durch das Aktionseinheitsverbot der These 41 vom Düsseldorfer Parteitag der DKP 1971. Anknüpfend an einige Erscheinungen aus der Spätphase der Studentenbewegung wurde über "Chaoten" hergezogen und versucht, den Marxismus-Leninismus möglichst ganz aus dem Bereich der Politik herauszuhalten und ihn unter die Verrücktheiten einzuordnen.

Dieser Versuch ist gescheitert. In den folgenden Jahren ist es den marxistisch-leninistischen Organisationen und seit 1973 insbesondere dem KBW gelungen, der DKP in den verschiedensten realen Bewegungen entgegenzutreten und ihr dort Einfluß streitig zu machen, sei es nun unter der Arbeiterjugend, den Soldaten, unter den Studenten, in den Bewegungen um Jugendzentren. Und in den Gewerkschaften ist es trotz der Ausschlußpolitik, welche die sozialdemokratische Führung gegen Revolutionäre betreibt, durchweg gelungen, Positionen zu halten und einige neue Positionen für eine klassenbewußte Gewerkschaftspolitik zu erobern. Während es immer wieder zu einzelnen Fällen kommt, wo ein DKP-Mitglied mit dem Revisionismus bricht und sich dem KBW zuwendet, ist seit Existenz des KBW kein einziger Fall in die umgekehrte Richtung zu verzeichnen.

Sie stellen sich der Auseinandersetzung nicht freiwillig

Die DKP mußte daraufhin ihre Politik ändern. Sie muß die Herausforderung annehmen, die eine revolutionäre Organisation mit beginnender Verankerung in verschiedenen Massenbewegungen für sie darstellt. Seit Mai dieses Jahres schickt sie ihre erste Garde übers Land und fordert den KBW in den verschiedensten Städten zu Streitgesprächen auf. Das begann in Bremen vor den Bürgerschaftswahlen und die bei den Bürgerschaftswahlen erlittenen Stimmenverluste der DKP trotz aufwendigster Wahlkampfführung haben den Schwenk noch beschleunigt. Seitdem werden die "Führungskräfte" des KBW an den einzelnen Orten, mit denen laut These 41 der DKP jede "Zusammenarbeit" verboten ist, mit Verhandlungsangeboten bestürmt über die Bedingungen eines öffentlich geführten Streitgesprächs auf DKP-Veranstaltungen.

Solche Veranstaltungen haben in den letzten Monaten stattgefunden u.a. in Bremen, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Freiburg, Tübingen, Frankfurt und Darmstadt. Die DKP stellte ihre Veranstaltungen unter das Thema: " 'Linke' Phrasen – rechte Politik. Zur Politik und Praxis des KBW". Im wesentlichen behandelte sie drei Komplexe:

Die DKP befindet sich ideologisch in der Defensive

Erstens bestritt sie, daß in der Sowjetunion eine Restauration des Kapitalismus stattgefunden habe und die Sowjetunion eine sozialimperialistische Macht sei. Positiv zur Verteidigung der Zustände in der Sowjetunion wurde dabei meistens nichts gesagt, wohl in der sicheren Erwartung, damit bei niemandem landen zu können. Stattdessen wurde darauf hingewiesen, daß die Produktionsmittel in der Sowjetunion überwiegend in Staatseigentum seien, weswegen man nicht von Kapitalismus reden könne. Die Frage nach dem Charakter der Staatsmacht, ob proletarisch oder bürgerlich, wurde geflissentlich umschifft und damit die Frage, ob gegen Überreste des Kapitalismus in den Eigentumsverhältnissen, in der Verteilung der Güter, im ideologischen Überbau entschieden der Kampf geführt wird oder ob alle Elemente des Kapitalismus treibhausmäßig gefördert werden, wie es seit Mitte der fünfziger Jahre in der Sowjetunion geschieht.

Zweitens wurde die Außenpolitik der Volksrepublik China angegriffen als kriegstreiberisch und wegen angeblichen Zusammengehens mit der äußersten Reaktion von der CSU. Gelobt wurde stattdessen das Entspannungsgerede, obwohl offenkundig die Supermächte gewaltig aufrüsten und speziell die industriell rückständigere Sowjetunion ein Rüstungstempo anschlägt, das erstmals bei den westlichen Imperialisten ernsthaft Besorgnis hervorruft. Die Politik der Volksrepublik China aber ist kein Zusammengehen mit der äußersten Reaktion, sondern zielt ab auf Ausnutzung der innerimperialistischen Widersprüche und bezweckt, daß die Raubtiere sich gegenseitig schwächen. Das schafft dem Kampf der unterdrückten Völker und der internationalen Arbeiterklasse Luft, schafft auch der chinesischen Arbeiterklasse Luft für die Fortführung der Revolution und den sozialistischen Aufbau. Einen direkten Angriff gegen die Fortführung des Klassenkampfes in China und die dabei entwickelten Maßnahmen hat die DKP nicht versucht. Auch hier war sie also ideologisch durchaus in einer defensiven Lage.

Drittens wurde das demokratische Programm des KBW als illusionär angegriffen. Insbesondere die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und Wahl der Offiziere gab Anlaß zu allen möglichen Spießerwitzchen, die auf die Unmöglichkeit einer solchen Sache im Kapitalismus abzielten ("Sollen die Arbeiter nur eine Knarre im Schrank haben? Wo bleiben da die Panzer und Raketen? "). Daß eine solche Forderung darauf zielt, die bürgerliche Armee zu zersetzen, das Recht des Volkes gegen das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates zu behaupten und ihm eine Politik gegenüber der bürgerlichen Armee zu entwickeln. Daß im Verlauf der Revolution das Volk eben die Volksbewaffnung vollziehen und revolutionäre Einheiten der Armee die Wahl der Offiziere durchführen werden, das ist der DKP ebenso unbegreiflich wie die Feststellung, daß die revolutionäre Macht der Arbeiter eine Armee gerade auf Grundlage solcher Prinzipien der Heeresverfassung aufbauen wird. Weil der DKP der Gedanke an Revolution fremd ist, sind ihr auch die Grundsätze des revolutionären Demokratismus unverständlich. Das Höchste, was ihre Vorreiter sich denken könne, sind einige Mitbestimmungsrechte im bürgerlichen Staatsapparat. Und da haben sie den Eindruck, daß das bis zur Volksbewaffnung nicht reichen wird. Daß solche Rechte revolutionär, d.h. unter **Zerstörung** des bürgerlichen Staates und zwecks Herstellung der proletarischen Diktatur erkämpft werden müssen, bezeichnet sie abwechselnd als illusionär oder als opportunistisch.

Man muß den Revisionismus schlagen, um seinen Einfluß zu vernichten

Diese drei Komplexe wurden offenbar auf allen Veranstaltungen behandelt. Man kann sie nachlesen in einer eigens von der DKP herausgegebenen Broschüre mit einer geschönten Wiedergabe der Beiträge auf der Bremer Veranstaltung: Die DKP-Sprecher haben ihre schriftlich vorbereiteten Beiträge noch einmal überarbeiten können. Die mündlichen Antworten der KBW-Mitglieder wurden von der DKP vom Tonband weg veröffentlicht.

Die Veranstaltungen, von der DKP in die Hochschulen verlegt, waren durchweg gut besucht. An der Auseinandersetzung zwischen Marxisten-Leninisten und Revisionisten besteht ein lebhaftes Interesse, weil viele sich davon Klärung erhoffen. Von seiten der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) und der Gruppe Rote Fahne (KPD) ist der Vorwurf erhoben worden, solche öffentlichen Diskussionen würden der DKP erst Aufmerksamkeit verschaffen. Das ist offenkundig falsch. Es braucht sich ja nur die Frankfurter Ortsgruppe der Gruppe Rote Fahne z.B. einmal zu fragen, wieviel Aufmerksamkeit sie auf sich ziehen würde, wenn sie eine Veranstaltung ankündigt: "Unsere Kritik an der DKP". Sicher nicht die gut 1 000 Besucher, die tatsächlich da waren, sondern vielleicht die 30 bis 40 aus dem nächsten Anhang der Gruppe Rote Fahne, welche die Veranstaltung durch Spektakel mit Megaphon und Sprechchören gesprengt und so der DKP in einer für sie kritischen Lage Entlastung verschafft haben.

Tatsächlich steht hinter solchen Vorwürfen der Gruppe Roter Morgen und der Gruppe Rote Fahne nicht die Furcht, sie könnten der DKP Aufmerksamkeit bei den Massen verschaffen, indem sie ihnen auf öffentlichen Veranstaltungen entgegentreten. Dahinter steckt die schlichte Furcht, vor größerem Publikum abgerieben und in die Tasche gesteckt zu werden. Die Gefahr besteht freilich immer, wenn man den Feind bekämpft, daß man auch einmal eine Niederlage einstecken muß. Ohne Niederlagen bleiben bloß diejenigen Truppen, die keine Schlachten schlagen. Sie verlieren allerdings schließlich den Krieg. An einzelnen Orten, wo die Vorbereitung der örtlichen Kader auf die Auseinandersetzung mit der ersten Garde der DKP-Propagandisten nicht sorgfältig genug stattfand, konnten wir die Veranstaltungen nicht gut nutzen und mußten einen "Punktverlust' hinnehmen, wie die Ortsleitung Darmstadt z.B. berichtet.

Insgesamt aber waren die Veranstaltungen der DKP eine ausgezeichnete Gelegenheit, den Marxismus-Leninismus gegenüber dem Revisionismus zur Geltung zu bringen und die Politik des KBW vor Menschen bekannt zu machen, die wir sonst erst schwer erreichen. Und diese ausgezeichnete Gelegenheit ist auch ganz ordentlich genutzt worden. In Tübingen mußte der DKP-Vorstandssprecher sein Schlußwort vor 30 bis40 verbliebenen DKP-Anhängern halten, nachdem die überwiegende Mehrheit der 300 bis 400 Versammelten demonstrativ den Saal verlassen hatte, um zu bekunden, daß sie „an dem seim Zeug" nach Ende der Auseinandersetzung kein Interesse mehr hatten. – (wm)

Delmenhorst:

Die Versetzungen mußten fallengelassen werden!

Delmenhorst. In der letzten KVZ (Nr. 50) wurde ausführlich über den Kampf der Mannschaften der 4. Kompanie des Technischen Bataillons Sonderwaffen 160 gegen geplante Versetzungen und über die Reaktion der Offiziere auf den Artikel in der Delmenhorster Ortsbeilage Nr. 48 „Offiziere und Mannschaften – zwei Welten" (vgl. auch KVZ Nr. 49) berichtet. Die Soldaten haben inzwischen ihre Forderungen durchgesetzt: Es gibt keine Versetzungen, allerdings erhielt der Vertrauensmann der Mannschaften eine Disziplinarbuße von 80 DM. Hier der Fortgang der Ereignisse:

Dienstag, 16. Dezember 1975: Der Widerstand entwickelt sich

Nachdem auf der Mannschaftsversammlung am Montag, dem 15. Dezember keine Einheit hergestellt werden konnte, beginnen wir am Dienstag mit großem Erfolg eine Unterschriftensammlung unter folgenden Forderungen:

„Wie bekannt geworden ist, sollen im Zuge der Angliederung unserer Kompanie an ein neues Bataillon vier Kameraden versetzt werden.

Wir fordern Offenlegung der Gründe und Erwägungen, die im einzelnen zu den beabsichtigten Versetzungen führen.

Wir sind der Auffassung, daß es keine Versetzungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg geben darf.

Wir wenden uns entschieden gegen die beabsichtigte Versetzung unseres Vertrauensmanns. Diese Maßnahme halten wir für einen Angriff auf das Recht der Mannschaften, sich uneingeschränkt ihre Interessensvertreter zu wählen.

Wir fordern: keine Versetzung ohne Zustimmung der Betroffenen.

Wir halten es für notwendig, daß der Bataillonskommandeur und der Kompaniechef zu dieser Mannschaftsversammlung Stellung nehmen zu den beabsichtigten Versetzungen."

Um die Forderung „Keine Versetzung ohne Zustimmung der Betroffenen" gibt es rege Debatten. Einige meinten, daß man eine solche Forderung nicht aufstellen darf, weil beim Bund alles befohlen wird und man höchst selten gefragt wird, ob man etwas will oder nicht.

Allerdings: Beim Bund sollen Befehl und Gehorsam die Mannschaften willenlos machen. Daraus erwächst ja gerade die Notwendigkeit, zu prüfen, gegen welche Befehle der Widerstand organisiert werden kann und muß! Dies ist immer dann der Fall, wenn die Befehle den Interessen der Mannschaften entgegenstehen, mögen die Offiziere diese auch als Sachzwänge – hier Sicherheitsvorschriften – begründen.

Gegen das Recht der Vorgesetzten, jederzeit Versetzungen aussprechen zu können, stellen deshalb die Mannschaften: keine Versetzung ohne Zustimmung der Betroffenen!

Durch einen Zufall gerät schließlich der Kompanieführung ein Blankoexemplar der Resolution in die Hände.

Mittwoch, 17. Dezember 1975: Ein Erfolg!

Bei Dienstbeginn läßt der Spieß, Hauptfeldwebel, Schmidt die Kompanie in den Unterrichtsraum einrücken und verliest die Resolution. Er erklärt, daß Forderungen wie „Keine Versetzungen . . ." gegen das Soldatengesetz verstoßen und daß man schließlich nicht in der UNO sei, dort könne man Resolutionen fassen. Schließlich sichert er den Mannschaften zu, daß von ihnen keiner versetzt wird! Was natürlich große Erleichterung hervorruft. Grund soll sein, daß nun plötzlich die 4. Kompanie durch die Angliederung an ein neues Bataillon doch kein „Sicherheitsempfindlicher Verband" geworden ist und die Soldaten keine Sicherheitsstufe I benötigen.

Über den plötzlichen Sinneswandel, daß für unsere Kompanie nun doch keine Sicherheitsstufe 1 notwendig ist, zu spekulieren, lohnt nicht. Es soll niemand versetzt werden – diese Aussage des Spießes haben wir uns gemerkt, die nächsten Wochen werden zeigen, was wir von den Worten unserer Vorgesetzten zu halten haben.

Donnerstag, 18. Dezember 1975 Disziplinarstrafe gegen den Vertrauensmann

Vom Bataillonskommandeur bekommt der Vertrauensmann Gefreiter Cieslak eine Disziplinarbuße in Höhe von 80 DM verhängt. Begründung ist, daß er die KVZ-Ortsbeilage Delmenhorst an zwei Kameraden gegeben hat mit der Aufforderung, diese zu lesen und weiterzugeben.

Ein weiterer Kamerad, dem ebenfalls der Vorwurf gemacht wurde, die Ortsbeilage weitergegeben zu haben, wurde darüber belehrt, daß er im Wiederholungsfall bestraft wird.

Eine Bemerkung zum Schluß: Wurden bisher zwei KVZ in der Kompanie verkauft, so waren es bei der letzten Ausgabe 15 Exemplare bei 57 Mannschaftsdienstgraden.

„Kleine Ursache – große Wirkung"
In der letzten Ausgabe der KVZ wurde die 4. Kompanie des Technischen Bataillons Sonderwaffen 160 in den Standort **Oldenburg** „verlegt". Der Standort der Einheit ist dagegen **Delmenhorst.**

Gespräch mit Soldaten

Von Ruhe in der Armee kann keine Rede sein

Die Mannschaften decken die politische Arbeit vor ihren Vorgesetzten

Auf die Frage, ob einer wegen der Unterschriftensammlung von seinen Kameraden verpfiffen worden sei, antwortet wieder der Pionier, der die Oberschüler zunächst für fortschrittlicher hielt:

„Ja, in meiner Grundausbildung ist mir das passiert. Da haben sie mich verpfiffen, wo ich gesammelt hab'."

KVZ: Also in deiner Oberschülerkompanie war das?

„Ja, ja, einer, der bei mir auf dem Zimmer war, der hat das gemeldet. Hier ist zwar allgemein bekannt, daß ich da ein Gegner von bin, aber daß ich verpfiffen worden bin, ist mir bis jetzt noch nicht vorgekommen. Verpfeifen kommt bei uns sehr, sehr selten vor. Bei Oberschülern, um einen persönlichen Nutzen zu haben, da ist sowas schon eher mal drin."

sowas schon eher mal drin.

KVZ: Aber ein aktiver Anhänger reaktionärer Politik in der Kompanie, der würde natürlich reagieren und dich bekämpfen?

„Ja, da gibt's aber keinen. Oder wenn es welche gibt, dann halten sie sich ruhig, weil sie überhaupt keine Unterstützung haben."

KVZ: Dann kann man also festhalten, daß unterschiedlich erfolgreich gesammelt wurde, innerhalb der Mannschaften aktive Gegner, die euch etwa bei der Kompanieführung verpfiffen hätten, aber nicht aufgetreten sind?

Dem wird zugestimmt. Ein anderer Pionier ergänzt:

„Das ist nicht eine Sache, die nur am § 218 festzumachen ist. Die geht weiter. Ich verteile jetzt seit Juli die Koblenzer Militärzeitung ziemlich offen innerhalb der Kaserne. Wenn ich die abends mitbringe, dann geh' ich morgens durch die Stuben und leg' in jede Stube ein oder zwei rein, und dann sind natürlich die Kameraden in der Stube drin. Die Situation in der Kompanie jetzt geht so weit, daß jeder weiß, daß ich die Zeitung verteile und daß, wenn längere Zeit keine da war, sie mich fragen, ob keine da wär', ob sie eine haben könnten. Und daß ich bisher noch von keinem verpfiffen worden bin, keiner das bis jetzt gemeldet hat. Nicht mal die Unteroffiziere machen das. Sogar Unteroffiziere kommen zu mir und wollen 'ne Koblenzer Militärzeitung. ‚Ich mein', ich paß dann immer auf, daß ich mit dem Unteroffizier allein bin in dem Fall, damit keine rechtliche Handhabe da besteht. Bisher hab' ich das mit zwei Unteroffizieren gemacht, und da hat auch noch keiner mich verpfiffen. Beim Verhör durch den Bataillonskommandeur hat der mir gesagt: Ich weiß, daß Sie die Koblenzer Militärzeitung innerhalb der Kaserne vertreiben, ich bin mir ziemlich sicher. Ich werde Schritte und Wege einleiten, um Sie überführen zu können, daß Sie das Ding verteilen.

Er hatte also gegen mich keine rechtliche Handhabe, womit er nachweisen konnte, daß ich sie ziemlich offensiv verteile in der Kompanie und auch Unteroffiziere das mitkriegen, heißt das, daß von denen auch noch kein Verpfeifen da war."

Viele waren nicht einverstanden

Durch die Bank berichten alle von ähnlichen Erfahrungen: Was die Bundeswehrführung als „Zersetzung" und „kommunistische Wühltätigkeit" bezeichnet, wird von den Mannschaften gedeckt, gelegentlich unterstützt und von Teilen des Unteroffizierskorps hingenommen. Es gab freilich auch Kritik an der Demonstrationsbeteiligung in Uniform. Der Soldat aus der Instandsetzungseinheit berichtete:

„Zur Demonstration haben einige gesagt: Richtig. Während der Großteil sagt: Ja, aber nicht in Uniform."

KVZ: Warum denn nicht?

„Die begreifen das so: In Uniform vertrete ich die Bundeswehr. Das hat mir auch so mein Bataillonskommandeur erzählt. Der hat gemeint: Ich hätte da in Uniform demonstriert und er wär' mein Kamerad und ich hätte da meine Kameraden alle vertreten und er hätte als mein Kamerad auch das Recht, zu erfahren, warum und wieso ich da demonstriert hab'. Da hab ich halt lachen müssen."

KVZ: Meinen das die anderen auch, daß der Bataillonskommandant ihr Kamerad ist?

„Nein, daß Vorgesetzte Kameraden sind, das absolut nicht. Aber daß ich die Bundeswehr doch irgendwie repräsentier dabei, die Ansicht ist immer noch verbreitet. Was Lustiges hat der Oberstleutnant noch gesagt. Er hat gesagt, ich hätte in Uniform demonstrieren können, wenn ich eine Mehrheit in meiner Kompanie als Gegner für den § 218 gewonnen hätte. Dann hätte ich in Uniform demonstrieren können mit einem Schild um den Hals: Die xy-Kompanie ist gegen den § 218."

KVZ: Hast du dir das schriftlich geben lassen?

„Das ist ein Witz, nein, nein."

Ausrichtung der Armee: mehr Übungen

Während also die Rebellion gegen Kasernenunterdrückung und Schikane weiterhin unter den Mannschaften und bis ins Unteroffizierskorps hinein anhält und politische Bewegungen unter den Soldaten sich entwickeln, versucht die Armeeführung Schlagkraft und Einsatzfähigkeit zu steigern und damit zugleich die Bewegung unter den Soldaten einzudämmen. Einer der Reservisten berichtete:

„Nach den Erfahrungen, die ich hab', läuft im Augenblick auf militärischem Gebiet eine ziemliche Ausrichtung der Bundeswehr zur Verbesserung der Schlagkraft der Armee. Gegenwärtig und soweit wir die Planung für das nächste Jahr kennen, wie sie den Soldaten eröffnet ist, war mir das vor zwei Jahren unvorstellbar.

Einige Genossen haben mir erzählt, daß sie jetzt vier große Übungen in einem Jahr haben und zwölf kleinere und daß die zweite Kompanie praktisch kaum mehr in der Kaserne ist. Solche Sachen, die kenne ich nicht, wie da im militärischen Ausbildungsstand die Armee auf Vordermann gebracht wird. Das, was man früher Gammeldienst genannt hat, das wird wirklich aus der Armee rausgetrieben."

Ein anderer Reservist, der gerade von einer Mob-Übung zurückkam, berichtete:

„Es werden jetzt in immer häufigeren Abständen Reservisten eingezogen. Der Bataillonskommandeur, auch ein Reservist, hat das in der Einführungsrede gesagt und daß mit der Sowjetunion begründet, daß es mit dem Abrüstungsgeschwätz nichts wär'. Weiter hat er lange geredet über die subversiven Elemente in der Bundeswehr. Daß es da Leute gäbe und nicht wenige, sondern viele, die versuchten, unsere demokratische Freiheit, die wir hätten, in den Dreck zu ziehen. Solche Sachen wie in Portugal, das möchte er nicht hier erleben. In dem Ton ging das dann weiter. Die Bundeswehr hätte einen Auftrag, und der lautete, daß die Freiheit und die Demokratie hier zu verteidigen ist. Und dann hat er gegenübergestellt, was in der Sowjetunion wär', daß da Unfreiheit wär' und eine Diktatur. Daß wir also was zu verteidigen hätten, wenn die Russen uns da angreifen. Nach der Rede, die ziemlich lang war, gut, da haben viele geklatscht, wie Studenten, auf die Tische so, aber unheimlich viele haben gepfiffen. Also, ich hab auch gepfiffen. Danach gab's Diskussion auf der Stube."

Daß wir also was zu verteidigen hät-

KVZ: Waren denn die Leute einverstanden, daß die Freiheit zu verteidigen habe?

„Nein, nein, prinzipiell nicht. Sondern genau das, was im ‚Spiegel' steht: daß sie nichts halten von der Vaterlandsverteidigung. Also gut, die haben dann auch erzählt, wie sie damals zur Bundeswehr eingezogen wurden und wie ihnen das gestunken hat, damals vor drei Jahren oder vor vier Jahren, manche waren vor zwölf Jahren zum letzten Mal beim Bund. Daß es ihnen gestunken hat und daß sie es einfach einsehen mit der Verteidigung. Und die meisten von den Eingezogenen, das muß man sagen, waren Arbeiter. Schüler oder die mal so was waren, das waren die Offiziere. Und sonst waren alles Arbeiter. Und die haben dann erzählt, wie es bei ihnen im Betrieb aussieht, und das hat sich alles in der Diskussion dann entwickelt."

Vaterlandsverteidigung ist nicht

KVZ: Und da hatte man den Eindruck, daß man nichts zu verteidigen hat?

„Ja gut, darauf kamen wir dann, wenigstens in der Stube, wo ich war, und in der engeren Umgebung. Das hat man am Reservistenabend am letzten Tag, wo also so 'ne große Sau rausgelassen wurde, gemerkt. Das haben die meisten haben Schwierigkeiten im Beruf, wegen Kurzarbeit, haben Angst, entlassen zu werden. Und da wurd' dann gefrotzelt: Na, willst du dich nicht verpflichten? Kannst ja gehen, Spieß hat noch offen!

Haben sie gesagt: Nein. Aber viele haben gesagt, sie würden verstehen, wenn Leute zum Bund gingen gerade in der jetzigen Lage, aber selber würden sie nicht mehr hingehen."

KVZ: Wie ist das bei den anderen, wie hält es der brave Soldat mit der Vaterlandsverteidigung?

Der Maschinenschlosser von der Instandsetzung:

„Gar nicht. Die liegt bei uns gar nicht drin in der Diskussion. Das, was man zu verteidigen hat, sind die Fabriken von irgendjemand, was einem selber nicht gehört. Das kleine Häuschen, was man selber vielleicht hat, das zählt praktisch nichts dabei, das ist der minimalste Teil. Das Große, das sind die Fabriken und die Mietskasernen von den anderen, und das wissen sie auch."

Der Soldat aus der Stabskompanie:

„Bei uns ist es so, und das trifft wahrscheinlich auch für andere Einheiten zu, daß die Meisten halt sagen: Wenn es ernst wird, dann verpiß ich mich, dann bin ich weg, dann werden sie mich nicht finden. Das heißt also erst einmal, daß sie bewußt also das überhaupt nicht verteidigen. Und zweitens, daß sie auch nicht bereit sind, auch nur einen Finger dafür krumm zu machen. Man muß das natürlich auch im Zusammenhang sehen mit der normalen Zeit. Wenn man jetzt jemanden fragt, gefällt dir's beim Bund oder stinkt dir's beim Bund, dann sagen sie alle, es stinkt mir. Und trotzdem klappt der Laden einigermaßen. Aber der klappt deswegen, wegen Druck, ganz einfach."

Ein Pionier:

„Bei uns war es so, daß der Kompaniechef extra einmal beim Antreten morgens gefragt hat, indem er einen Zeitungsartikel zitiert hat über eine Umfrage, die gemacht worden war, welche Soldaten die Bundesrepublik verteidigen werden mit ihrem Leben und welche nicht. Dabei war ein ziemlich hoher Prozentsatz für die Verteidigung in der Umfrage. Da hat er also unsere Kompanie gefragt: Wer also die Sache nicht verteidigen würde, die Freiheit und so, der soll doch bitte die Hand strecken. Es waren also immerhin 15 bis 20 Leute, die die Hand gestreckt haben, von etwa 130."

Ein anderer Pionier:

„Was denkst du, wenn der umgekehrt gefragt hätte!"

Und ein weiterer Pionier bestätigt:

„Ich kann das nur bestätigen mit dem 'Nach hinten Schießen', mit dem 'Wenn's ernst wird, dann verpiß ich mich'. Und Verteidigungsbereitschaft, kann man fast sagen, gleich Null. Es gibt nur sehr, sehr wenige, die bewußt sagen: Wir müssen das verteidigen, und ich werd' mich dafür auch einsetzen. Die kann man in einer Kompanie von 130 bis 150 Leuten an einer Hand abzählen."

Beim Manöver will man's zeigen

KVZ: In den Zeitungen berichten sie von den Manövern, die Armee sei besser geworden, sie sei perfekter geworden im Einsatz. Kann man das beobachten?

Einer der Reservisten bemerkt:

„Das war eigentlich schon immer so. Das ist ja immer der Punkt, wo viele Offiziere beim Manöver immer ins Staunen geraten, weil es oft so ist, daß die widerwilligsten Soldaten während dem Manöver oft bis zum Erschöpfen sich einsetzen. Kradfahrer fahren dabei manchmal so, daß sie umkippen. Oder Geschützkanoniere, die schießen da praktisch bis das Rohr auseinanderfliegt. Die Erscheinung, die gibt's ziemlich oft und schon ziemlich lange. Daß im Manöver die wehrunwilligste Kompanie – wie das sagen – daß wenn's ins Manöver geht, was an die militärische Ausbildung angeht, gute Ergebnisse zeigt."

Der Maschinenschlosser bestätigt das:

„Meiner Ansicht nach ist das so beim Manöver: Man will sich beweisen, daß man was schaffen kann, daß man was vollbringen kann, daß man es auch gut und schnell vollbringen kann. Und wenn da so Unteroffiziere kommen oder so, dann geht es: Leck mich am Arsch, laß uns schaffen. Und wenn sie sich dann verpissen dann schaffen wir trotzdem unsre Sache. Das ist im Manöver halt so. Vor allem als Team ist das so: Komm, jetzt zeigen wir denen, was wir schaffen können! Das ist bei uns ziemlich stark."

Ausrichtung des Offizierskorps verschärft Widerspruch zu den Mannschaften

Zur Ausrichtung der Bundeswehr gehört für die bürgerliche Klasse vor allem die Ausrichtung des Offizierskorps. Darüber war zu erfahren von einem der Reservisten:

„Zu den Reserveoffiziersanwärtern muß man noch was sagen. Zu meiner Zeit war das so, da hat praktisch jeder Simpel, der Abitur hatte, nachher den Flecken auf'm Arm gekriegt und wurde Reserveoffiziersanwärter. Da mußte man sich wirklich ziemlich dämlich anstellen, um das nicht zu werden. Während heute – so wie ich das sehe – es so ist, wenn du heute Reserveoffizier werden willst, dann mußt du schon was bringen. Unter den Offiziersanwärtern, da sieben die im Augenblick ziemlich scharf. Da ist eine geplante Kehrtwendung gemacht worden in der Heranziehung der Offiziersanwärter. Da kommt kaum jemand auf den Kasten haben, damit er ideologisch was bringt. Die können sich so nicht selbst die nötigen Ansichten hat, sondern auch andere Leute dazu bringen kann."

Und einer der Pioniere ergänzt:

„Zu den Offizieren, da kann man sagen, die treten aktiv für den Erhalt der Bundeswehr ein, eben auch politisch gesehen, inhaltlich gesehen, indem sie den Auftrag der Bundeswehr verteidigen, vertreten und auch versuchen, den Soldaten klarzumachen im politischen Unterricht. Ein Unteroffizier hat ein bißchen anders gearbeitet. Unterricht halten, das tun Offiziere, das tun Reserveoffiziersanwärter. Unteroffiziere sind mir noch nie – politisch gesehen – für den Erhalt der Bundeswehr eingetreten. Bei denen gibt es das z.B. auch, daß sie sagen: Wenn ein Krieg kommt, dann verpiß ich mich."

Und der Reservist, der eben von der Mob-Übung zurückkam, berichtete von einem „unheimlichen Haß gegen diese Leute. Das Verhältnis zwischen den Reservisten und aktiven Offizieren war saumiserabel. Das waren arrogante Säcke, die auch Unteroffiziere, die Reservisten waren, ziemlich wie Abfall behandelten. Einen Major, einen aktiven Offizier, stellvertretenden Bataillonskommandeur, haben die Klappen abgerissen von den Mannschaften. Er wurde überfallen, als er von der Kantine wegging. Das war natürlich dadurch begründet, daß die Leute ein Haß hatten, technisch war das Lager am Ende der Welt, irgendwo im Westerwald. Da ist minus 6 Grad die ganze Zeit gewesen. Und die kamen eine ganze Woche lang nicht nach Haus, da kann man sich leicht vorstellen, wie es aussah."

Beängstigend brave Soldaten? – Wenn der Wehrbeauftragte das meint: Uns soll es recht sein!

Portugal: Der Kampf der Fischer von Peniche gegen ihre Ausbeuter



Die portugiesischen Fischer erhalten selber nur einen sehr geringen Teil vom Fang

Der Korrespondent der KVZ in Portugal hat diesmal einen Bericht über die Lage der Fischer in Peniche geschickt. Damit werden die Berichte fortgesetzt, die er bereits über die sozialen und politischen Verhältnisse im Norden und Süden Portugals geschickt hat. Diese Berichte liefern Anschauungsmaterial, um die Triebkräfte und die Etappe der Revolution in Portugal zu untersuchen und zu erörtern. In einem Artikel in KVZ Nr. 45 sowie in dem Vorwort der „Berichte über die Klassenkämpfe in Portugal" hat J.S. die Auffassung vertreten, daß die portugiesische Revolution Aufgaben erfüllen muß, die es erlauben und notwendig machen, von einer neudemokratischen Etappe zu sprechen. Diese Auffassung ist teilweise auf Widerspruch gestoßen. Es ist klar, daß sie erörtert werden muß und wir werden auf diese Frage in späteren Ausgaben der KVZ und von Kommunismus und Klassenkampf zurückkommen. Dabei kann es für uns hier in Westdeutschland nur darum gehen, die Klassenkämpfe in Portugal richtig zu verstehen, nicht aber darum, uns in die Leitung der Klassenkämpfe durch die portugiesischen Marxisten-Leninisten einzumischen. Der Bericht über die Lage der Fischer in Peniche zeigt, wie mit Hilfe staatlicher Gewalt sich ein Monopol den Fischern aufgedrängt hat, das zu den vorkapitalistischen Ausbeutungsformen alle Greuel der kapitalistischen Lohnarbeit gefügt hat, und wie wenig sich bisher an ihrer Lage geändert hat. – (Red.)

Portugal ist ein bedeutendes Fischereiland, und Fisch stellt eines der wichtigsten Lebensmittel der Bevölkerung dar. Die portugiesischen Fischer gehören aber zu den ausgebeutetsten Schichten der werktätigen Bevölkerung.

Die Lage der Fischer in den vielen kleineren oder größeren Fischerdörfern der Küste ist verschieden. Bis auf den heutigen Tag gibt es noch keine einheitliche Gewerkschaften.

Am besten organisiert sind die Fischer von Peniche. Hier sind auch Arbeitsbedingungen erkämpft worden, die in anderen Fischerdörfern nicht existieren. Aber dennoch: Auch in Peniche ist das Dasein des Fischers elend.

„Nichts gefangen – nichts zu essen"

Die portugiesische Fischerei gliedert sich in drei verschiedene Typen. Die meisten Arbeiter sind in der Sardinenfischerei beschäftigt. Hier sind die Verhältnisse am schlechtesten. Die Fangschiffe sind 25 Meter lang und haben eine Besatzung von etwa 24 Mann. Das Fanggebiet liegt 5 bis 20 km vor der Küste. Hier werden die Fischschwärme aufgespürt und das große Netz ausgeworfen.

Die großen Fische werden weiter draußen geangelt. Ein Schiff zieht etwa 100 Angelleinen hinter sich her, an denen insgesamt mehr als 20000 Angelhaken hängen. Während die Sardinenfischer an guten Fangtagen mehrmals aufs Meer hinausfahren, dauert der Fang der großen Fische länger – die Fischer fahren um Mitternacht hinaus, um am Nachmittag des folgenden Tages wiederzukommen.

Der dritte Typ ist die Hochseefischerei, hier sind es große Schiffe mit riesigen Schleppnetzen, die für zwei bis drei Wochen in See gehen und den Fisch an Bord verarbeiten und einfrieren.

Die Hochseefischerei war im Faschismus Monopol eines einzigen Mannes, des Admirals Tenreiro. Er ist heute noch bei den Fischern Portugals der verhaßteste Mann. Er kontrollierte die Hochseeflotten, aber nicht nur das. Er kontrollierte fast das ganze Tiefkühlnetz Portugals und konnte damit den Fischern jederzeit die Preise diktieren. Weiterhin kontrollierte er die Dieselölverkaufsstellen der Fischerei, so daß die kleinen Fischer überhohe Preise für den Treibstoff zahlen mußten. Hier hat sich bis heute nicht viel geändert. Der Admiral Tenreiro, ein alter Faschist und Mitglied der portugiesischen Legion, ist zwar seit dem 25. April 1974 in Haft, aber die Abhängigkeit der Fischer von den Zwischenhändlern und der verarbeitenden Industrie ist geblieben.

Die Fischer haben bis auf wenige Ausnahmen keinen festen Lohn. Sie bekommen einen bestimmten Prozentsatz des Fangs, das ist alles. „Fangen wir nichts oder können wir wegen Sturm nicht in See, dann haben wir nichts zu essen.„ Das ist die Lage in der portugiesischen Fischerei seit vielen Jahrzehnten. Geändert hat sich viel in der Fischerei, die Methoden haben sich verbessert, – für den Fischer ist die Höhe seines Lohnes aber „Glückssache" geblieben: „Wenn das Meer nichts hergeben will, dann gibt auch der Kapitalist nichts her."

Der Kampf für die Beibehaltung des „Dynamit-Fischens"

„In den dreißiger Jahren war das Fischen nicht dasselbe wie heute", sagte ein alter Fischer dem australischen Journalisten W. Burchett. „Wir spürten die Sardinen-Schwärme auf, schmissen Mehl ins Wasser, um sie an die Wasseroberfläche zu locken, und dann ließen wir Sprengstoff darüber explodieren und fingen die Toten und Taumelnden im Netz. Wir gingen aufs Meer wie die Soldaten in den Krieg - die Gürtel voll Bomben. Manchmal verlor einer ein Auge, einen Finger – andere hatten ihre Splitter im Bauch, und ab und zu ging einer dabei drauf."

1934 wurde das Fischen mit Dynamit verboten, doch die Fischer mußten so weiter machen, denn ihre selbstgefertigten Netze waren schlecht und reichten nicht tief. 1935 wurden in Peniche die Häuser der Fischer von der Polizei nach Sprengstoff durchsucht und 57 Bootsführer festgenommen. „Es war am 13. November 1935. Die Glocken läuteten Sturm, und als sich die Nachricht verbreitete, war es allen wie zum Sterben; die Boote können aufs Meer mit oder ohne Bomben, aber ohne Bootsführer können sie's nicht. Alle stellten sich am Ausgang der Stadt auf, damit sie uns nicht übers Meer abtransportieren konnten. Peniche war vollkommen umstellt, und die Polizei drinnen war übler dran wie ein Tier im Käfig. Die Polizei eröffnete dann auf einmal das Feuer und tötete einen Mann. Dies verbreitete sich wie ein Lauffeuer, und Lastwagen kamen an, voll mit Leuten, die Jagdgewehre hatten. Alle hatten beschlossen, daß die Verhafteten nicht aus dem Dorf weg kommen sollten. Aber ein Polizist konnte mit einem Motorrad entkommen, und er benachrichtigte die Garnison in Caldas. Sofort wurden Truppen geschickt, und wir mußten uns ergeben. Wir kamen dann ins Gefängnis, aber in Peniche traten die Leute in Streik. Nach einigen Wochen mußten sie uns freilassen." So berichtete einer der 57 damaligen Bootsführer über den ersten großen Kampf der Fischer von Peniche im Faschismus.

Wer bekommt welchen Anteil des Fangs?

Heute fischt in Peniche niemand mehr mit Bomben, und die Bootsführer, die früher das Vertrauen der Fischer gehabt haben, sind inzwischen ausgesprochene Agenten der Schiffsbesitzer. Manche von ihnen sind selber Schiffsbesitzer geworden. Die Bootsführer sind die einzigen, die einen festen Lohn haben und dazu noch einen erheblichen Anteil am Fangergebnis. Nach den ersten Kämpfen der Fischer von Peniche waren die Kapitalisten dazu übergegangen, die Bootsführer durch Bestechung auf ihre Seite zu ziehen. Denn die Bootsführer sind die Kommandanten der Schiffe. Es waren die erfahrensten Fischer. Um sie von den Schiffsbesatzungen abzuspalten, bekamen sie 5 bis 7 Prozent des Fangs, während die Fischer jeweils nur 1 Prozent als Verdienst hatten. Heute sieht das in Matasinhos, einer anderen portugiesischen Fischerstadt, noch immer so aus: Der Fang wird aufgeteilt: 60 Prozent erhält der Kapitalist und Schiffseigentümer, 40 % die Besatzung. Diese 40 Prozent werden in 33,5 Teile geteilt, der Bootsführer bekommt vier Teile, der Ersatzbootsführer zwei Teile, und die Fischer bekommen 1 bis 1,3 Teile.

Im Laufe der Zeit haben sich die Fangmethoden in der Sardinenfischerei erheblich verbessert. Die Schiffe wurden größer, und sie haben bessere Motoren und hydraulische Winden, um die Netze einzuziehen. Jedes Schiff hat eine Fernsprechanlage, und einige haben Radargeräte. Für den Fang selber ist das Echolot die wichtigste moderne Einrichtung. Damit ist es möglich, sowohl den Meeresgrund abzutasten als auch unter dem Schiff vorbeiziehende Fischschwärme zu orten. „Das Schlimmste, was uns passieren kann, sagt mir ein Fischer, ist, daß das Netz am hervorragenden Felsen in der Tiefe hängenbleibt und dann zerreißt." Die neuen industriell gefertigten Kunstfasernetze sind sehr teuer, und das Echolot vermindert die Gefahr der Zerstörung dieses Netzes.

Diese Rationalisierungseinrichtungen an den Schiffen haben dazu geführt, daß massenhaft kleine Besitzer alter Schiffe bankrott gemacht haben und die Menge der Schiffe drastisch runterging. Ehemals lagen in Peniche 80 Schiffe, heute sind es nur noch etwa 35.

Mit der Verbesserung der Fangtechniken wurden die Lebensbedingungen der Fischer keineswegs besser. Im Gegenteil. Massenhaft Fischer verließen ihre Dörfer und gingen nach Frankreich oder Westdeutschland.

Das Einkommen ist nach wie vor niedrig

Das Lohnsystem zwingt die Fischer dazu, rund um die Uhr zu arbeiten. Es gibt dabei keine festen Arbeitszeiten, auch keine Überstunden. Oft bleiben die Fischer 12, 15, 20 Stunden draußen, wenn sie keine Fischschwärme aufspüren, um am nächsten Morgen um 2 oder 3 Uhr wieder aufzubrechen. Sie schlafen dann in einem engen Schlafsaal unter Deck.

Da es keinerlei feste Preise für die Sardinen gibt, reguliert das tägliche Auf und Ab von Angebot und Nachfrage den Preis. Ist ein guter Fangtag, dann sinkt der Preis rapide, und das gute Ergebnis zahlt sich kaum aus. Oft kommt es sogar vor, daß der Fisch überhaupt keine Abnehmer mehr findet und dann ins Meer geworfen wird. Ist der Fangtag schlecht, dann ist der Preis zwar hoch, aber das magere Ergebnis läßt nicht viel zu. Ihre Prozente bekommen die Fischer am 15. und 30. des laufenden Monats ausgezahlt. Viel ist das nicht. Ein Gewerkschaftsfunktionär meinte, ein Fischer käme durchschnittlich auf etwa drei- bis viertausend DM im **Jahr,** manchmal auf fünftausend, oft aber auch nur auf zweitausend. An vielen Tagen kann wegen schlechter Witterung nicht gefischt werden, und für einen solchen Fall, in dem jeder Verdienst ausbleibt, gibt es keinerlei Versicherung.

In Peniche bekam die Schiffsbesatzung im Faschismus 39 Prozent des Fangergebnisses. Nach dem letzten Streik der Fischer im März und April dieses Jahres wurde dieser Prozentsatz auf 42 bis 46 Prozent, je nach Wert des Fanges, erhöht. Weiterhin setzten die Fischer bei diesem Streik durch, daß die Kapitalisten ihnen die Arbeit bei Säuberung des Schiffes, bei Ausbesserung der Schiffe und der Fanggeräte bezahlen müssen, was bis dahin nicht üblich war.

Zum Lohn des Fischers muß man noch die sogenannte „caldeirada" rechnen. Vor einigen Jahrzehnten hatte jeder Fischer das Recht, zwei Fische mit nach Hause zu nehmen. Am Hafenausgang wurde eine Leibesvisitation durchgeführt, damit er nicht mehr mitnähme. Später erkämpften sich die Fischer das Rechte, für 2 DM Fische mitnehmen zu können. Kurz vor dem 25. April wurde dieser Satz auf 4 DM erhöht. Heute liegt er bei 7 DM. Aber auch diese Fischmenge erhält der Fischer nur, wenn überhaupt etwas gefangen wird.

Rückkehr der Fischer: Trotz Einsatz rund um die Uhr ist der Lohn äußerst niedrig.

Nach wie vor ist das Leben des Fischers gefährlich. Eine Woche, bevor ich nach Peniche kam, war wieder einmal ein Mann von hohem Seegang über Bord gespült worden. „Da hast du keine Chance, wenn das passiert", sagt mir ein Fischer, „die hüfthohen Gummistiefel sind sofort voll von Wasser und ziehen dich runter. Da kannst du nichts machen." Noch heute bekommt die hinterbliebene Witwe eines solchen unglücklichen Fischers nur 50 DM im Monat.

Noch im Jahre 1970 arbeiteten die Fischer die ganze Woche hindurch, ohne einen einzigen freien Tag, selbst der Sonntag war Arbeitstag.

Mit Billigung des damaligen Marinekommandanten von Peniche, Silvano Ribeiro, wurde im Jahr 1958 die erste illegale Fischergewerkschaft in Peniche gegründet. Der erste Streik der Fischer im Jahre 1959 wurde von faschistischer Polizei und der PIDE massiv unterdrückt, und die Führer der Gewerkschaft wurden verhaftet. Der fortschrittliche Kommandant von Peniche wurde seines Amtes enthoben.

Im Jahr 1970 im April, als die neuen Verträge mit den Fischern gemacht wurden, in denen der Prozentanteil an dem Fang unter 1,5 Prozent heruntergesetzt wurde, gingen die Fischer ein weiteres Mal in den Streik. 28 Tage dauerte er diesmal an. Dann ließ der Admiral Tenreiro, der sozusagen Präsident des Berufsverbandes der Fischkapitalisten war, Delegierte der Fischer zu sich nach Lissabon kommen. Er sagte den Fischern:

„Entweder ihr nehmt unsere Bedingungen an oder streikt weiter. Aber wenn ihr euch für Streik entscheidet, dann werden eure Familien an Hunger zugrundegehen und ihr ebenfalls."

Den Fischern blieb nichts übrig, als die Bedingungen der Kapitalisten zu akzeptieren. Mit ihrem Streik hatten sie nur das eine erreicht: Ab Samstagnachmittag 17 Uhr bis Sonntag um 24 Uhr brauchten sie nun nicht mehr zu arbeiten und konnten bei ihren Familien sein.

Vom 23. März 1974 an: Streik bis zum Sturz des Faschismus am 25. April

Im September 1973 forderten die Fischer, dieses schmale Wochenende solle um 10 Stunden verlängert werden, so daß sie erst am Montag um 10 Uhr wieder hinausfahren mußten. Obwohl die Schiffseigentümer nach zähen Verhandlungen zugestimmt hatten, das Wochenende bis am Montagmorgen um 3 Uhr zu verlängern, wurde dieses Ergebnis vom Kommandanten von Peniche abgelehnt. Dieser Kommandant rief die Schiffskapitalisten zu sich und ordnete an, sie sollten den Forderungen der Fischer mit einer allgemeinen Aussperrung entgegentreten. Am 23. März 1974 fing die Aussperrung an, und sie dauerte bis zum 25. April. Am 25. April drangen Truppen in Peniche ein. Alles lief zusammen und beschimpfte die Soldaten, denn man meinte, sie kämen, um die Fischer zur Annahme der Bedingungen der Kapitalisten zu zwingen. Aber diesmal kamen die Soldaten, um die Tore des berühmten Gefängnisses von Peniche zu öffnen und die politischen Häftlinge, die hier zum Teil seit 20 Jahren saßen, aus der Haft zu befreien.

Wie mir einer der leitenden Gewerkschafter aus Peniche berichtete, hat die Gewerkschaftsführung nach dem 25. April alles getan, um Kämpfe der Fischer zu verhindern, „damit die Revolution vorankommt". Erst im März, April 1975 traten die Fischer in den Streik, um gegen den Widerstand der Kapitalisten Verbesserungen zu erkämpfen. Direkt nach dem 25. April hatten die Fischer als einzige Verbesserung ihrer Lage lediglich einen Ruhetag in der Woche erhalten. Das Ausbeutungssystem selber blieb unberührt. Die Gewerkschaft in Peniche wird von der revisionistischen KP Portugals (PCP) politisch bestimmt. Die PCP hat hier ebenso wie in allen anderen Bereichen die Arbeiter nach dem 25. April daran gehindert, in den Kampf zu treten. Sie tat das mit dem Argument, daß eine zu rasche Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung die Wirtschaft gefährden würde und ein wirtschaftliches Chaos nur den Kapitalisten nützen würde. Die PCP hat aber gleichzeitig keinerlei Anstrengungen gemacht, den Kampf der Arbeiter auf das Niveau des politischen Klassenkampfes zu heben. So ist es nicht verwunderlich, daß der Aufbau von Kooperativen der Fischer in Peniche nur mühsam vorangekommen ist. Heute bestehen zwei Kooperativen und eine dritte entsteht gerade. Diese Kooperativen sind aber Produkt einzelner Initiativen von vor allem Fischern, die PCP-Mitglieder sind, und nicht Produkt des Kampfes der Fischer gegen die Kapitalistenklasse und den Staat.

Die Regierungen seit dem 25. April haben die Bildung solcher Kooperativen nicht erleichtert. Der Kredit, der gewährt wird, ist mit 10,25 Prozent Zinsen belastet, also kaum erschwinglich. Zum Kauf eines Schiffes brauchen die zu einer Kooperative zusammengeschlossenen Fischer aber vier- bis fünfhunderttausend DM.

Fischfang-Kooperativen: Keine Lösung

Heute sagt die Gewerkschaftsführung in Peniche offen, daß es mit solchen Fischfang-Kooperativen nicht getan sei.

Der Gewerkschaftspräsident von Peniche, Carlos Cordeiro, sagte jüngst auf einer Konferenz: „Wie jedermann weiß, ist die Fischerei einer jener Bereiche der Arbeitswelt, wo nach dem 25. April praktisch überhaupt nichts getan wurde. Wenn wir der Sache nachgehen, dann stellen wir fest, daß dieser Bereich weiterhin in Vergessenheit ist und allen den Blutsaugern unterworfen ist, die immer schon die Anstrengungen der Fischer ausgebeutet haben. Mit der Einsetzung der VI. Regierung wurden die Dinge schlimmer . . ."

Nach wie vor hängen die Fischer vollständig von den Zwischenhändlern und den Konservenkapitalisten ab. Diese diktieren die Preise. Eine Kooperative muß, wenn sie wirklich eine Verbesserung darstellen will, das Tiefkühl-Verbundsystem kontrollieren können. Die Regierung muß die drei Tiefkühlschiffe Portugals in den Dienst der Fischer stellen.

Ganz anderes hat aber die VI. Regierung getan. Die drei Tiefkühlschiffe des Staates wurden den Fisch-Kapitalisten übergeben. Die Fischer sind fast einhellig der Meinung, daß in Zukunft harte Kämpfe auf sie zukommen werden, wenn die Regierungsparteien ihren Kurs so weitersteuern wie unter der VI. Regierung. Auf diese Kämpfe sind die Fischer schlecht vorbereitet. Die Ruhe, die die unter dem Einfluß der PCP stehende Gewerkschaft den Fischer verordnete nach dem 25. April, ist von den Kapitalisten und den bürgerlichen Parteien zu allerhand Spaltungsmanövern ausgenutzt worden. Eines der übelsten Spaltungsmanöver der Sardinen-Verarbeitungskapitalisten war, daß sie Ende 1974, Anfang 1975 tonnenweise Sardinen aus der Sowjetunion importierten, um die Forderungen der Fischer niederzuhalten. Begründet wurde das damit, daß die portugiesischen Sardinen in dieser Zeit nicht ausreichten. Tatsache war aber, daß viele Fischer den Fang reduzieren mußten, weil sie keine Abnehmer mehr fanden.

Gerade als ich in Peniche war, ging ein langer Streik der Fischersfrauen zu Ende, nachdem die einzelnen bürgerlichen Parteien, allen voran die Sozialistische Partei (PS), eifrig dagegen intrigiert hatten. Diese Frauen werden kurzfristig von den Fisch-Kapitalisten angestellt, um die Netze zu flicken. Sie verdienten 12 DM dafür pro Tag. Die Streikforderung war eine Lohnerhöhung auf 18 DM. Weil einige Frauen jetzt den Streik zu brechen angedroht hatten, kam es nur zu einer Erhöhung auf 15 DM pro Tag, was immer noch ein Hungerlohn ist. – (**kkw,** Lissabon, 14. Dezember)

Vietnam: Die nationale Wiedervereinigung schreitet voran

Anfang November berichteten wir, daß in Vietnam die formelle Wiedervereinigung im nächsten Jahr beschlossen wurde. Wir drucken hier die Rede von Truong Chinh, Mitglied des Politbüros des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams und Präsident des Ständigen Ausschusses der Nationalversammlung der Demokratischen Volksrepublik Vietnam (DRV), auszugsweise ab, die er als Leiter der nordvietnamesischen Delegation gehalten hat, die an der Konsultativkonferenz vom 15. bis 21.11. in Ho-Chi-Minh Stadt stattfand. Zusammen mit einer entsprechenden Delegation aus dem Süden, der Nguyen Huu Tho, Präsident der FNL, Huyuh Than Phat, Premier der Provisorischen Revolutionsregierung, Außenminister Frau Nguyen Thi Binh und Kämpfer der sogenannten dritten Kraft, die inzwischen in die FNL integriert ist, wie Frau Ngo Ba Thanh, Präsidentin der südvietnamesischen Frauenorganisation, und Studentenführer Huynh Tham Nam angehören. Die Konsultativkonferenz kam zu dem Schluß, daß im Süden die Aufgaben der nationaldemokratischen Etappe inzwischen weitgehend erfüllt sind und nun auch im Süden mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen werden muß.

Aufgabe der nationaldemokratischen Etappe der Revolution war es, die feudalen und neokolonialen Strukturen im Süden zu beseitigen. Auf dem Land bedeutete das vor allem die Verwirklichung der Losung des FNL-Programms: Land dem, der es bebaut, wie sie in den befreiten Gebieten schon längst verwirklicht war. Sofort Anfang Mai wurde dazu eine Massenbewegung in Gang gesetzt, brachliegendes Land an landlose Bauern verteilt, Formen des Wuchers und ungerechte Pachtverhältnisse beseitigt, kooperative Zusammenarbeit der Bauern organisiert und Plantagen in Staatsbesitz übernommen.

Auf dem industriellen Sektor bedeutete es die Überführung der wichtigsten Produktionszweige in den Besitz und unter die Kontrolle der Regierung, die Kontrolle über den Waren- und Kapitalverkehr im Land. Zur Beschleunigung dieses Prozesses hat der US-Imperialismus durch seine hartnäckige Sabotage des Pariser Friedensabkommens und den folgenden raschen Zusammenbruch beigetragen. Mit den ausländischen Besitzern ergriff auch ihr Management die Flucht und hinterließ dabei eine wichtige Hilfe für den Wiederaufbau, wie die Ausführungen von Huynh Van Tam, Führer der Gewerkschaft Befreiung, zeigen. Die Vollendung der Wiedervereinigung bedeutet nicht, daß die besonderen Bedingungen im Süden nicht beachtet werden – das heißt privates Eigentum an Produktionsmitteln wird nicht ohne Grund enteignet und die Kollektivierung nicht undifferenziert durchgeführt. In den Städten des Südens wird es noch eine zeitlang gemischt staatlich-private Betriebe und rein private Betriebe geben. Durch Beteiligung des Staates am Kapital werden sie allmählich in Staatseigentum übergeführt.

Der Beschluß zur formellen Wiedervereinigung war für die bürgerliche Presse wieder eine Gelegenheit, ihre jahrzehntelange Hetze vom nordvietnamesischen Imperialismus, der den Süden schluckt, zu verbreiten. Gerade der rasche Zusammenbruch der Herrschaft des US-Imperialismus, die rasche Normalisierung des Lebens im Süden und Vollendung der nationaldemokratischen Etappe ohne größere Widerstände von Teilen des Volkes beweisen jedoch, daß das Volk rasch einig ist, hat es einmal seine Interessen erkannt und den Imperialismus zum Teufel gejagt.

Die nationaldemokratischen Aufgaben im Süden nach der Eroberung der politischen Macht waren hauptsächlich die Beseitigung der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland und die Beseitigung der feudalen und neokolonialen Strukturen. Das bedeutet hauptsächlich die Übereignung brachliegenden oder zu Wuchersätzen verpachteten Bodens an die besitzlosen Bauern, gemäß der Devise des FNL-Programms: das Land denen, die es bebauen, Besitz und Kontrolle der wichtigsten Produktionszweige zentraler Bedeutung für Versorgung und Leben der Bevölkerung durch die Regierung; Überführung des Außenhandelsmonopols einer kleinen Schicht von Zwischengewinnlern in die Hände des gesamten Volkes und seiner gewählten Organe sowie Überführung und Kontrolle des Kapital- und Warenverkehrs im Inland in die Hände des Staates.

Aktionen zur Landverteilung wurden sofort nach der Befreiung eingeleitet, Kontrolle der wichtigsten Produktionszweige ging auch reibungslos vonstatten, da in den meisten Fällen die ausländischen Besitzer samt ihrer vietnamesischen Verwalter das Weite gesucht hatten. Wo patriotische Teile der südvietnamesischen Bourgeoisie einige wenige Produktionsstätten volkswirtschaftlicher Relevanz für ihren Besitz reklamierten, blieben auch nach der Befreiung diese Rechtsverhältnisse unangetastet und werden durch staatliche Beteiligungen unterschiedlichen Umfangs schrittweise verändert. Die Überführung des Außenhandelsmonopols und die Kontrolle des Kapital- und Warenverkehrs durch den Staat erwiesen sich als die auf materieller Ebene schwierigsten Aufgaben, die unter anderem durch Schließung aller privaten Banken und Herausgabe einer neuen Währung erfüllt wurden. – (hl)

„All das ist jetzt intakt und in unserer Hand"

Mit der hartnäckigen Sabotage des Pariser Abkommens hat der US-Imperialismus selbst entscheidend beigetragen zum plötzlichen Zusammenbruch seiner Herrschaft und für die rasche Vollendung der nationaldemokratischen Phase der Revolution als Grundlage für den Aufbau des Sozialismus; er hat die feudalen Strukturen zerschlagen und die Grundlagen für die Industrialisierung geschaffen.

Huynh Van Tam, Führer der Gewerkschaft Befreiung, der die Aufgabe hatte, die Kontrolle über die Fabriken in Saigon herzustellen während der Ereignisse des 30. April und dafür zu sorgen, daß sie intakt bleiben, berichtet aus einem Gespräch mit W.Burchett:

„Von dem Augenblick an, als die Amerikaner in Paris Verhandlungen aufnahmen, glaubten sie, daß das Schlimmste, was von ihrem Standpunkt für sie herauskommen könne, eine dreigeteilte Koalitionsregierung sein würde. In diesem Falle würde das Hauptschlachtfeld auf eine wirtschaftlich-politische Auseinandersetzung verlagert. Mit ihrer enormen wirtschaftlichen finanziellen und technischen Überlegenheit waren die Amerikaner überzeugt, daß sie jede Hilfe lächerlich machen könne, die die sozialistische Welt den befreiten Gebieten geben würde.

Sie würde jeden Wunsch nach Wiedervereinigung des Landes durch ihr ‚Wirtschaftswunder' in ihrem Teil des Südens unterdrücken. Während die Verhandlungen in Paris über das Aussehen des Verhandlungstisches verzögert wurden, arbeiteten US-Experten an Einzelheiten eines Nachkriegs-Wirtschaftsplans für Südvietnam, der auf einer Industrialisierung auf hohem technischem Standard basierte. Sie wollten uns durch wirtschaftliche Mittel zerschmettern.

12 Milliarden Dollar wurden investiert!

Politisch wollten sie eine wirtschaftliche Grundlage schaffen für eine starke nationale und Kompradoren-Kapitalistenklasse und diese gegen die Arbeiterklasse benutzen. Sie wollten eine machtvolle Kapitalistenklasse schaffen mit einem starken Interesse gegen jede Kollaboration mit der Revolution im Süden und jegliche Idee von Wiedervereinigung mit dem Norden. Für dieses Ziel investierten sie etwa 12 Milliarden Dollar in den Aufbau von Industrien und einer Infrastruktur, die ihnen nützen sollte. All das ist jetzt intakt – und in unserer Hand."

Es gab einen Plan zur Zerstörung dieser Anlagen im Falle, daß diese aufgegeben werden mußten, der konnte aber nicht durchgeführt werden, weil die Arbeiter die Anlagen schon am 29. April besetzten und dann das Saigoner Regime rasch zusammenbrach. Zum Beispiel waren um VINATEXCO, eine der größten Textilfabriken, Minen gelegt. Die Arbeiter haben sie ausgegraben und entschärft.

Unter den neuen Fabriken ist eine hochmoderne Polyester-Fiber--Fabrik, eine ultramoderne Anlage zur Verarbeitung von Schweinefleisch, eine pharmazeutische Fabrik, die, wenn sie voll produzieren kann, den größten Teil des medizinischen Bedarfs für Nord- und Südvietnam decken wird. Die USA ließen in Saigon allein eine Textilproduktion zurück mit 250 bis 300 Millionen Meter Jahresproduktion, eine Gefrierfabrik für Fische, verschiedene Papier-, Zellulose- und chemische Industrien. Saigon hat jetzt 500 große industrielle Anlagen, von denen jede 500 bis 5 000 Arbeiter beschäftigt. Die Gesamtzahl der von diesen großen Fabriken beschäftigten Arbeiter beträgt jetzt 300 000.

Dazu kommt, daß 99 % der von den USA ausgebildeten technischen Kader und Spezialisten im Lande geblieben sind. – (Guardian, 8.10.75)

Truong Chinh: Unser Ziel ist

schaftliche Mittel zerschmettern.
12 Milliarden Dollar wurden investiert!
Kader und Spezialisten im Lande geblieben sind. – (Guardian, 8.10.75)

Truong Chinh:

„Unser Ziel ist Unabhängigkeit und Sozialismus"

„Der große Sieg unsres Volkes und unsrer Streitkräfte in der Offensive vom Frühjahr dieses Jahres hat eine neue Etappe eröffnet. Das strategische Ziel unsrer Revolution in dieser Etappe beruht auf der Vollendung der nationalen Wiedervereinigung und auf dem schnellen, energischen und sicheren Voranschreiten des ganzen Landes zum Sozialismus.

Unter den augenblicklichen Bedingungen, wo der Norden, der seit langem frei ist, den Aufbau des Sozialismus durchführt, beginnt mit der nationalen Wiedervereinigung auf der Grundlage der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus – einer neuen höheren Grundlage – eine neue Entwicklung in dem Prozeß der Wiedervereinigung unsres Vaterlandes...

Unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen steht unser Land nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit vor folgender Alternative: entweder nach einer Phase der Umwandlung zum Sozialismus überzugehen oder einen Weg voller Elend, Blut und Tränen für Millionen Arbeiter einzuschlagen, was erbarmungslose Ausbeutung und erschreckende soziale Mißstände bedeutet, wie man sie immer noch in den Vereinigten Staaten, in anderen kapitalistischen Ländern und in Südvietnam unter dem früheren Regime feststellen kann. Wir sind entschlossen, nicht diesen dunklen Weg des Leides zu gehen. Unser Weg zum Wohlergehen kann kein andrer sein als der, der uns zum Sozialismus führt, der einzige Weg, der unsrem Land Wohlstand und unsrem Volk Glück bringt und der für unser Land dauerhafte Unabhängigkeit und Einheit bedeutet.

Nach dem vollständigen Sieg unsres patriotischen Widerstandes gegen die amerikanische Aggression ist unser Land gleichzeitig unabhängig und de facto wiedervereinigt, obwohl diese Wiedervereinigung noch unvollständig ist. Unser gegenwärtiges Ziel ist, dies zu vollenden. Nach dem vollständigen Sieg unsres Widerstands über die amerikanische Aggression haben nun die zwei Zonen, die verschiedene strategische Ziele hatten (der Norden die sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus und der Süden die nationaldemokratische Volksrevolution), ein gemeinsames Ziel: die sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus...

Gegenwärtig sind die beiden Zonen unsres Landes bereits auf mehreren Gebieten vereinigt und ähneln einander: Was die Führung der Revolution betrifft, wird die Bevölkerung in den zwei Zonen von einer einzigen, wirklich marxistisch-leninistischen Partei in ihrer revolutionären Sache angeleitet. Diese Führung hat sich seit 45 Jahren gefestigt und entwickelt. Unter der Führung der Partei und des Präsidenten Ho Chi Minh hat die Augustrevolution 1945 gesiegt, wurde der Widerstand gegen die Kolonialisten und später gegen die amerikanischen Imperialisten siegreich zu Ende geführt, hat der Aufbau des Sozialismus im Norden beträchtliche Erfolge zu verzeichnen.

Was die Kräfte der Revolution betrifft, so besitzen beide Zonen eine nationale Einheitsfront, die auf dem Bündnis von Arbeitern und Bauern beruht, und die Volksstreitkräfte mit drei Truppenkategorien: die regulären Truppen, lokale Truppen und die Volksmiliz. Die Volkssicherheitskräfte und die revolutionäre Macht gehören dem Volk. Aber in den beiden Zonen gibt es noch Unterschiede, die man zunehmend in dem revolutionären Prozeß beseitigen muß: Im Bereich der Wirtschaft hat der Norden im wesentlichen zwei Sektoren: den staatlichen und den kollektiven Bereich, die Individualwirtschaft ist unbedeutend. Der Süden dagegen hat fünf Sektoren: den staatlichen Sektor, den kollektivierten Sektor, den gemischt staatlich-privaten Sektor, den kapitalistischen Sektor und die Individualwirtschaft. Im Norden erscheint das sozialistische Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln in zwei Formen: Eigentum des ganzen Volkes und Kollektiveigentum, und die sozialistischen Produktionsverhältnisse besitzen absolute Priorität. Im Süden sind das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die sozialistischen Produktionsverhältnisse erst in Ansätzen vorhanden. Die Wirtschaft im Norden beruht auf der Planung, während im Süden die Planung erst in Anfängen und in sehr begrenztem Umfang beginnt. Das Lohn- und Steuersystem, Preise und Geld sind noch nicht vereinheitlicht zwischen den beiden Zonen.

Bezüglich der sozialen Klassen, die Ausbeuterklasse im Norden (die Bourgeoisie und die Grundbesitzer) sind umerzogen worden. In der Gesellschaft im Norden gibt es die Arbeiterklasse, die Kollektivbauern und die sozialistische Intelligenz. Im Süden gibt es die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die Kleinbourgeoisie, die nationale Bourgeoisie, die Klasse der Kompradorenbourgeoisie und Reste der feudalen Großgrundbesitzer. Die zersplitterte Bauernschaft und die Kleinbourgeoisie bilden die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft im Süden.

Im staatlichen Bereich ist Vietnam ein einheitliches Land, aber was die Bezeichnung anbelangt, ist es noch geteilt in zwei Staaten: im Norden der Staat der Demokratischen Republik Vietnam und im Süden der Staat der Republik Südvietnam. Im Norden gibt es die Regierung der Republik Vietnam und im Süden die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam. Der Norden hat eine Nationalversammlung, der Süden hat keine, sondern er hat einen Konsultativrat bei der Regierung. Der Norden hat eine Verfassung und eine sozialistische Gesetzgebung, der Süden hat noch keine Verfassung und keine sozialistische Gesetzgebung, er hat nur das Programm der FNL und eine bestimmte Anzahl von Bestimmungen vom Charakter demokratischer Gesetze, die von der Regierung erlassen wurden.

Im ideologischen und kulturellen Bereich spielt im Norden der Marxismus-Leninismus die führende Rolle in der Gesellschaft, und die sozialistische Kultur ist im Begriff, sich zu entwickeln. Im Süden sind der verderbliche Einfluß des US-Neokolonialismus und der negative Einfluß der feudalen Ideologie noch sehr stark.

Dennoch, die Gemeinsamkeiten sind grundlegend und bestimmend, während die Unterschiede nur bedingt und vorübergehender Natur sind.

Das Problem, das sich uns stellt, ist, die vereinheitlichten und identischen Punkte zwischen den zwei Zonen zu stärken und zu vervollständigen. Man muß gleichzeitig die Unterschiede und Differenzen kontinuierlich beseitigen im Prozeß der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus. Das ist das praktische und grundlegende Ziel der Vollendung der Wiedervereinigung des Landes auf der Basis der Unabhängigkeit und des Sozialismus. Die Wiedervereinigung des Landes vollenden heißt, die Vollendung der Einheit des politischen und sozialen Systems, der sozialen Gliederung, der staatlichen Organisation, der Verfassung, der Gesetzgebung, der Kultur und der Ideologie durchführen.

Im Augenblick muß man die nationale Wiedervereinigung auf Staatsebene beschleunigen."

Druckmaschine für die PFLO

Der „vollständige Sieg" über die Befreiungsfront von Dhofar wurde nach einer Meldung der „Le Monde" am 14./15. Dezember in Maskat, der Hauptstadt Omans, offiziell gefeiert. In Folge einer „Einkreisungsoperation" im Norden von Rakyut hätten die Regierungstruppen, ständig in der Initiative, die militärische Kraft der Volksfront für die Befreiung Omans ausgelöscht und die „PFLO aus dem Sultanat gejagt". Demgegenüber hat die PFLO erklärt: „Seit elf Jahren und mit jeder neuen Offensive, die sie starten, verkünden die Imperialisten, daß in wenigen Wochen die Revolution zerschlagen sein würde." Am 30.11. wurde von der PFLO ein Militärkommunique herausgegeben, in dem festgestellt wird, daß in 59 Operationen 520 iranische Soldaten getötet bzw. verwundet wurden, 10 Hubschrauber und 8 Kampfflugzeuge getroffen und 125 feindliche Stellungen aufgerieben wurden. „... Die Volksbefreiungsarmee konnte eine 60 mm-Kanone und anderes Material, das die feindlichen Truppen liegengelassen hatten, erbeuten. Auf seiten der Revolution sind fünf Kämpfer der Volksbefreiungsarmee, ein Zivilist gefallen und drei leicht verletzt."

Was hinter der Lüge des Sultans, der mit fremden Aggressionstruppen das Volk von Oman bekämpft, steckt, zeigt das „Geschenk" von 200 Kampfflugzeugen, das der Schah des Iran dem Sultan gemacht hat. Da die Revolution in Oman nicht zerschlagen werden kann, soll der Angriff auch auf ihr Hinterland, die Volksdemokratische Republik Jemen, ausgedehnt werden. Die reaktionäre „Ruhe und Ordnung" von Unterdrückung und Ausbeutung wollen die Imperialisten und reaktionären Regimes am Golf herstellen, den Brand des nationalen Befreiungskampfes werden sie nur immer weiter entfachen.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat in einem Aufruf in KVZ Nr. 49 beschlossen, den Kampf des Volkes von Oman unter Führung der PFLO durch die Bereitstellung einer Druckmaschine zu unterstützen. In dem Aufruf heißt es:

„Wir fordern alle Mitglieder, die Leser der Kommunistischen Volkszeitung und alle, die den Befreiungskampf des Volkes von Oman unterstützen wollen, auf, sich an der Beschaffung dieser Druckmaschine zu beteiligen. Wenn wir mit allem Nachdruck und der notwendigen Opferbereitschaft an die Erfüllung dieser Aufgabe herangehen, werden wir die Druckmaschine bereits bis zum Januar schaffen können."

Spenden für die Druckmaschine auf Konto Nr. 325 85 89, Commerzbank Mannheim, Kennwort: Druckmaschine für die PFLO.

Kassel. Auf einer Veranstaltung der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) konnten Genossen des Kommunistischen Studentenbundes (KSB) 105,43 DM von den etwa 40 anwesenden Personen für den Aufbau des Volksbildungswesens in Oman sammeln. Die ESG hatte den WDR-Film über Oman gezeigt. Anhand der Oman-Broschüre und der KVZ konnte in einer anschließenden zweistündigen Diskussion ausgezeichnet der gerechte Kampf des omanischen Volkes unter Führung der PFLO herausgearbeitet werden.

An der ehemaligen Hochschule für bildende Künste (HbK) wurden vom 8. bis 12.12. 833 DM am Bazar für den Kauf der Druckmaschine gespendet.

Düsseldorf. Im Rahmen der Oman-Solidarität machte die Kommunistische Gruppe Düsseldorf eine Veranstaltung mit dem Film über Oman und Dhofar. Die 35 Besucher spendeten 240 DM für die Druckmaschine für die PFLO.

Göttingen. Am Samstag, 20.12., wurde in der Innenstadt ein Bazar aufgebaut und Dias über den Befreiungskampf des Volkes von Oman gezeigt. Dabei wurden 1 280 DM für die Druckmaschine gesammelt sowie für über 300 DM Literatur verkauft.

Streiks und Aktionen in Spanien

Für das Regime ist der Spielraum eng geworden

Seit dem 11. Dezember streiken in Madrid die Metallarbeiter. Sie haben sogar in einzelnen Betrieben schon vor diesem Datum die Streikaktionen eingeleitet: Am 9.12. waren es bereits 25 000 Metaller, die gegen „Lohnstopp", für „Generalamnestie" und „demokratische Freiheiten" in den Streik getreten waren. Am 11.12. wuchs ihre Zahl mindestens auf 50 000 an, wie die französische Tageszeitung „Le Monde" berichtete. Nach einer Meldung der Arbeiterkommissionen haben gleichzeitig 70 Prozent aller Bauarbeiter in Madrid gestreikt, so daß in den Vororten, Vallecas, Villaverde, Carabanchel und im Norden der Hauptstadt, wo sich die Industriebetriebe befinden, der Ausstand total war. Zugleich sind sechs Telefonzentralen der Hauptstadt völlig bestreikt worden. Weiter wird berichtet, daß Schwerpunkte der Streiks und Aktionen im asturischen Bergbaugebiet und im Baskenland, wo die Schwerindustrie konzentriert ist, gelegen haben. Der Streikaufruf soll auch dort weitgehend befolgt worden sein, allerdings liegen keine genaueren Berichte vor.

Einen ersten materiellen Erfolg haben die 6 000 Taxifahrer in Madrid erzielt. Sie konnten nach drei Tagen Streik ihre Lohnforderungen vollkommen durchsetzen und haben damit den Lohnstopp, der einer der ersten Beschlüsse nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch Juan Carlos im November war, durchbrochen. Die Taxiunternehmer müssen höhere Löhne zahlen und 30 Tage Urlaub gewähren.

Neben den Betrieben entwickeln sich die Hochschulen zu Schwerpunkten der Bewegung. Bereits vor der Einsetzung der neuen Regierung, kurz nach Francos Tod, hatten die Studenten an der Universität in Madrid Versammlungen durchgeführt zur Unterstützung der Forderungen nach „Generalamnestie" und „demokratischen Freiheiten". Tausende besuchten diese Versammlungen, die jeweils von der Polizei aufgelöst wurden. Als am 18. Dezember eine Demonstration von 1 000 Studenten und Professoren zum Justizministerium zog und dem Minister Antonio Garrigua, der auf seine Liberalität was hält, eine Petition für Generalamnestie und Freilassung aller politischen Häftlinge übergeben wollte, wurde die Abordnung der Demonstranten nicht vorgelassen. Die Polizei erschien stattdessen und versuchte, die Menge auseinanderzutreiben. Als die Demonstranten sich aber nicht verjagen ließen, sondern zahlenmäßig noch stärker werdend durch die Straßen der Altstadt von Madrid zogen und dabei „Amnestie" und „Freiheit" riefen, erschienen Trupps der faschistischen „Christkönigskrieger" und schossen in die Demonstration. Zwei Personen wurden verletzt und mußten ins Krankenhaus. Einen Tag zuvor hatte bereits eine Demonstration von 2 000 Personen – ähnlich erfolglos – versucht, eine ebensolche Petition bei der Regierung abzugeben. Diese Petition war von 2 500 Staatsbeamten unterschrieben.



Demonstration in Madrid

Die „sofortige Beseitigung der Todesstrafe", „allgemeine Wahlen" sowie „Generalamnestie" forderte inzwischen sogar eine Gruppe von 25 Mitgliedern der Cortes, des spanischen Ständeparlaments, dessen Mitglieder mehrheitlich von Franco ernannt worden sind.

Die Polizei ist dieser Massenbewegung bisher nicht Herr geworden, obwohl sie keineswegs „zurückhaltender" sich verhalten hat, wie einige bürgerliche Zeitungen kommentieren. In Sevilla zum Beispiel hat sie, als die Demonstranten sich nicht einfach vertreiben ließen, in die Menge geschossen und dabei ein Mädchen getötet. In den von Radio München verbreiteten spanischen Nachrichten wurde ferner gemeldet, daß in Barcelona nach wie vor politische Häftlinge gefoltert werden. Überhaupt werden noch drei Viertel der über 2 000 politischen Häftlinge gefangen gehalten. Freigelassen wurden bisher nur 542!

Das Regierungsprogramm geht auf die Amnestie überhaupt nicht ein. Es enthält keine einzige Aussage, mit der sich die Volksmassen zufrieden geben können. Festlegen tut sich die Regierung nur im wirtschaftspolitischen Teil ihrer Erklärung: auf den Kapitalismus, die sogenannte Marktwirtschaft und das Prinzip der Konkurrenz. Der EG-Anschluß wird angestrebt. Das ist nicht die Antwort, die die Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen erwarten. Freundlich dagegen wird diese Antwort aufgenommen von den herrschenden Klassen Spaniens und dem internationalen Finanzkapital.

In bezug auf die politische Demokratie bleibt das Programm ganz und gar im Nebel. Von „Vervollkommnung" und „Reformen" der politischen Institutionen, der Verwaltung und der Gewerkschaften ist die Rede. Und die „repräsentativen Institutionen" sollen so verändert werden, daß „unsere politisch-rechtliche Ordnung eine größere Ähnlichkeit mit den westlichen Gemeinschaften aufweist". Als „besonders vorrangig" wird angesehen, daß die „Freiheiten und Rechte der Bürger ausgedehnt" werden. Besonders wird das „Recht auf Vereinigung" genannt. Doch was die Regierung meint, bleibt unklar, das soll „später" durch einzelne Verfügungen und Regierungsbeschlüsse bekanntgegeben werden.

Seit dem 11. Dezember, dem Tag, für den die Arbeiterkommissionen, die verbotenen spanischen Gewerkschaften, den Generalstreik ausgerufen hatten, haben in allen Städten Spaniens die Aktionen der Volksmassen zugenommen. Das Regime ist in der Klemme; der Versuch, mit der Ankündigung eines allgemein und vage gehaltenen Reformprogramms die Aktionen und Forderungen der werktätigen Volksmassen ins Leere stoßen zu lassen und die Wucht der Aktionen abzufangen, ist nicht geglückt.

Die Furcht der herrschenden Klassen vor der Bewegung der Volksmassen bekam jetzt sogar der Außenminister Areilza zu spüren, ein millionenschwerer Bankier und Großgrundbesitzer, als er sich liberal geben wollte. Von Journalisten gestellt, trat er dafür ein, daß alle Spanier, auch die vom Franco-Regime Verbannten, ein Recht auf einen Paß hätten. Das brachte ihm schwere Angriffe und die Forderung nach Entlassung des Ministers in den Cortes ein.

Der Spielraum des Regimes ist äußerst eng: Die herrschenden Klassen wollen möglichst wenig „Zugeständisse" an die Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen zulassen. Zugleich benutzen aber diese jedes Zugeständnis – wie zum Beispiel die begrenzte Amnestie – , um größere und weitergehende Zugeständnisse zu fordern. (Informationen nach Le Monde vom 12. bis 20.12.75) – (gi)

Argentinien: Putschversuch gescheitert

Buenos Aires. Der Putschversuch eines Teils der Luftwaffenoffiziere ist von Heer und Marine vorerst niedergeschlagen worden. Die putschenden Offiziere wurden jedoch nicht bestraft, sondern behielten ihre Funktionen und ihre Stellung innerhalb der Luftwaffe, wie am 20.12. der Süddeutsche Rundfunk meldete. Die putschenden Offiziere, die am 19. Dezember vier der wichtigsten Luftwaffenbasen in Argentinien in ihrer Hand hatten, bildeten eine Generalsjunta, das „Kommando blauer Condor". Sie forderten den Rücktritt der argentinischen Staatspräsidentin Isabel Peron und die Bildung einer Militärregierung, um „dem Auseinanderfallen der Republik ein Ende zu setzen". Die politische Autorität müsse wiederhergestellt werden auf der Grundlage einer „neuen Ordnung", auf „Nationalgefühl" und „Christentum". Sie wollten nicht länger „Wache stehen" vor den „Festungen der Korruption", erklärten die Offiziere in Flugblättern, die sie unter anderem über dem Regierungspalast abwarfen, bevor sie ihn am Freitag und Samstag bombardierten. Auf den Putschversuch reagierte die argentinische Gewerkschaft CGT am Freitag Morgen mit der Ausrufung des Generalstreiks zur „Verteidigung der Republik", der „Institutionen" und der „Regierung". Die Ursache des Putschversuches ist die Lage in Argentinien: Die Inflation ist in diesem Jahr auf über 300 % gestiegen und die politische Krise verstärkt sich von Monat zu Monat, beschleunigt durch die militärischen Aktionen der Montoneros und der ERP, zwei Organisationen, die sich seit langem von der „peronistischen Bewegung" abgesetzt haben und mit ihren Aktionen die soziale Revolution in Argentinien anstreben. Diesen Bestrebungen konnte die argentinische Armee bisher nicht Herr werden, obwohl sie seit Februar im ganzen Land den „Kampf gegen die marxistische Unterwanderung" führt. (Le Monde, 20.12.)

Einverleibung der VR Timor geplant

Nach der Aggression und Besetzung der Volksrepublik Timor durch indonesische Truppen bereitet das indonesische Regime nun den Anschluß der früheren portugiesischen Kolonie vor. Die von Indonesien aufgebaute und beeinflußte Organisation PUNS hat unter dem Schutz der indonesischen Truppen eine "Übergangsregierung" gebildet, "bis Timor an den indonesischen Westteil der Insel angeschlossen werden kann". (Süddeutsche Zeitung, 20. Dezember 1975) Der UNO-Sicherheitsrat wird sich mit der Lage in der Volksrepublik Timor befassen. Die der Dritten Welt angehörenden Sicherheitsratsmitglieder Tansania, Irak, Kamerun, Guayana haben einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem u.a. gefordert wird, die "territoriale Integrität des Territoriums zu respektieren". Damit wenden sich diese die Dritte Welt vertretenden Länder gegen alle Angriffe auf die Volksrepublik Timor. Die Volksrepublik Timor war vor wenigen Wochen von der FRETILIN (Revolutionäre Befreiungsbewegung für die Unabhängigkeit von Ost-Timor) ausgerufen worden. (Süddeutsche Zeitung, 20.12.)

Demonstrationen in Frankreich

Paris. Am 18. Dezember fanden in der französischen Hauptstadt und zahlreichen anderen Städten große Demonstrationen gegen die Arbeitslosigkeit, gegen staatliche Unterdrückung und für die Verteidigung der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes statt. In den meisten Städten kam es zu zwei hintereinander marschierenden Demonstrationsblöcken. Der erste Block war der Block der Revisionisten und Reformisten, der KPF und der Sozialistischen Partei sowie der Gewerkschaften CGT und CFDT, der Lehrergewerkschaft FEN und der Angestelltengewerkschaft CGC. Der zweite Block wurde organisiert u.a. von der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU). Daran beteiligten sich alle linken von den Revisionisten und Reformisten stehenden Organisationen, bis hin zu den für die Revolution der Arbeiterklasse und des Volkes eintretenden Organisationen. Während sich dem Block der Revisionisten und Reformisten in Paris zum Beispiel nach 30 000 Menschen anschlossen, folgten dem zweiten Block etwa 15 000 bis 20 000. Dieses Verhältnis gilt ähnlich u.a. für Marseille, Lyon, Nantes, Bordeaux, Brest, Limoges, Lille, nur waren die Blöcke jeweils kleiner. Während die KPF und PS allgemein aufgerufen hatten zu einem "nationalen Aktionstag zur Verteidigung der Forderungen der Arbeiter und der Freiheiten", haben die Teilnehmer des zweiten Blocks für "freie gewerkschaftliche Arbeit in der Fabrik und der Armee" ein. Gefordert wurde die Freilassung der inzwischen über 40 wegen "Wehrkraftzersetzung" inhaftierten angeklagten Soldaten und Gewerkschaftsmitglieder. Anlaß für die Aktionen waren die Versuche der Regierung, die sich in Soldatenkomitees organisierende Soldatenbewegung zu zerschlagen. Das schlug sich nieder in der ursprünglich gemeinsamen Forderung nach Rücktritt des französischen Innenministers Poniatowski. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich in Paris etwa 50 gewerkschaftlich organisierte Polizisten beteiligten unter der Parole "Polizisten, Arbeiter – ein Kampf". In Frankreich werden die Demonstrationen in den Zeitungen als Erfolg der Gruppen und Organisationen gewertet, die nicht auf der Linie der Revisionisten und Reformisten arbeiten. Sie hätten zum ersten Mal seit Mai 1968 eine breite Einheit herstellen und ihre Gegensätze überwinden können. Das Besondere ist, daß die CFDT an diesen Blöcken beteiligte mit eigenen Transparenten. In Besancon und Chaumont nahm die CFDT geschlossen daran teil. (Nach Le Monde, 20.12.75)

Zimbabwe - Solidaritätsveranstaltungen mit R. Chiwara

Münster. Am 17.12. berichtete Rex Chiwara, Vertreter der ZANU, über die Entwicklung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe. Trotz sehr kurzer Ankündigung waren über 200 Menschen zu der Veranstaltung erschienen. Rex Chiwara berichtete, daß seit Februar dieses Jahres Tausende von Zimbabwern das Land verlassen haben, um sich in Trainingscamps auszubilden und als ausgebildete Kämpfer ins Land zurückzukehren. Dieser Erfolg sei auf die Verstärkung der politischen Arbeit der ZANU in den Städten und auf dem Land zurückzuführen. Demgegenüber haben die Imperialisten und ihr Siedlerregime zahlreiche Versuche unternommen, den Befreiungskampf zu spalten und die Befreiungsbewegungen gegeneinanderzustellen. Es ist ihnen gelungen, Joshua Nkomo, den Führer der ZAPU, zu isolierten Verhandlungen zu bringen. Auf die Frage, wie die ZANU diesen imperialistischen Spaltungsmanövern begegnet, erklärte R. Chiwara: Die ZANU hatte sich mit den anderen Befreiungsbewegungen im ANC zusammengeschlossen. Der Erfolg ist heute, daß auch Bischof Muzorewa, der Führer des alten ANC, für den bewaffneten Befreiungskampf eintritt und daß die Kämpfer der ZAPU ebenfalls ihre Linie unterstützen und das Vorgehen Nokomos mißbilligen. Ausführlich ging Rex Chiwara auf die Versuche der imperialistischen Mächte ein, durch Spaltungsmanöver in Angola eine Bastion zu erhalten. Er erklärte, daß die Sympathie der ZANU der MPLA gehöre und er es gerne sähe, wenn die MPLA die einzig rechtmäßige Regierung in Angola stelle. Dies sei aber derzeit weder das Problem noch die Lösung des tatsächlichen Problems. Der Krieg zwischen den Befreiungsbewegungen in Angola werde gewünscht und geschürt von den beiden großen imperialistischen Mächten. Notwendig sei es, daß die Befreiungsbewegungen einen Waffenstillstand abschließen und dann in Verhandlungen eintreten. Auf dieser Grundlage könne man den verschiedenen imperialistischen Mächten erklären: "Hier gibt es nichts zu kämpfen, verschwindet!"

Auf die Frage, ob die MPLA durch die Waffenlieferungen von der Sowjetunion abhängig werde, sagte er: „Die Frage ist nicht, von wem man Waffen bekommt, die Frage ist, wozu diese Waffen eingesetzt werden. Eingesetzt werden sie gegen Angolaner und nicht zur Befreiung." Darüberhinaus sei es so, daß ja nicht nur Waffen kämen, sondern auch militärisches Personal. Das allerdings sei sehr gefährlich, weil diese dann nach dem Kampf die Früchte des Sieges einstecken wollten. Auf die Rolle der Bundesrepublik gegenüber Zimbabwe angesprochen, erklärte Rex Chiwara, daß sie es bei der Unterdrückung des Befreiungskampfes eine wenigstens ebenso große Rolle spiele wie Südafrika. In verschiedenster Form, direkt und indirekt, offen und versteckt unterstütze die Bundesrepublik das Smith-Regime.

Eine Spendensammlung auf der Veranstaltung erbrachte 850 DM für die ZANU.

Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des kambodschanischen Volkes

Hamburg. 400 Menschen folgten dem Aufruf des Indochina-Komitees Hamburg und des KBW zu einer Kambodscha-Veranstaltung. Am 16.12., wurde bei der Film „Heldenhaftes Volk" gezeigt wurde, der im März 1975, in den letzten Tagen des Befreiungskrieges, gedreht wurde.

Großen Beifall fand der Film vor allem dort, wo er die Überlegenheit der Massen gegenüber der militärischen Überlegenheit einer Supermacht darstellte, die gestützt auf die Prinzipien „die nationale Einheit herstellen", „sich auf die eigene Kraft verlassen" und „die Souveränität des Landes verteidigen" den Sieg errangen.

Über 1 000 DM wurden für den Aufbau des Gesundheitswesens in Kambodscha gesammelt.

Mit einer Enthaltung nahmen die Teilnehmer dann eine Resolution gegen den § 130 a an.

Kritik an der Gruppe Roter Morgen und Gruppe Rote Fahne

Zwei völlig entgegengesetzte Linien in der Politik der Aktionseinheit

Der „Rote Morgen“ und die „Rote Fahne“ widmen dem Kommunistischen Bund Westdeutschland in ihren letzten Nummern jeweils längere Artikel. Der „Rote Morgen“ veröffentlicht einen Artikel: „Zur Haltung von KBW und KABD. Mit der D,K'P/,S'EW keine Aktionseinheit“. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht Auszüge „Aus dem Offenen Brief an die Mitglieder des KBW“. Beidesmal geht es um die Politik der Aktionseinheit. Vorgeworfen wird dem KBW, daß er sich in der Politik der Aktionseinheit keineswegs die Hände binden läßt und nicht „prinzipiell“ Aktionseinheitsverhandlungen und Aktionseinheiten mit Revisionisten ausschließt. Nach Auffassung der beiden Organisationen sind die Verhandlungen zwischen dem KBW und ihnen gerade daran gescheitert. Wir haben in der KVZ Nr. 49 gezeigt, daß sie tatsächlich an den entgegengesetzten Linien im Kampf gegen die Bourgeoisie, den bürgerlichen Staat und die Reaktion gescheitert sind. Das ist den beiden Organisationen offensichtlich nicht aufgefallen, weil sie hier weniger „prinzipiell“ denken und handeln als bei der Weigerung, gegenüber den Revisionisten eine Politik der Aktionseinheit zu entfalten. Tatsächlich sind die Fehler in der Politik der Aktionseinheit jedoch nur die Folge von Fehlern der pollitischen Linie im Kampf gegen Bourgeoisie, bürgerlichen Staat und Reaktion. Die Unfähigkeit, eine Massenlinie im Kampf um Demokratie zu entwickeln, setzt sich fort in der Weigerung, eine richtige Politik der Aktionseinheit zu entfalten. Den Grundfehler haben wir bereits in der KVZ Nr. 49 untersucht. Jetzt wollen wir die Fehler in der Politik der Aktionseinheit untersuchen.

Liegen die Differenzen in der „Haltung“ zu den modernen Revisionisten?

Der „Rote Morgen“ schreibt, daß sich der „hauptsächliche Widerspruch, an dem die Verhandlungen mit dem KBW scheiterten und mit dem KABD nicht zustandekamen“, „ sich an der Haltung zu den modernen Revisionisten der D,K'P/,S'EW“ entzündet hätte. Bei der Frage, ob man gegenüber den Revisionisten eine Politik der Aktionseinheit anwende oder nicht, gehe es im Grunde darum, „ob man die modernen Revisionisten als eine fortschrittliche Strömung einschätzt, die ,richtige antiimperialistische Positionen' vertritt, oder ob man der Ansicht ist, daß der moderne Revisionismus eine durch und durch reaktionäre Kraft ist, die sich in dieser Hinsicht keineswegs von den offenen Faschisten beispielsweise unterscheidet“.

Ist das richtig, geht es darum „im Grunde“? Nein, darum geht es nicht. Auch wenn der moderne Revisionismus eine durch und durch reaktionäre Kraft ist, bleibt die Tatsache bestehen, daß der moderne Revisionismus eine bürgerliche Strömung **in der Arbeiterbewegung** ist, die fortschrittliche und revolutionäre Kräfte an die Bourgeoisie bindet.

Wie der Reformismus hat auch der Revisionismus seine Basis in der Arbeiteraristokratie. Sein Einfluß ist aber nicht auf die Arbeiteraristokratie beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf andere Teile der Arbeiterklasse. Auch ist es ihm gelungen, einen Einfluß unter den demokratischen und revolutionären Kräften außerhalb der Arbeiterklasse, unter Schülern, Studenten und Lehrern zu gewinnen. Wahrscheinlich hat er heute sogar in Kräften aus diesen Schichten seine hauptsächliche Basis. Jedenfalls: durch und durch reaktionär ist der moderne Revisionismus in Ländern, in denen er nicht an der Macht ist, gerade deshalb, weil er fortschrittliche und demokratische, teilweise sogar revolutionäre Kräfte an die Bourgeoisie und ihre Herrschaft bindet und sie gleichzeitig zur Kapitulation vor dem Sozialimperialismus veranlaßt. Darin besteht sein reaktionärer Charakter und seine Bedeutung für die Bourgeoisie und für den Sozialimperialismus.

Der Rote Morgen sieht nur, daß der moderne Revisionismus eine durch und durch reaktionäre Kraft ist, er erkennt jedoch nicht den besonderen Charakter des Revisionismus noch untersucht er, **wen** er in Westdeutschland an die Bourgeoisie bindet und dem Sozialimperialismus ausliefert. Das aber sind zum großen Teil Kräfte, die die Marxisten-Leninisten für die proletarische Revolution gewinnen wollen und gewinnen müssen. In Westdeutschland, wo der organisierte Revisionismus schwach ist, fällt einem das vielleicht nicht sonderlich auf. In Ländern, wo er stark ist, kann man es gar nicht übersehen.

Bei den Differenzen in der Politik der Aktionseinheit geht es also nicht um die Haltung der Marxisten-Leninisten zum modernen Revisionismus. Es geht um die Haltung zu den Teilen der Arbeiterbewegung und demokratischen Bewegung, die der moderne Revisionismus an die Bourgeoisie bindet und dem Sozialimperialismus ausliefert. Wollen die Marxisten-Leninisten diese Kräfte für den Klassenkampf, für den revolutionären Kampf um Demokratie, für die proletarische Revolution gewinnen oder wollen sie sie dem modernen Revisionismus überlassen?

Wir Marxisten-Leninisten halten den Revisionismus – und nur von ihm wollen wir in diesem Artikel handeln – für so gefährlich, daß wir seinen Einfluß auf die Arbeiterbewegung und die demokratische Bewegung vollständig zerstören wollen. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, den Charakter des modernen Revisionismus selber durchschaut zu haben. Wir müssen erreichen und dazu beitragen, daß die Kräfte, die durch den modernen Revisionismus beeinflußt werden, ebenfalls den Charakter des modernen Revisionismus durchschauen und sich von seinem Einfluß befreien. Dazu kann die Agitation und Propaganda der Marxisten-Leninisten nur ein unerläßliches Mittel sein. Entscheidend sind die eigenen Erfahrungen der Massen und der Kräfte, die durch den Revisionismus beeinflußt werden. Nur durch eigene Erfahrung können sie sich vom Revisionismus befreien. Das will der Rote Morgen nicht begreifen, da geht er mit großartiger, keineswegs revolutionärer Gleichgültigkeit darüber hinweg.

Er meint: “Vor allem aber muß man doch davon ausgehen, daß die modernen Revisionisten durch ihr Eingreifen in die Tageskämpfe das Vertrauen der Massen gewinnen wollen, das sie in die Lage versetzt, ihre konterrevolutionären Ziele zu verwirklichen.“ Und was folgert er daraus? Er folgert daraus, daß die Marxisten-Leninisten deshalb keine Politik der Aktionseinheit gegenüber den Revisionisten entfalten dürften. Das aber bedeutet doch in Wirklichkeit, den Revisionisten direkt in die Hände zu arbeiten. Statt den Revisionisten und ihren reaktionären Absichten in den Tageskämpfen entgegenzutreten, werden die Marxisten-Leninisten sich entweder von diesen Tageskämpfen fernhalten oder selber als Spalter der Massen erscheinen, statt die Spaltung zu bekämpfen, die die Revisionisten in jede Massenbewegung durch ihre reaktionäre Politik hineintragen.

Spalten Aktionseinheiten mit den Revisionisten die Arbeiterklasse?

In einer Zwischenüberschrift behauptet der Rote Morgen “Aktionseinheiten mit den Revisionisten spalten die Arbeiterklasse.“ Das ist doch offensichtlicher Unsinn. Nicht die Aktionseinheiten mit den Revisionisten spalten die Arbeiterklasse, sondern die Arbeiterklasse ist durch Reformismus und Revisionismus gespalten, ganz unabhängig davon, ob die Marxisten-Leninisten eine Politik der Aktionseinheit entfalten oder nicht. Die Politik der Aktionseinheit ist ja gerade die Antwort der Marxisten–Leninisten auf diese unleugbare und nicht ernsthaft bestreitbare Tatsache. Gäbe es diese Tatsache nicht oder träten Reformismus und Revisionismus nicht als **organisierte** Kräfte auf, die diese Spaltung durch ihre Ideologie und Politik bewußt vorantreiben, wäre auch keine Politik der Aktionseinheit nötig.

Der Rote Morgen meint: “Diese revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse bedeutet, daß man den modernen Revisionismus vollständig entlarven und isolieren muß. Wer dagegen die Einheit mit dem modernen Revisionismus sucht, schadet der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse.“ Das ist schön gesagt, aber falsch.

Nicht darum geht es, die Einheit mit den Revisionisten zu suchen, die kann es nicht geben, selbst wenn es zu Aktionseinheiten in einzelnen Fragen kommt. Es geht darum, die vorhandene Einheit zwischen Revisionismus und Teilen der Massen zu zerstören. Und wenn man das nur durch eine Politik der Aktionseinheit gegenüber den Revisionisten zustandebringen kann, dann muß man eine solche Politik halt anwenden, wenn man das Spiel der Revisionisten nicht mitspielen will.

Sind die Revisionisten übermächtig?

Wer die Manöver der Revisionisten untersucht und sieht, welche Schwierigkeiten sie haben auch nur die eigene Mitgliedschaft bei der Stange zu halten, sobald sie eine offene Auseinandersetzung mit den Marxisten-Leninisten nicht vermeiden können, mag diese Frage für seltsam halten.

1973 ist es den Zirkeln, die dann den KBW gründeten, durch eine richtige Politik der Aktionseinheit bei der Vorbereitung der großen Vietnamdemonstration am 14.1. gelungen, in die Reihen der Kräfte einzubrechen, die durch den Revisionismus und die DKP an die Bourgeoisie gebunden und dem Sozialimperialismus ausgeliefert werden. Ein Teil dieser Kräfte konnte direkt für die Teilnahme an der revolutionären Demonstration gewonnen werden. Die Unruhe in den eigenen Reihen zwang die Revisionisten zu einem Manöver. Sie mußten eine eigene Massendemonstration ansetzen, konnten aber den verlorenen Boden nicht wieder gutmachen. Die Stärke ihrer Demonstration erreichte nicht einmal die der eigenen Mitgliedschaft. Sie war auch zahlenmäßig schwächer als die revolutionäre Demonstration.

Ähnliche Einbrüche sind bei der Vorbereitung der Chiledemonstration 1974 gelungen. Auf die erfolgreiche Politik im Kampf gegen den § 218 müssen die Revisionisten jetzt wiederum mit Manövern antworten, weil die Unruhe unter ihren Mitgliedern wächst. Das Manöver besteht darin, daß die DKP ihre reaktionäre Verherrlichung der staatlichen Schikane und Bevormundung durch die Propagierung der “Fristenlösung“ im Kleingedruckten verbergen muß und daß sie sich mit einer eigenen Kampagne hervorwagen muß, nachdem sie den Kampf gegen den § 218 längst abgeschrieben hatte. Durch die richtige Politik der Komitees gegen den Paragrafen 218 wurde der Zusammenschluß der Massen gefördert und der Kampf gegen den Einfluß der Revisionisten auf die Massen erleichtert. Die Manöver der Revisionisten sind die Antwort auf die Erfolge dieser richtigen Politik. Die Revisionisten wissen, warum sie sich jeder Politik der Aktionseinheit durch die Marxisten-Leninisten mit allen Mitteln verschließen. Sowie es gelingt, die Massen unter richtigen Forderungen in den Kampf einzubeziehen, ist der Einfluß der Revisionisten auf die Massen gefährdet. Aufgabe der selbständigen und umfassenden Propaganda der Marxisten-Leninisten ist es, diesen Einfluß zu zerstören. Dazu schafft die Politik der Aktionseinheit günstige Voraussetzungen. All dies ist durch die Praxis immer erneut bestätigt worden. Wenn die Revisionisten jetzt neuerdings von sich aus die Auseinandersetzung suchen, dann zeigt dies, daß die Schotten, die ihren Anhang gegen den Einfluß der Marxisten-Leninisten absichern sollten, brüchig werden. Natürlich ist damit der Kampf gegen den Revisionismus noch nicht gewonnen, die Bedingungen, um ihn zu schlagen, haben sich jedoch verbessert. Die Revisionisten sind tückisch und gefährlich, aber sie sind schwach, sobald es den Marxisten-Leninisten gelingt, sie vor den Massen zu stellen.

Der Rote Morgen findet die Frage “Sind die Revisionisten übermächtig? “ gar nicht komisch, sondern beantwortet sie indirekt mit einem glatten: Ja, sie sind übermächtig, sobald man sich mit ihnen auf eine Auseinandersetzung einläßt.

“Kann man die modernen Revisionisten in der Aktionseinheit besser entlarven? “ fragt er und antwortet: Nein, in der Aktionseinheit mit den Revisionisten kann man nur erdrückt werden. “Soll man von der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus aus den konterrevolutionären Charakter des modernen Revisionismus entlarven – dann aber sehen wir nicht, wie das innerhalb einer Aktionseinheit möglich sein soll. Wer soll denn diese Art der Entlarvung noch verstehen: man verbündet sich mit einer Organisation, von der man sagt, daß sie durch und durch reaktionär ist. Auf dieser Basis käme eine Aktionseinheit auch niemals zustande. Oder aber – und dafür spricht die bisherige Politik des KBW – man will den modernen Revisionismus gar nicht von der Grundlage der marxistisch-leninistischen Prinzipien aus angreifen, sondern sich auf den Rahmen des Tageskampfes beschränken.“

Über diese Sätze muß man lange nachdenken. Insbesondere die Genossen vom Roten Morgen sollten lange über diese Sätze nachdenken. Was ist das für eine seltsame Trennung zwischen marxistisch-leninistischen Prinzipien und den Tageskämpfen? Nur ausgehend vom Marxismus-Leninismus kann man eine revolutionäre Linie für die Tageskämpfe festlegen und die Politik der Aktionseinheit beruht auf nichts anderem als auf der Anwendung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus in den Tageskämpfen, wobei wir allerdings nicht die Anerkennung der Prinzipien, sondern die Konsequenzen ihrer Anwendung durch die Aufstellung richtiger Forderungen zur Grundlage der Aktionseinheit machen. Der Rote Morgen hat etwas anderes bewiesen als er beweisen wollte: Er hat nicht bewiesen, daß eine Politik der Aktionseinheit gegenüber den Revisionisten notwendig eine Abweichung von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus bedeutet, sondern er hat bewiesen, daß die Prinzipien des Marxismus-Leninismus mit den Tageskämpfen nichts zu tun haben. Gerade damit betritt er in seinem Kampf gegen die Politik der Aktionseinheit selber den Boden des Revisionismus. Seine Ausführungen sind nichts anderes als die Umkehrung des Bernsteinschen Satzes: Die Bewegung ist alles, das Endziel ist nichts. Falsch, sagt der Rote Morgen: Das Endziel ist alles, die Bewegung ist nichts. So können die Revisionisten und ihr Einfluß in der Bewegung natürlich nicht geschlagen werden. Die Furcht, sich mit den Revisionisten in der Bewegung, d.h. in den Alltagskämpfen auseinandersetzen zu müssen, ist nur die Folge dieser Theorie, die den Revisionismus nur umgekehrt ins 'linke' Sektierertum rückt.

Der Bruch mit dem Revisionismus und die selbständige Organisation der Marxisten-Leninisten ist die Voraussetzung jeder Politik der Aktionseinheit

Der Rote Morgen sagt über den KBW: “Sie wollen nicht den offenen Kampf, sondern eine Art 'Umarmungstaktik'. Sie wollen nicht den unversöhnlichen Bruch, sondern durch Aktionseinheiten und Podiumsdiskusisonen eine trügerische 'linke' Einheit.“ Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Der vollständige Bruch mit dem Revisionismus in allen Fragen, gerade auch in den Fragen des Alltagskampfes, ist die Voraussetzung für die Entfaltung einer Politik der Aktionseinheit gegenüber den Revisionisten. Der Rote Morgen verwechselt diesen vollständigen Bruch mit dem Revisionismus in allen Fragen mit einem “Bruch“ zwischen marxistisch-leninistischen Prinzipien und den Fragen des Alltagskampfes.

Werfen wir alle Alltagsfragen, Kampf gegen den § 218, Kampf gegen die Reaktion, aber auch Kampf für den Lohn und für Arbeiterforderungen so auf, daß wir die Prinzipien des Marxismus-Leninismus auf sie anwenden, dann können wir die Alltagsfragen der Massen, für die sie bereit sind, schon jetzt Kämpfe zu führen, revolutionär aufwerfen. Damit stehen wir in schroffem Widerspruch zum Revisionismus. Indem wir aber Alltagsfragen, Fragen für die die Massen bereits zu kämpfen bereit sind, aufwerfen, können wir die Revisionisten vor den Massen stellen.

Gerade dies geschieht mit der Politik der Aktionseinheit, in der wir weder unsere organisatorische Selbständigkeit noch unsere ideologische und politische Selbständigkeit aufgeben. Beides, Politik der Aktionseinheit und ideologische, politische und organisatorische Selbständigkeit der Marxisten-Leninisten, die Verbindung des Alltagskampfes mit einer umfassenden Enthüllungstätigkeit und Propagandaarbeit ermöglichen es, die Revisionisten in der Aktionseinheit zu schlagen. Der Rote Morgen will die Revisionisten schlagen, ohne sie zu stellen und kann sie weder schlagen noch stellen, weil er eine sektiererische Trennung zwischen Prinzipien und Politik vornimmt, d.h. auf die Anwendung der Prinzipien im Klassenkampf verzichtet.

Die Politik der Aktionseinheit dient der Einheit der Arbeiterklasse und der Einheit der Volksmassen im Kampf gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat

Richten wir unsere Politik auf die Massen aus und stellen sie in den Dienst der Einheit der Massen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat und für die proletarische Revolution, oder sind wir 'linke' Sektierer, für die der Kampf gegen die revisionistischen Organisationen einen Selbstzweck darstellt? Für uns ist die Politik der Aktionseinheit eine Taktik, eine Methode, um die Massen im Kampf gegen den bürgerlichen Staat und für die proletarische Revolution zusammenzuschließen. Am 6.7.74 faßte das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) die Politik der Aktionseinheit in einem Beschluß zusammen. Darin heißt es:

Forts. S. 16

Forts. von S. 15

. .Politik der Aktionseinheit

"Die Politik der Aktionseinheit besteht darin, daß wir Kommunisten, um die Massen in einem bestimmten Kampf für ein bestimmtes Ziel zusammenzuschließen, üns an nicht-kommunistische Organisationen wenden mit Vorschlägen für Aktionen, die geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen. Die Politik der Aktionseinheit ist notwendig, weil die Massen nicht nur keine Einheit bilden, sondern weil sie durch reformistische und revisionistische Organisationen gespalten werden, die, obwohl sie nicht den Interessen der Arbeiterklasse dienen, sondern den Interessen der Bourgeoisie, einen relativ großen Einfluß in der Arbeiterklasse haben und diesen Einfluß organisiert ausüben.

Unter diesen Umständen können die Kommunisten, deren eigener Einfluß noch gering ist, in die Kämpfe, die notwendig sind, große Massen nur einbeziehen, wenn es ihnen gelingt, diese Massen entweder von den reformistischen und revisionistischen Organisationen zu lösen, deren Einfluß sie noch verhaftet sind, oder wenn es ihnen gelingt, diese reformistischen und revisionistischen Organisationen zu zwingen, den Kampf mehr oder weniger zu unterstützen. Um eins von beidem zu erreichen, wobei es uns jeweils um die Einbeziehung der Massen in den anstehenden Kampf geht, weil sie in diesem Kampf am besten erfahren, auf wen man sich verlassen kann und auf wen nicht, wenden wir die Politik der Aktionseinheit an." (Dokumente des ZK, 1974/7 5, Februar 75, bei Buchvertrieb Hager noch lieferbar.)

Die Politik der Aktionseinheit ist notwendig, wenn die Marxisten-Leninisten in der Wirklichkeit und nicht nur in Wunschvorstellungen zur Vorhut der Arbeiterklasse werden wollen. Es genügt nicht, wenn die Marxisten-Leninisten den Bruch mit Reformismus und Revisionismus vollzogen haben. Sie müssen erreichen, daß die Massen diesen Bruch vollziehen, daß "sich die breitesten Massen durch eigene Erfahrung" von der Richtigkeit der politischen Führung durch die Marxisten-Leninisten und von der Richtigkeit ihrer Strategie und Taktik überzeugen (Lenin, Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus). Heran an die Massen, das ist die Leitlinie unserer Politik der Aktionseinheit. Ablehnung dieser Leitlinie, das ist der Kern der Fehler des Roten Morgen und aller sektiererischen Gruppierungen in der Politik der Aktionseinheit. – (js)



Bremen: 700 Jugendliche verurteilten in einem Tribunal die Jugendpolitik des Bremer Senats. Eingeladen hatten mehrere Jugendinitiativen.

Aus dem Schlußwort des Angeklagten Hildebrandt

Der Preis wird festgesetzt von der Klassenjustiz

Der Staatsanwalt hat eine bemerkenswerte und für jeden, der noch einigermaßen unvoreingenommen an die Dinge herangehen kann, sehr aufschlußreiche Kategorie eingeführt: die des Preises. Er hat hier gesagt, es müsse deutlich gezeigt werden, wie hoch der Preis ist, der für ein derartiges Verhalten, wie es die Angeklagten an den Tag gelegt hätten, zu zahlen sei. Das Urteil müsse allgemein abschreckend wirken; nur wenn der Preis bekannt sei, der bei solchem Verhalten zu entrichten sei, könne von der Bevölkerung ein entsprechendes Verhalten erwartet werden.

Der Staatsanwalt hat in die Erörterung von Recht und Gerechtigkeit die Kategorie des Warentausches eingeführt. Er tritt auf als Handelsreisender auf dem Markt der Justiz und fordert Preise für Waren wie etwa das Recht der Studenten, sich in der Universität zu versammeln. Die Kategorie des Warentausches und des Preises ist für das bürgerliche Recht keineswegs abwegig. Die konkrete Tat und die konkreten Umstände der Tat lösen sich auf in das abstrakte Faktum der Gesetzesverletzung, für die ein quantifizierbarer, durch die Menge bestimmbarer Preis, eine bestimmte Zeit Freiheitsentzug, zu entrichten ist.

Die Kategorie des Preises hat auch ihre Vorteile. Man kann jetzt Dinge direkt miteinander vergleichen, die sonst nicht vergleichbar sind. Z.B. kann man sich eine Vorstellung davon machen, wieviel Stunden lebendige Arbeit oder wieviel Lebensmittel die Brillantenkette aufwiegen, die der Kapitalist seiner Frau zu Weihnachten um den Hals hängt.

Wir können das auch, wie der Staatsanwalt es vorgemacht hat, auf unseren Fall anwenden. Setzen wir also voraus, es handele sich um "gewöhnliche" kriminelle Straftatbestände. Wir sind in den bisherigen Verfahren zu 3, 5 und 6 Monaten Gefängnis veruteilt worden. Z.B. soll ich also 6 Monate Gefängnis bekommen. Für welche Straftaten gibt es diesen Preis? Was kann dafür erkauft werden?

Ein Kriminalbeamter in Frankfurt wurde zu 6 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Im Laufe einer "Bierreise" durch das Bahnhofsviertel hatte der Beamte vor einer Bar seine Dienstpistole gezogen und damit herumgeschossen. Eine Frau erlitt einen Oberschenkeldurchschuß.

Ich habe zugegebenermaßen niemanden durch den Oberschenkel geschossen, ich bin auch kein Kriminalkommissar und ich kriege auch keine Bewährung. Das Rätsel dieser eigentümlichen Preisgestaltung löst sich erst, wenn man erkennt, um was es sich in beiden Fällen handelt: um politische Justiz; zwar unterschiedlicher Art und unterschiedlichen Grades, aber immerhin um politische Justiz. In einem Fall konnte man nicht mehr umhin, wohl oder übel einen Beamten, einen sonst funktionierenden Diener dieses Staates, für etwas zuviel Übermut zu bestrafen. In dem anderen Fall will man erstens aktive Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschland so lang wie möglich aus dem Verkehr ziehen, zweitens sich an der Studentenbewegung rächen und sie einschüchtern, indem man Einzelne herausgreift, und drittens jede Bewegung, die auf Seiten des arbeitenden Volkes Partei ergreift mit Polizei, Justiz und Gefängnis bekämpfen und zurückdrängen, letzten Endes will man gegen den unweigerlich immer wieder in den Köpfen der Menschen entstehenden Gedanken an Freiheit und an eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen angehen.

Diese Art politischer Justiz in ihren verschiedenen Methoden wird auch an einem zweiten Beispiel deutlich. Der Staatsanwalt hat hier beantragt, in meinem Fall eine Gesamtstrafe an der oberen Grenze zu bilden, 18 Monate also. Wofür also ist denn dies, die 18 Monate Gefängnis, der Preis? Dafür kann man unter Umständen schon zwei Menschenleben auslöschen. Da wird in München ein Mann zu 9 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt, nachdem er einen jungen Arbeiter erschossen hat. Man merkt sofort, es muß sich wiederum um einen Polizeibeamten handeln, bei dem das Gericht in die seltene und verzweifelte Lage kam, nichts mehr vertuschen zu können, und es ihm nicht gelang, den Beamten freizusprechen.

Der junge Arbeiter „hatte in der Nacht zum 14. Januar heimlich das Auto seiner Eltern für eine Spritztour durch München aus der Garage geholt, am Sendlinger Torplatz fiel er einer Polizeistreife wegen hoher Geschwindigkeit auf. Als er merkte, daß er verfolgt wurde, versuchte er zu entkommen. Er prallte jedoch wenig später auf ein parkendes Fahrzeug auf und wurde sofort von mehreren Polizeiwagen umstellt." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Oktober) Zwei Beamte liefen auf den Wagen zu. Zeugen sagten später aus, der Fahrer hätte apathisch hinter dem Steuer gesessen. Das ist insofern einleuchtend, als nach einem Aufprall Schockwirkung eintreten kann. Der Polizeibeamte Presse nun zerschlug mit dem Knauf seiner Dienstwaffe auf der Fahrerseite die Scheibe; ja und dann fielen, man weiß nicht wie, zwei Schüsse, einer ging in die Schulter, der andere aber ins Genick. Er war tödlich. Sachverständige sagten aus, daß sich nicht gut gleich zwei Schüsse versehentlich gelöst haben können.

Ich will hier richtig verstanden werden. Ich vergleiche hier „Preise" unter der Voraussetzung der „normalen" vom Strafgesetzbuch benannten Straftaten. Mir geht es nicht um eine drastisch erhöhte Gefängnisstrafe für den Polizeibeamten. Ich weiß, daß das nichts bessern würde. Man muß vielmehr darauf hinweisen, daß diejenigen Verantwortlichen, die die Polizisten in ein solches Jagdfieber versetzt haben, natürlich nicht belangt worden sind, sie sind nicht einmal ins Blickfeld der Strafverfolgungsbehörden und der politisch Verantwortlichen geraten; die müßten dann ja auch wohl in den Spiegel blicken. Zur Charakterisierung dieser Umstände bleibt nur noch anzufügen, daß der betreffende Beamte als eifriger Polizist und ausgezeichneter Beamter gelobt worden ist und für 400 Festnahmen in zweieinhalb Jahren zwei Auszeichnungen erhalten hat. Gleichzeitig wurde bekannt, daß schon mehrmals Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung im Amt eingeleitet, aber alle wieder eingestellt worden waren.

Wie überall verbergen sich hinter dem scheinbar neutralen und alle behandelnden Preissystem recht unterschiedliche Dinge und Vorfälle. Hier mußte halt ein einzelner Polizeibeamten den nicht mehr zu vermeidenden Preis dafür zahlen, – der allgemeinen Jagd, zu der in der Bundesrepublik seit einiger Zeit – unter welchen Vorwänden auch immer – geblasen wird, seinen Eifer zu ungeschickt gezeigt zu haben.

Es ist hier auch von den Folgen der Straftaten gesprochen worden. Ziehen wir auch unter diesem Aspekt den Vergleich. Wir hätten die Herren Professoren ihrer Freiheit beraubt. Der vorsitzende Richter suchte diesen Vorwurf dadurch zu festigen, daß er den Rektor nach dessen täglichen Gewohnheiten zur Mittagszeit fragte, und deutete damit an, daß der Rektor – wie armselig die Beweise auch sonst seien – für einige Zeit zumindest gehindert wurde, diesen Gewohnheiten nachzugehen. Es stellte sich auch heraus, daß der Rektor der Universität Heidelberg wahrscheinlich sich zumindest die Hände gewaschen hätte, hätte die Besetzung des Rektorats nicht stattgefunden.

Nun drängt sich ja die Schlußfolgerung unweigerlich auf: Was ist schon ein durchschossener Oberschenkel einer Hamburger Bardame gegen die ungewaschen gebliebenen Hände des Rektors der Universität Heidelberg? Oder was ist schon das Leben eines jungen Arbeiters gegen – sagen wir – zwanzig Minuten der Mittagspause eines Universitätsprofessors?

So also wird aufgerechnet im Preissystem der Justiz. – Aber die Vorstellung des politisch-neutralen Verfahrens läßt sich unter solchen Umständen nicht aufrecht erhalten. Der Staatsanwalt hat dazu offene Worte gefunden. Die Taten der Angeklagten hätten sich dagegen gerichtet, was "im Grunde genommen einen Staat zusammenhält", er sah das "gesamte Rechtssystem" bedroht.

Was hält denn diesen Staat "im Grunde genommen zusammen"? Ist es denn das bedruckte Papier, auf dem die Gesetze und Verbote stehen? Der Staat tritt als besonderes, eigenes Wesen auf, es scheint, als habe er ein Eigenleben. Und was ihn zusammenhält, wird gefährdet, wenn z.B. ein paar Hundert Studenten beschließen, sich zu versammeln, auch wenn es dieser Staat nicht will. So ist es in allem. Nicht das Volk hält sich einen Staat, den es braucht und gebraucht zur Ordnung seiner Angelegenheiten und der ihm dient, sondern der Staat hält sich ein Volk, das ihm dient und das er gebraucht im Interesse der herrschenden Klasse. Der Staat wird zusammengehalten durch die Machtinstrumente Armee, Polizei, Justiz, Gefängnisse, die gegen das Volk gerichtet sind. Die Staatsanwaltschaft ist Anwalt des Staates. Was also soll man anderes von ihm erwarten. Aber das Gericht hier will ja "im Namen des Volkes" sprechen, wir werden diese immer gebrauchte Formel bei der Urteilsverkündung hören. Aber nur darin, im Gebrauch dieser Formel, wird das Gericht sich vom Anwalt des Staates unterscheiden. Es läuft darauf hinaus, daß jede selbständige Regung im Volk diesen Staat, das Machtinstrument der herrschenden Klasse, bedroht und daß er auf jede dieser selbständigen Regungen wiederum nicht anders reagieren kann, als mit dem Gebrauch dieser Machtmittel.

Worin kann denn in unserem Fall, im Fall der uns vorgeworfenen Beteiligung an den politischen Aktionen der Studentenbewegung, die Bedrohung der Staatsmacht liegen? Nur darin, daß unser Beispiel Schule macht, daß in den Köpfen der Menschen sich etwas ändert, daß die Idee der Befreiung des Menschen von Ausbeutung durch den Menschen um sich greift. Das ist es, was man fürchtet, das alles ist es auch, was man uns vorwerfen kann.

Im Laufe dieses langen Verfahrens sind die Nachweise konkreter strafbarer Handlungen immer geringer geworden. Der Versuch, das Urteil auf konkrete Handlungen zu stützen und dahinter seinen Charakter als Teil einer politischen Gesinnungsjustiz zu verstecken, ist gescheitert.

Der Staatsanwalt hat gemeint, wir sollten doch Farbe bekennen, er fände es schäbig, daß wir nicht zu unseren Taten stünden. Er hat das weniger der Ehrverletzung wegen oder wegen sonstigem gesagt, sondern einfach deshalb, weil er an Tatsachen wenig in der Hand hat und gern möchte, daß man ihm die Arbeit erleichtert. Wir haben aber nicht die Absicht, der Justiz die Arbeit zu erleichtern.

Wir haben gleichzeitig nie einen Hehl aus unseren Ansichten gemacht. Wir haben immer erklärt, daß wir am 7.2. aufs Rektorat gegangen sind, und daß wir dort die Forderungen der Studentenschaft nach freier politischer Betätigung und freier Diskussion vertreten haben. Wir sind offen auf das Rektorat gegangen, man kannte uns gut und wir kannten unser Gegenüber gut.

Die Arbeit von Staatsanwaltschaft und Gerichten, uns kriminelle Tatbestände nachzuweisen, ist gescheitert. Übrig bleibt die Arbeit, politische Gegner des herrschenden Ausbeutersystems abzuurteilen. Sprechen Sie doch dieses Urteil! Das ist es, was in diesem Verfahren schon die ganze Zeit versucht wird, und es hat diese dreijährige Auseinandersetzung gelohnt, denn jetzt wird dem Gericht nichts mehr übrig bleiben als diese offene politische Verurteilung auszusprechen. Dietrich Hildebrandt